



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen
während des Ausnahmezustands unter Ferdinand E.
Marcos auf den Philippinen von 1972 bis 1986“

Verfasser

Hermann Niklas

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Februar 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Geschichte

Betreuerin / Betreuer:

a. o. Univ. Prof. Dr. Peter Feldbauer

Inhaltsverzeichnis:

Einleitung	4
1. Themenwahl und Aufbau	4
2. Fragestellung und Zielsetzung	8
3. Forschungsstand und Literatúrauswahl	10
 I. Der Begriff der Menschenrechte im Kontext der Philippinen und Südostasiens	 12
1. Menschenrechte – Definition des in der Arbeit angewandten Begriffs	12
2. Das Spannungsverhältnis von Universalität und Menschenrechte in Südostasien	13
2.1. Die Wiener Weltkonferenz 1993	13
2.2. Kulturrelativismus	16
2.3. Asian Values – konfuzianische Werte	18
2.4. Konfuzius in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte	20
2.5. Die westlich orientierten Philippinen und ihre eigenständigen kulturellen Werte	21
 II. Die Menschenrechte unter Ferdinand Marcos 1972 bis 1986	 22
1. Vom Präsidentenamt zum Ausnahmezustand	22
1.1. Die 1. Amtsperiode 1965 bis 1969	24
1.2. Die 2. Amtsperiode 1969 bis 1972	29
2. Phase I: 1972 – 1973: Die ersten Jahre im Kriegsrecht	32
2.1. Die Ausrufung des Kriegsrechts 1972:	32
2.2. Die Intensivierung der Menschenrechtsproblematik	36
2.3. Die Pfeiler des Regimes und ihre Mechanismen	40
2.3.1. Verfassung	40
2.3.2. Militär	41
2.3.3. Wirtschaft	42
2.3.4. Rechtsprechung	45
2.3.5. Medien	46
2.3.6. Außenpolitik	47

3. Phase II: 1974 – 1977: Die Entstehung von Menschenrechtsnetzwerken	49
3.1. Nationale und internationale Kritik und die Gründung von Menschenrechtsnetzwerken	49
3.2. Erste Dokumentationen über Menschenrechtsverletzungen	54
3.3. Der Beginn der internationalen Mobilisierung	58
4. Phase III: 1978 – 1983: Normalisierungsprozesse	61
4.1. Die Wahl zur Nationalversammlung 1978	61
4.2. Das Ringen um innenpolitischen Konsens der Opposition	67
4.3. Die formale Aufhebung des Kriegsrechts 1981	72
5. Phase IV: 1983 – 1985: Radikalisierung der politischen Situation	79
5.1. Die Ermordung Benigno Aquinos	79
5.2. Die Einigung der Opposition	84
5.3. Massenmobilisierung	87
6. Phase V: 1986: Der Machtwechsel	90
6.1. Die Präsidentschaftswahl von 1986	90
6.2. Der Machtwechsel	96
6.3. Die Menschenrechte unter Aquino	104
 Ausblick	 107
 Resümee	 110
 Literatur und Quellen	 113
 Anhang	 117
1. Abkürzungsverzeichnis	117
2. Abstract	119
3. Lebenslauf	121

Einleitung

1. Themenwahl und Aufbau

Die Philippinen sind nach wie vor ein Land mit schweren Menschenrechtsverletzungen.

Nach einer Jahrhunderte langen Zeit der Kolonisation und Fremdbestimmung durch drei verschiedene Weltmächte, dem Aufkommen von Nationalismus und koordinierten Widerstandsbewegungen seit Ende des 19. Jahrhunderts und der Entlassung in die Unabhängigkeit durch die USA 1946 konnte der junge Staat ein funktionierendes politisches System aufbauen und sah sich selbst als Vorbild der Demokratie im gesamten asiatischen Raum.¹

Wie schnell sich die demokratische Struktur auf den Philippinen von einem durch Wahlen legitimierten Präsidenten aufheben ließ und wie lange es dauern sollte, gegen die Verletzungen elementarer Rechte des einzelnen aufzutreten und Instrumente zum Schutz internationaler Menschenrechtsnormen einzusetzen, scheint nicht mit der jüngeren philippinischen Geschichte vereinbar zu sein.

Die Zeit des Ausnahmezustands war geprägt von staatlicher Repression und schweren anhaltenden Menschenrechtsverletzungen, aber auch von dem Entstehen von Menschenrechtsgruppen und einer Zivilgesellschaft, die gegen Ende immer stärker und auf einer breiten Basis in den politischen Prozess eingreifen konnte.

Nach verschiedenen Reisen auf den Inselstaat und dem Kennen lernen von Menschenrechtsaktivisten aus dem kirchlichen Bereich, die sich bereits in der Zeit des Ausnahmezustands für die Durchsetzung elementarer Menschenrechte und demokratischer Prinzipien einsetzten, entschloss ich mich, mich mit meiner Diplomarbeit diesem Thema anzunehmen.

Diese Arbeit soll jenen, die unter dem Marcos-Regime zu Opfern von Menschenrechtsverletzungen wurden und jenen, die sich für die Durchsetzung der Menschenrechte in diesem Zeitraum eingesetzt hatten und es noch immer tun, gewidmet sein. Mabuhay!

¹ Siehe: Rosario M. Cortes, Celestina P. Boncan, Ricardo T. Jose (Hg.), The Filipino Saga. History as Social Change, Quezon City: New Day Publishers, 2000, 400.

Die Analyse der Menschenrechtsverletzungen während des Ausnahmezustands unter Ferdinand E. Marcos auf den Philippinen von 1972 bis 1986 versteht sich als Übersichtsarbeit. Das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen während des Ausnahmezustands, die Möglichkeiten des transnationalen Menschenrechtsnetzwerkes bei der Durchsetzung von Menschenrechtsnormen, die den Ausnahmezustand unterstützenden Mechanismen und die groben Linien der politischen Entwicklung des Zeitraums 1972 bis 1986 bilden Schwerpunkte der vorliegenden Arbeit.

Nach dem Einleitungskapitel wird im Zuge einer thematischen Hinführung in Kapitel I.1. mit einer Definitionsklärung des Begriffs Menschenrechte begonnen und dargelegt, wie dieser Terminus in der vorliegenden Arbeit behandelt wird.

Anschließend wird auf die Menschenrechtsdiskussion von der Wiener Weltkonferenz 1993 eingegangen. Das während der Konferenz vorgebrachte Infragestellen der Universalität der Menschenrechte von Vertretern ost- und südostasiatischer Länder kann als eine direkte Folge des erzwungenen Machtwechsels auf den Philippinen vom Februar 1986 gesehen werden. Die auf der Konferenz vorgetragenen Argumente für und wider die Universalität werden noch einmal aufgegriffen und genauer betrachtet. Die kulturellrelativistischen Ansätze, über welche die Einwände transportiert wurden, werden angeführt und auf die „Asian Values“ als konfuzianische Werte kurz eingegangen. Wie sehr kulturelle Muster mit der Menschenrechtserklärung vereinbar sind, wird anhand eines Beispiels dargelegt und abschließend auf philippinische Muster und Wertvorstellungen eingegangen, die für die philippinische Geschichte mitbedacht werden müssen. (Kapitel I.2.)

Die eigentliche inhaltliche Arbeit beginnt mit dem Kapitel II.1. „Vom Präsidentenamt zum Ausnahmezustand“, in dem die wichtigsten Entwicklungslinien und politischen Ereignisse in den ersten beiden Amtsperioden von Ferdinand E. Marcos dargestellt werden, die zur Einsetzung des Kriegsrechts führten.

Ab Kapitel II.2. wird die Zeit des Ausnahmezustandes in Phasen unterteilt, die anhand von einschneidenden Daten und Entwicklungen gezogen werden. Die erste Phase (Kapitel II.2.) erklärt Motivation und Vorgehen von Marcos und stellt seine Legitimierung des Kriegsrechts ins Zentrum, die er durch seine Vision der Neuen Gesellschaft und das Schaffen der Citizen Assemblies als eine ihn unterstützende Massenbewegung erreichen wollte.

Danach wird auf die Intensivierung der Menschenrechtssituation, die Opfergruppen und die grundlegenden Muster von Menschenrechtsverletzungen eingegangen.

Als letztes Unterkapitel der ersten Phase werden sechs Regimestützen und deren Mechanismen angeführt. Die Verfassung, das Militär, die Wirtschaft, die Rechtssprechung, die Außenpolitik und die Medien konnte Marcos durch seine Klientelpolitik stark an sich binden oder für sich nutzen.

Die zweite Phase (Kapitel II.3.) behandelt den Zeitraum von 1974 bis 1977, als es dem Menschenrechtsnetzwerk gelang, erste Kritik an Marcos zu üben, sich untereinander zu koordinieren und Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren. Mit der Gründung von Menschenrechtsgruppen und dem Kontakt zu internationalen Organisationen gelang ein erster Beginn internationaler Mobilisierung.

In Phase drei (Kapitel II.4.) werden die Normalisierungsbestrebungen und Demokratisierungsprozesse beschrieben, die bis zur formalen Aufhebung des Kriegsrechts führten, als auch deren Auswirkungen auf die Menschenrechtssituation.

Anschließend werden die Jahre 1983 bis 1985 in der vierten Phase (Kapitel II.5.) als „Radikalisierung der politischen Situation“ bezeichnet. Mit der Ermordung von Benigno Aquino, dem Erzrivalen von Ferdinand Marcos, durch Regierungstruppen kam es zu einem rasanten Anwachsen der Protestbewegung auf den Philippinen, zu einer Einigung innerhalb der politischen Opposition und zu einem Einstellungswandel gegenüber der Marcos-Administration durch die USA, die internationale Finanzwelt und die Weltöffentlichkeit.

Die Präsidentschaftswahlen, der erzwungen Machtwechsel und die ersten Jahre unter der neuen Präsidentin Corazon Aquino werden zu einer kurzen letzten Phase (Kapitel II.6.) zusammengefasst. Die ersten beiden Unterkapiteln bieten eine genaue Nachzeichnung der Ereignisse bei den Präsidentschaftswahlen und dem Umsturz im Februar 1986. Im letzten Unterkapitel wird die Menschenrechtssituation in den ersten Amtsjahren unter Corazon Aquino beschrieben.

Abschließend wird in einem Ausblick eine grobe Übersicht der nachfolgenden Präsidenten und deren Bedeutung für die philippinische Menschenrechtssituation gegeben und in einem Resümee werden die Ergebnisse der Arbeit anhand der Menschenrechtssituation und der Bedeutung des Menschenrechtsnetzwerks in den einzelnen Phasen noch einmal durchgegangen.

Mit einem kurzen Verweis auf die Menschenrechtsdebatte über die Universalität internationaler Normen und deren Bedeutung für die Philippinen schließt die Arbeit.

2. Fragestellung und Zielsetzung

Um das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen von 1972 bis 1986 festzustellen, müssen zu Beginn die Ursachen für die Einsetzung des Kriegsrechts und die Mechanismen und tragenden Säulen des Ausnahmezustands aufgezeigt werden. Wie konnten nach zwei regulären Amtsperioden von Ferdinand Marcos die demokratischen Prinzipien auf den Philippinen so problemlos aufgehoben werden?

Mit der Gründung von Menschenrechtsorganisationen setzte dann eine erste Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und Kritik an der Marcos-Administration ein. Hier wird der Frage nachgegangen, wie die Bedeutung der Entstehung dieser Menschenrechtsgruppen im internationalen Kontext zu bewerten ist und mit welchen Methoden und Argumenten sie Kritik an der Regierung üben konnten. An diesem Punkt sind natürlich auch die Reaktionen auf die Vorwürfe durch Marcos und sein Vorgehen bei deren Entkräftung interessant.

Bei dem Beginn der Normalisierungsbestrebungen des Marcos-Regimes wird die Annahme untersucht, ob die anhaltende Kritik des transnationalen Menschenrechtsnetzwerks dazu geführt hat und ob sich die Aufhebung des Kriegsrechts auf die Menschenrechtssituation ausgewirkt hat. Darüber hinaus interessiert an diesem Punkt die Situation der innenpolitischen Opposition. Wie war die Einschätzung dieses Demokratisierungsprozesses durch die Parteienlandschaft und der anderen legalen und illegalen oppositionellen Gruppen?

Die Radikalisierung der politischen Lage führte ab der Ermordung von Benigno Aquino zu dem wichtigsten Einschnitt, der die Marcos-Administration auf der internationalen Bühne ins Wanken brachte. Hier wird der Entwicklung nachgegangen, wie sich die Protestbewegungen untereinander koordinierten, wie die Oppositionsparteien einen Konsens finden konnten und aus welchen Gründen die USA und die Wirtschaftseliten Marcos den Rückhalt entzogen.

Beim Machtwechsel von 1986 wird untersucht wie die verschiedenen Faktoren (Militär, Wirtschaft, Opposition und USA) zusammenwirkten, um den Sturz von Marcos zu ermöglichen. Abschließend interessiert die Menschenrechtssituation unter Aquino: Konnte sie durch die Einsetzung von Instrumenten zum Schutz von Menschenrechtsnormen die Situation nachhaltig ändern?

Das Ziel der Arbeit ist anhand von den unterteilenden Phasen, die Menschenrechtssituation auf den Philippinen zur Zeit des Ausnahmezustands zu durchleuchten, Kumulierungspunkte zu finden, an denen Menschenrechtsverletzungen verstärkt auftraten, und die Bedeutung vom transnationalen Menschenrechtssystem bei der Durchsetzung von Menschenrechtsnormen aufzuzeigen.

3. Forschungsstand und Literaturauswahl

Eine genaue und eigenständige Bearbeitung der Menschenrechtssituation auf den Philippinen von 1972 bis 1986 gibt es nicht. Diese Frage wurde meistens in Publikationen mit anderem Schwerpunkt eingearbeitet. Auch ist Literatur über die Philippinen im deutschsprachigen Raum nicht sehr zahlreich vorhanden, viele Publikationen finden sich dagegen in den USA, in den Niederlanden und natürlich auf den Philippinen.

Gisela Reiterer, Hebatollah Bashiri-Goudarzi und David Wurfel bieten in ihren Arbeiten einen guten Überblick über die Philippinen und die Zeit des Ausnahmezustands mit unterschiedlichen Zielsetzungen.

Reiterer konzentriert sich in „Philippinen. Kontinuität und Wandel“ neben einem breiten Überblick der philippinischen Geschichte und des Ausnahmezustands auf den Machtwechsel von 1986 und auf die darauffolgende erste Präsidentin der Philippinen Corazon Aquino.

Hebatollah Bashiri-Goudarzi setzt in seiner Arbeit „Philippinen – Diktatur und Dependenz“ einen Schwerpunkt auf die sozioökonomische Entwicklung während der Zeit des Regimes und geht unter anderem der Frage nach, wie sich die wirtschaftliche Korruption und Vetternwirtschaft unter Marcos gestaltete.

David Wurfel schafft in seiner Studie „Filipino Politics. Development and Decay“ einen sehr genauen und hintergründigen Einblick in die Zeit des Kriegsrechts und untersucht die Bedeutung und Entwicklung der oppositionellen Gruppen während der Marcos-Ära.

Andere unverzichtbare Literatur waren von Gregg R. Jones „Red Revolution“ mit einem Schwerpunkt auf die illegale kommunistische Untergrundbewegung, von Robert L. Youngblood „Marcos Against The Church“, über die Verortung der Katholische Kirche auf den Philippinen, und die Studie „Die Macht der Menschenrechte“ von Thomas Risse, Anja Jetschke und Hans Peter Schmitz. Darin werden die Möglichkeiten zur Durchsetzung internationaler Menschenrechtsnormen unter anderem anhand der Philippinen untersucht.

Die Länderberichte und andere Unterlagen und Dokumente von Amnesty International sowie Publikationen der Menschenrechtsorganisation Task Force for Detainees of the Philippines waren die wichtigsten Quellen zur Untersuchung des Ausmaßes der Menschenrechtsverletzungen auf den Philippinen.

Ein gesamtes Verzeichnis der verwendeten Literatur findet sich am Ende der vorliegenden Arbeit.

Mein Dank geht insbesondere an meinem Betreuer Peter Feldbauer und an Gisela Reiterer für ihre Ratschläge. Fiona Bolt und Heather Faulkner, vom International Secretariat of Amnesty International, Jochen Range von der Philippinen-Koordinationsgruppe Deutschland und Dorthe Kötter von Amnesty International Deutschland waren so freundlich, mir Unterlagen und Berichte zu Menschenrechtsverletzungen auf den Philippinen zukommen zu lassen. Des weiteren ermöglichte mir Annemarie Klug Zugang zur Bibliothek der Dreikönigsaktion in Wien. Vielen Dank dafür!

I. Der Begriff der Menschenrechte im Kontext der Philippinen und Südostasiens

1. Menschenrechte – Definition des in der Arbeit angewandten Begriffs

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die am 10. Dezember 1948 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde, bildete in der Folge die Grundlage für internationale und völkerrechtliche Verträge und etablierte sich als erster verbindlicher Menschenrechtskatalog, dem andere Instrumente für die Durchsetzung der Menschenrechte folgen sollten.

Der in der Arbeit verwendete Begriff „Menschenrechte“ ist in diesem Licht zu sehen. Es handelt sich um Rechte, die dem einzelnen unabhängig von seiner Herkunft, seiner Religion oder Weltanschauung zukommen, die vom Rechtssystem einzufordern sind und vor dem Staat Gültigkeit haben, und die unteilbar und universell sind.

In der vorliegenden Arbeit werden Menschenrechte thematisiert, die sich auf Freiheit von staatlicher Repression beziehen, vor allem Freiheit von Folter, von extralegalen Hinrichtungen, von Verschwinden lassen, von Verhaftungen ohne Haftbefehl und von Inhaftierungen ohne Anklage oder Gerichtsverfahren. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte finden sich diese Rechte hauptsächlich in den Artikeln 3 (Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person), 5 (Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden), und 8 bis 10 (Anspruch auf wirksamen Rechtsbehelf, Freiheit von willkürlicher Verhaftung, Recht auf ein unabhängiges und unparteiisches Gerichtsverfahren).

Diese Rechte sind am stärksten in internationalen Verträgen institutionalisiert. Wenn es bereits an deren Umsetzung im Inneren eines Staates mangelt, dann ist die Verwirklichung aller anderen Menschen- und Bürgerrechte noch schwieriger.²

Die Rechte auf Freiheit von staatlicher Repression sind während der Zeit des Ausnahmezustands in hohem Ausmaß verletzt worden und bilden den Kern der untersuchten Menschenrechtsverletzungen.

² Siehe: Thomas Risse, Anja Jetschke, Hans Peter Schmitz, Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Band 7 der Schriftenreihe „Weltpolitik im 21. Jahrhundert“, Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft, 2002, 13.

2. Das Spannungsverhältnis von Universalität und Menschenrechte in Südostasien

2.1. Die Wiener Weltkonferenz 1993

Auf der zweiten Weltkonferenz für Menschenrechte in Wien 1993 war geplant, die Universalität der Menschenrechte nach der Konferenz in Teheran von 1968 erneut zu bestätigen. Jedoch wurden die westlichen Staaten auf der Wiener Konferenz mit einem ideologischen Gegenangriff konfrontiert. Mehrere Staaten des nahen bis fernen Ostens stellten die individuelle Freiheit des einzelnen und grundlegende Menschenrechte in Frage. Auf einer regionalen Konferenz in Bangkok, die als Vorbereitung für die Wiener Konferenz gedient hatte, verfassten die teilnehmenden asiatischen Staaten die „Erklärung von Bangkok“. Dahinter stand die Ansicht, „...dass die in internationalen Abkommen niedergelegten Menschenrechte als Ausdruck eines bloß westeuropäischen Menschenrechtsverständnisses zu qualifizieren seien, die in Ländern anderer kultureller, geschichtlicher und vor allem religiöser Tradition und wirtschaftlicher Entwicklung jedoch anders ausgelegt werden müssten und gegebenenfalls eingeschränkt werden dürften.“³

Die Argumente, mit denen die Universalität der Menschenrechte negiert wurde, setzten damit an, dass es sich bei den Menschenrechten um ein westliches Modell handelte. Sie wären auf einen bestimmten Kulturkreis bezogen und nicht geeignet, in andere Kulturkreise mit anderen Wertvorstellungen und historischen Entwicklungen übertragen zu werden. Hinter dem Universalitätsanspruch würde sich ein westlicher Kulturimperialismus verbergen, der die eigenen Wertvorstellungen missionarisch verbreiten wollte. Hingewiesen wurde auch von den Gegnern der Universalität auf die Überbetonung des Individuums, die zu bekannten Folgen und Problemen westlicher Gesellschaften wie Isolation und Vereinsamung des einzelnen geführt hätten. In der eigenen Gesellschaft würde dagegen der Gemeinschaft ein höherer Wert zukommen, in der der einzelne mit Pflichten, oft auch anstelle von Rechten, eingebettet wäre. Ein weiteres Argument gegen die Universalität war auch der Vorrang der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes, die oft nur durch ein autoritäres Regime gewährleistet werden konnte.

³ Babetta von Albertini Mason, Menschenrechte aus westlicher und asiatischer Sicht. Zu den Grundwerten der liberalen Demokratie, Zürcher Studien zur Rechts- und Staatsphilosophie Bd. 6, Zürich, Basel, Genf: Schulthess Juristische Medien, 2004, 84.

Gegen die Universalität und für die Relativierung der Menschenrechte setzten sich vor allem Singapur und China ein. Als Alternative wurde ein neues Entwicklungsmodell vorgeschlagen, „the Asian Way“. Dabei war aber nicht nur die Universalität der Menschenrechte in Frage gestellt worden, sondern auch die bürgerlichen und politischen Rechte, welche die Grundlage für eine liberale Demokratie bilden. Vor allem Singapurs ehemaliger Premierminister Lee Kuan Yew befürwortete dieses andere Modell, welches er als den asiatischen Weg bezeichnete. Nach Lew handelte es sich dabei um eine ernstzunehmende Alternative mit einem anderen Schwerpunkt. Der japanische Rechtsphilosoph Inoue Tatsuo (der selbst ein Gegner dieses Modells war) beschrieb diesen Weg als „... economic modernization without political modernization.“⁴ Nach ihm war es eine Kombination von Kapitalismus und asiatischen Werten, die in traditionellen asiatischen Kulturen eingebettet sind und mit den Werten einer liberalen Demokratie im Widerspruch stehen. Inoue Tatsuo vermisste am Konzept von Yew vor allem die Gewährleistung bürgerlicher und politischer Rechte des einzelnen, wie Minderheitenrechte, das Recht auf politische Mitbestimmung und die Möglichkeit, die Regierung abwählen zu können.

Die bei der Diskussion vorgebrachten Argumente für die Universalität der Menschenrechte waren nun folgende:

Zum einen wurden Menschenrechte als vorstaatliche Qualität charakterisiert, da sie auf der Würde des Menschen beruhen und nicht zur Disposition des Staates stehen.

Der Argumentation, dass der Vorrang der ökonomischen Entwicklung als Rechtfertigung für eine Beschränkung von Menschenrechten diene, wurde nicht beigegeben. Einerseits lehnten die Befürworter der Universalität es ab, wirtschaftliche Überlegungen und die Menschenrechte auf die gleiche Waagschale zu legen. Andererseits wirkten sich nach dem Ökonomen Amartya Sen die Durchsetzung von Menschenrechten in einer Gesellschaft durchaus positiv auf ihre Entwicklung aus.

Die Menschenrechte wären außerdem eine Reaktion auf den Modernisierungsprozess: Sie sind eine Antwort auf neue Herausforderungen, die in Umbruchsituationen verstärkt auftreten würden. Menschen, die solche Unrechtserfahrungen und Konfrontationen erleben, bedürfen des Schutzes der Menschenrechte, die an neue gesellschaftliche und globale Anforderungen angepasst werden müssen. Deshalb steht die Partikularität der geschichtlichen Entstehung der

⁴ Zitiert nach: von Albertini Mason, Menschenrechte aus westlicher und asiatischer Sicht, 87.

Menschenrechte nicht im Widerspruch zur Universalität des Anspruches, menschliche Freiheit gewährleisten zu wollen.

Politiker und Intellektuelle, die aus dem gleichen Kulturkreis wie die Gegner der Universalität stammten, führten an, dass kulturelle Besonderheiten nicht der Universalität entgegenstehen, sondern damit vereinbar seien und sich sogar gegenseitig ergänzen könnten.

Von den Befürwortern der Universalität wurde auch bemerkt, dass es oft die Mächtigen sind, die auf Verweis auf kulturelle Besonderheiten Menschenrechte einzuschränken wünschten. Das diene jedoch mehr der Stabilisierung der eigenen Herrschaft als dem Schutz der kulturellen Identität.

Am 25. Juni 1993 verabschiedeten Delegierte von 171 Staaten die Wiener Erklärung, in der sich die in der Erklärung von Bangkok enthaltene Relativierung der Universalität der Menschenrechte nicht hatte durchsetzen können. Dagegen wurde die Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte erneut bestätigt.

Wie eigene Traditionen und kulturelle Muster besser in den Menschenrechtskatalog eingearbeitet werden können, konnten die auf der Konferenz aufgetretenen Gegner der Universalität nicht aufzeigen. Auch wurde in der Diskussion nicht sehr auf die Frage eingegangen, welche Werte als „asiatisch“ zu bewerten seien, und ob man überhaupt von asiatischen Werten an sich sprechen könnte. In dem Fall der Wiener Weltkonferenz dürfte es tatsächlich nur um den Versuch einer Aufweichung des Menschenrechtskataloges zugunsten autoritärer Regime in Südostasien gegangen sein.

Um einen differenzierteren Blick auf das Problem der Universalität der Menschenrechte zu erlangen, muss näher auf die Definition von asiatischen Werten eingegangen werden als auch auf den Terminus „Kulturrelativismus“, in dem die Diskussion hauptsächlich eingebettet ist.

2.2. Kulturrelativismus

Der Begriff „Kulturrelativismus“ lässt sich nach Mathias Thaler⁵ generell anhand von drei Gesichtspunkten charakterisieren:

Erstens sieht er die Menschenrechte in ihrer sozialhistorischen regionalen Ausformung Europas im 18. und 19. Jahrhundert. Somit tragen die Menschenrechte nach Vertretern des kulturellen Relativismus eine spezifisch westeuropäische Handschrift. Kulturelle Errungenschaften wie Individuum, die Theorie des Naturgesetzes, oder Säkularisierung werden in diesem Kontext gesehen.

Zweitens sieht der Kulturrelativismus eine starke Spannung zwischen dem Individuum und der Gesellschaft. Der Einzelne als Träger von Rechten nimmt im westlichen Europa eine so große Rolle ein, was es für die Vertreter des Kulturrelativismus schwierig macht, das Konzept der Menschenrechte einfach auf außereuropäische Gesellschaften zu übertragen. In Südostasien werden die Rechte und Pflichten des Einzelnen eher in Zusammenhang mit der Gemeinschaft gesehen und können von dieser nicht isoliert behandelt werden.

Ein drittes Kriterium des Kulturrelativismus bietet die anthropozentrische Sichtweise und die westliche Säkularisierung, die in den Menschenrechtskatalog eingebettet sind. In südostasiatischen Gesellschaften dagegen gibt es keine klare Trennung der menschlich-säkularen und göttlich-religiösen Sphäre, die sich auch im politischen und alltäglichen Zusammenleben gegenseitig durchdringen.

Wie essentiell die Kategorie der Kultur in die Diskussion um die Menschenrechte von den Vertretern des Kulturrelativismus hineingetragen wird, unterscheidet sich nach Mathias Thaler in drei grobe Varianten: radikalem, starkem und schwachem Kulturrelativismus:

⁵ Mathias Thaler, Human Rights, Cultural Relativism and Interculturality, in: Erich Pilz u.a. für den Verein für Geschichte und Sozialkunde (Hg.), Human Rights in a global context. Theoretical Reflections and Case Studies, in: Historische Sozialkunde. Geschichte – Fachdidaktik – Politische Bildung. Zeitschrift für Lehrerfortbildung, 33. Jg./Sondernummer 2003, Wien: Universität Wien, 2003, 5-11.

Die radikale Version sieht dieser Einteilung nach Kultur als einzigen relevanten Faktor für die Überprüfung der Gültigkeit moralischer Normen. Universalität würde diesen Faktor der Kultur in Frage stellen und ihn zu einer irrelevanten Kategorie reduzieren, was als Eingriff in die Souveränität gewertet und mit aggressiver Kritik begegnet wird.

Starker Kulturrelativismus basiert auf der Überzeugung, dass Kultur ein sehr wichtiger Faktor für die moralischen Normen im Inneren des Staates ist. Universalität wird nicht vollends abgelehnt, aber Forderungen nach transkulturellen, universalen Verbindlichkeiten wird reserviert begegnet. Hier gibt es im Gegensatz zum Radikalen Kulturrelativismus in der Regel das Zugeständnis von einigen Basisrechten.

Schwacher Kulturrelativismus schließlich hält Kultur für einen unter vielen wichtigen Faktoren für moralische Normen. Universelle Menschenrechte müssen sich allerdings anhand bestimmter Gemeinschaften auf ihre nationale Gültigkeit überprüfen lassen.

Um diese kritischen Positionen, die sich dafür aussprechen, dass das westliche Menschenrechtskonzept nicht oder nur sehr schwer mit außereuropäischen Gesellschaften und kulturellen Traditionen vereinbar ist, ernst zu nehmen und sie nicht mit oberflächlichen Argumentationen abzulehnen, ist es unabdingbar, einen offenen, interkulturellen Dialog zu führen, sofern Vertreter dieser kulturrelativistischen Ansätze in einen solchen eintreten würden. Nur daran kann gemessen werden, ob es möglich ist, lokale Traditionen und auch asiatische Werte in den Katalog einzuarbeiten und ob Schlagwörter wie Gleichheit, Würde oder Universalität auch in außereuropäischen Gesellschaften Fuß fassen können.

2.3. Asian Values – konfuzianische Werte

Da von den Gegnern der Universalität der Menschenrechte auf der Wiener Weltkonferenz von 1993 immer wieder die sogenannten „asiatischen Werte“ als dem Menschenrechtskatalog entgegensetzend bezeichnet wurden und „the asian way“ als Alternative zu einer westlich orientierten liberalen Demokratie vorgeschlagen wurde, müssen diese Werte noch genauer beachtet werden. Wie diese Werte zu umschreiben sind, konnte damals allerdings nicht benannt werden. Sowohl Gegner als auch einige Verteidiger der Universalität auf der Weltkonferenz kamen jedenfalls aus dem gleichen Kulturkreis, dessen Wertesystem auf Konfuzius basiert. Dass die Vorstellungen eines Denkers, der vor mehr als Zweitausend Jahren lebte, nicht mit dem sehr jungen Menschenrechtskonzept vereinbar sind, scheint logisch. Trotzdem behaupten manche Verteidiger der Universalität, dass heutige Menschenrechtsvorstellungen doch auch mit konfuzianischen Gedankengut in Einklang gebracht werden könnte.

Die Analekten des Konfuzius (551 bis 479 v. Chr.), eine Sammlung von Lehrgesprächen, liefern die Basis seiner ethischen und politischen Theorien. Anhand weniger zentralen Aspekte soll nun kurz aufgezeigt werden, was unter asiatischen Werten bezeichnet werden kann und in welchem Verhältnis sie zum Menschenrechtskatalog stehen:

„Ren“ ist eine der wichtigsten Tugenden, die für Mitmenschlichkeit und Wohlwollen steht. Nach Konfuzius ist es ein Wert, der jedem Menschen zu eigen ist und durch dessen Entfaltung jeder Mensch die Möglichkeit hat, zu einer guten und gerechten Person zu werden. In Sicht auf die Menschenrechte ist „Ren“ scheinbar ein Wert mit vorstaatlicher Qualität, der unabhängig einer Zentralgewalt jedem Menschen zukommt. „Ren is a moral quality that every man is capable of...“⁶

„Li“ ist eine Sammlung religiöser Riten und moralischer Normen, die sowohl den Herrscher als auch das Volk betreffen. Über das Ausführen der vorgeschriebenen Riten werden moralische Normen internalisiert. Es gelten jedoch nicht die gleichen Normen für den einzelnen, sondern die Regeln und Pflichten hängen von dem jeweiligen sozialen Stand, der

⁶ Venus Valentina Wong, Confucianism and Human Rights, in: Erich Pilz u.a. für den Verein für Geschichte und Sozialkunde (Hg.), Human Rights in a global context. Theoretical Reflections and Case Studies, in: Historische Sozialkunde. Geschichte – Fachdidaktik – Politische Bildung. Zeitschrift für Lehrerfortbildung, 33. Jg./Sondernummer 2003, Wien: Universität Wien, 2003, 21.

Herkunft und der Rolle des einzelnen ab. Hier wird dem Gleichheitsgrundsatz in der Menschenrechtsdeklaration klar widersprochen. „Here comes the moment of inequality within Confucius’ moral order.”⁷, wie Wong in ihrem Artikel “Confucianism and Human Rights” schreibt.

In der Beziehung von Herrscher und Beherrschten wird eine starke Parallele zur Beziehung von Vater und Sohn gezogen. Diese kindliche Gehorsamkeit („filial piety“), die das Volk dem Herrscher entgegenbringen muss, wird von den Gegnern der Universalität der Menschenrechte oft als Argument herangezogen, dem Volk Mitspracherechte am politischen Geschehen bis hin zu freien Wahlen zu verweigern. Nach Konfuzius verdient ein Herrscher aber nur diesen Namen, wenn er seinen Aufgaben als Herrscher auch nachkommt, das heißt für politische Stabilität und ökonomisches Wohlergehen des Volkes sorgt.

Die stark hierarchische Struktur von Staat und Gesellschaft, die nichtexistierende individuelle Freiheit abseits der einbindenden Gemeinschaft, mehr Pflichten und Regeln anstatt von Rechten, sprechen eher gegen eine Vereinbarkeit von Konfuzianismus und Menschenrechten. Dennoch gibt es, wie oben angeführt, einzelne Teilaspekte, die durchaus in Richtung Menschenrechte als mit ihnen kompatibel interpretiert werden könnten.

⁷ Wong, Confucianism and Human Rights, 21.

2.4. Konfuzius in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Obwohl es also scheinbar unüberbrückbare Differenzen zwischen Konfuzianismus und dem Menschenrechtskatalog gibt, finden wir einen Grundgedanken von Konfuzius bereits in Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte:

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.“

In einer ersten Arbeitsgruppe, die im Wirtschafts- und Sozialrat angesiedelt war und einen ersten Entwurf für die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verfassen sollte, saßen unter anderem vier Persönlichkeiten der internationalen Politik, die mit dieser Aufgabe betraut wurden. Eleanor Roosevelt, Witwe des verstorbenen US-Präsidenten, P.C. Chang, ein Chinese mit westlicher Bildung, Charles H. Malik aus Libyen, und der französische Jurist René Cassin. Im Artikel 1 ist in unserem Zusammenhang der Begriff „Gewissen“ (in der englischen Version: „conscience“) von Bedeutung. Ursprünglich wäre dieser Begriff nicht in die Erklärung aufgenommen worden, wenn Chang nicht darauf bestanden hätte. Er war in diesem Punkt geprägt von der konfuzianischen Philosophie, wie der Mensch zu definieren ist. „Man can be characterised above all by his capacity to feel compassion (ren).“⁸ Den Menschen in Artikel 1 nur als vernunftbegabt zu bezeichnen, erschien Chang nicht weitreichend genug zu sein. Die Vernunft mit Gewissen zu ergänzen, mit dem Verständnis einer emotionalen, anteilnehmenden Basis der Moral, war Chang ein Anliegen. So wurde im Eröffnungsartikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, also an bedeutender Stelle, konfuzianisches Gedankengut dezidiert eingearbeitet.

Das zeigt, dass der Menschenrechtskatalog kein ausschließlich europäisch-zentriertes Konzept ist, das an andere Traditionen nicht anknüpfen könnte, und zum zweiten erscheint in diesem Licht, dass Konfuzianismus besser mit den Menschenrechten vereinbar ist, als es vordergründig den Anschein hat.

⁸ Thaler, Human Rights, Cultural Relativism and Interculturality, 9.

2.5. Die westlich orientierten Philippinen und ihre eigenständigen kulturellen Werte

Auch wenn die Wertediskussion in dieser konzentrierten Form erst nach dem von dieser Arbeit zu behandelnden Zeitraum einsetzte, lassen sich dennoch Wertvorstellungen aufgreifen, die in der politischen Kultur der Philippinen stark verwurzelt sind und die gesellschaftlichen Mechanismen immer noch prägen.

Utang na loob⁹, die Dankesschuld, ist als ein Beispiel eine wichtige Richtlinie im Verhalten von Individuen und Gruppen, die auch Aufschluss über das Funktionieren des politischen Apparats gibt.

Die Dankesschuld veranlasst Individuen, sich für erhaltene Leistungen und Gefälligkeiten zu revanchieren und eine Klientelbeziehung mit einem Patron einzugehen, die in der Regel ein Leben lang andauert. Im politischen Wahlgängen wird dem Patron selbst oder einem Politiker, der diesem nahe steht, die Stimme gegeben. Das Wechseln von Politikern zwischen den beiden Großparteien ist auch anhand dieses kulturellen Musters zu verstehen. Da die Motivation bei den Wahlgängen gemäß des Patronagesystems ohnehin rein personenkonzentriert war und die Programme der Parteien sich auch nicht besonders voneinander unterschieden, wechselten Wähler und Klientel der übergetretenen Politiker als Anhänger in die neue Partei. Die Wertvorstellung der Dankesschuld war auch Voraussetzung und fruchtbarer Boden für Ferdinand Marcos, seine Klientelpolitik durchzusetzen, die eine wesentliche Stütze seines Regimes bilden sollte.

Die Philippinen waren in die Diskussion um die asiatischen Werte allerdings nicht so stark eingeschaltet wie andere südostasiatische Länder, da sie sich durch die Kolonialherrschaft durch Spanien und durch die USA an der westlichen Rechtskultur orientierten. Der Sturz von Ferdinand Marcos dürfte aber neben anderen wichtigen Ereignissen wie dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem Ende des Kalten Krieges ein Auslöser für Staatsoberhäupter aus südostasiatischen Ländern gewesen sein, die Diskussion nicht etwa aus Sorge für die jeweiligen traditionellen Werte zu initiieren, sondern „... this debate was largely precipitated by the government leaders of countries from the Southeast Asian region who desired to legitimise their practices of ‘good governance’ ...“¹⁰.

⁹ Genauere Angaben siehe: David Wurfel, *Filipino Politics. Development and Decay*, Ithaca, London: Cornell University Press, 1991, 34. Gisela Reiterer, *Die Philippinen. Kontinuität und Wandel*, Wien: Sonderzahl, 1997, 180.

¹⁰ Anthony J. Langlois, *The Politics of Justice and Human Rights. Southeast Asia and Universalist Theory*, Cambridge: University Press, 2001, 159.

II. Die Menschenrechte unter Ferdinand Marcos 1972 bis 1986

1. Vom Präsidentenamt zum Ausnahmezustand

Ferdinand Emanuel Edralin Marcos wurde am 11. September 1917 in Sarrat, Ilocos, auf Nordluzon geboren. Beide Elternteile kamen aus wohlhabenden Familien. Sein Vater, Mariano Marcos, war Jurist und Politiker. Die Familie Marcos zog 1921 nach Manila, wo Mariano 1924 und 1928 als Vertreter seines Heimatbezirkes Ilocos Norte in die Philippine Assembly gewählt wurde.

Als Mariano Marcos im Jahr 1935 seinem Rivalen Julio Nalundasan bei der Wahl unterlag, dieser aber drei Tage später erschossen wurde, verhafteten im Dezember 1938 die Behörden Ferdinand Marcos, der des Mordes für schuldig befunden und zu 17 Jahren Haft verurteilt wurde. Er sollte als erfolgreichster Absolvent der Anwaltsprüfung daraufhin begnadigt werden. Dieses Angebot schlug Marcos allerdings aus, da er bei einer Wiederaufnahme des Verfahrens einen Freispruch erreichen wollte. Am 12. Oktober 1940 wurde er mit Hilfe seiner eigenen Verteidigung tatsächlich „... aufgrund widersprüchlicher Zeugenaussagen freigesprochen.“¹¹ Darüber hinaus wurde Ferdinand Marcos von der Philippine Free Press zum Anwalt des Jahres gekürt.

Von den 30 Auszeichnungen aus der Zeit der japanischen Besatzungsmacht 1942 bis 1945, mit denen Marcos beanspruchte, der höchstdekorierte Kriegsheld der Philippinen zu sein, ließ sich jedoch nur eine nachvollziehen. Das Goldene Kreuz wurde ihm am 23. Juli 1945 für eine Aufklärungsmission verliehen. Dagegen gab es Hinweise, dass Marcos nach seinem Eintritt in die Armee 1941, ebenso wie sein Vater, mit der japanischen Besatzungsmacht kollaborierte. Mariano Marcos wurde dafür schließlich auch von den Guerillas getötet. Ferdinand Marcos blieb die angestrebte offizielle Anerkennung als Guerilla versagt.¹²

Ferdinand Marcos wurde nach seinem im Jahr 1934 begonnenen Studium der Rechtswissenschaften an der University of the Philippines ebenfalls Rechtsanwalt und arbeitete ab 1946 in der Kanzlei seines ehemaligen Verteidigers Vincente Francisco. 1948 kehrte er in seinen Heimatbezirk Ilocos Norte zurück, um von dort seine politische Karriere vorzubereiten. 1949 wurde er ins Repräsentantenhaus gewählt, 1959 in den Senat. Ab 1963

¹¹ Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 125.

¹² Siehe: Ebenda, 125.

war er Senatspräsident. Da er als weiteren Schritt in seiner Laufbahn das Präsidentenamt anstrebte, die Liberale Partei, der er angehörte, allerdings Diosdado Macapagal für eine zweite Amtszeit nominierte, trat Marcos den Nationalisten, der zweiten Großpartei bei, um für sie zu kandidieren. Er wurde trotz aufgetretener und bekannt gewordener Korruption und Bestechung der 6. Präsident der 3. Republik.¹³

Der Wechsel zwischen den beiden Großparteien war auf den Philippinen nicht ungewöhnlich, das sich beide Apparate in der Struktur, der ideologischen Ausrichtung und des jeweiligen politischen Programms nicht wesentlich voneinander unterschieden. Unter US-amerikanischer Kolonialherrschaft entwickelte sich zunächst mit der Nacionalistapartei ein Einparteiensystem, das sich nach der Unabhängigkeit mit der Gründung der Liberal Party in „... ein ideologisch nicht unterscheidbares Zweiparteiensystem...“¹⁴ wandelte. Diese Ununterscheidbarkeit war dabei nicht ungewöhnlich, kamen doch die politischen Vertretern beider Parteien „... from the same powerful economic interests.“¹⁵

Die Liberal Party und die Nacionalista Party waren Kaderparteien¹⁶, in die einzelne Kandidaten ihre Gefolgschaft und Klientel ohne weiteres mitnehmen konnten. Gemäß des auf den Philippinen tief verwurzelten Patronagesystems erfolgte die Stimmabgabe bei einer Wahl fast ausschließlich aufgrund der Person, des Ansehens und der Beziehung zum Kandidaten.

¹³ Siehe: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 1997, 126.

¹⁴ Ebenda, 182.

¹⁵ Wurfel, Filipino Politics, 98.

¹⁶ Genauer zum Zwei-Parteien System und zur politischen Kultur auf den Philippinen siehe: Wurfel, Filipino Politics, 94-98. Hebatollah Bashiri-Goudarzi, Philippinen - Diktatur und Dependenz. Zum Verhältnis zwischen Diktatur und Dependenz am Beispiel der sozioökonomischen Entwicklung auf den Philippinen, Frankfurt am Main, Bern, New York, Paris: Peter Lang, 1990, 53-57.

1.1. Die 1. Amtsperiode 1965 bis 1969

Am 30. Dezember 1965, dem Tag seiner Einsetzung, kündigte Marcos umfassende Reformen an. Er versprach nichts weniger als die Erneuerung des politischen, sozialen und ökonomischen Systems. Armutsbekämpfung, Landreform, Kampf der Arbeitslosigkeit, der Vetternwirtschaft und der Korruption waren einige Schlagworte, die in seinem Programm zu finden waren. Der ausgezeichnete Redner Marcos konnte vor den Wahlgängen davon überzeugen, dass er der geeignete Kandidat wäre, um die dringlichsten gesellschaftspolitischen Probleme in Angriff zu nehmen. Weit verbreitete Kriminalität, Korruption, Schmuggel und Machtkämpfe in der philippinischen Oligarchie begünstigten die Wahl von Marcos, dem die Umsetzung der Reformen zugetraut wurde, und der als Law-and-Order-Mann für Recht und Sicherheit sorgen konnte.

„Die Amtsführung des Präsidenten Ferdinand Marcos wurde von der Mehrheit durchaus als erfolgreich angesehen ...“¹⁷, zu wichtigen Leistungen gehörte die Verbesserung der Infrastruktur des Landes, außenpolitisch unterstützte Marcos die Gründung der ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) und orientierte sich an der USA, mit gleichzeitiger und vorsichtiger Annäherung an China und die Sowjetunion. Andere Punkte in der ersten Amtsperiode waren aber bereits fatal, so die bereits unter Diosdado Macapagal begonnene wirtschaftspolitische Öffnung, die die Wirtschaft des Landes zunehmend unter ausländische Kontrolle geraten ließ. Der Landverteilungsprozess wurde verlangsamt, und die ländliche Arbeitslosigkeit stieg weiter an. Die Ausgaben für das Infrastrukturprogramm ließen das Haushaltsdefizit in den Jahren 66 bis 70 im Vergleich zu 61 bis 65 um 72% jährlich steigen.¹⁸ Neben dem Präsidentenamt übernahm Marcos auch das Verteidigungsministerium und besetzte bereits in seiner ersten Amtsperiode wichtige Posten in Wirtschaft, Militär und Justizwesen mit seiner loyalen Klientel, um seine Machtbasis auszubauen. 1968 eröffnete Marcos, dessen Vermögen bei Amtsantritt auf 30.000 US-Dollar geschätzt wurde und dessen jährliches Präsidentengehalt 5.600 US-Dollar betrug, vier Bankkonten in der Schweiz mit einer Gesamteinlage von 950.000 US-Dollar.¹⁹

¹⁷ Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 131.

¹⁸ Zahlen bei: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 130.

¹⁹ Zahlen bei: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 130. und bei: Bashiri-Goudarzi, Philippinen - Diktatur und Dependenz, 35.

Bereits in die erste Regierungsperiode fielen zwei Entwicklungen, die anhaltende Folgewirkungen für beide Amtszeiten und die Zeit des Ausnahmezustands unter Marcos haben sollten: Zum einen war das die Radikalisierung des Studentenmilieus, die mit der Gründung der CPP, der Kommunistischen Partei der Philippinen, durch Jose Maria Sison einherging und die sich mit ihrem bewaffneten Arm New People's Army (NPA) zur wichtigsten Widerstandsorganisation im Zuge des Ausnahmezustands formierte. Zum anderen spitzten sich die Sezessionsbestrebungen der muslimischen Moros, der größten nichtchristlichen Minderheit, auf Mindanao im Süden des Landes zu und gipfelten unmittelbar nach der Einsetzung des Kriegsrechts in einen offenen Krieg.

Jose Maria Sison wurde am 8. Februar 1939 in eine feudale Familie in Ilocos Sur geboren. Ab 1952 kam er nach Manila und besuchte die Jesuitenschule Ateneo de Manila, studierte dann Englisch an der Universität der Philippinen in Diliman, wo er ab Oktober 1959 einen Lehrauftrag im Fachbereich Anglistik bekam. Im selben Monat gründete er mit seiner Frau Julieta de Lima die SCAUP (Student's Cultural Association of the University of the Philippines), mit der eine radikale Politisierung an den Universitäten einsetzte und sich ein Widerstand gegen anti-kommunistische Übergriffe formierte.

Im April 1967 wurde Sison wegen seiner Reformvorschläge aus der Kommunistischen Partei (PKP - Partido Komunista ng Pilipinas) ausgeschlossen. Diese wurde bereits am 26. August 1930 durch den von amerikanischen Marxisten geprägten Crisanto Evangelista gegründet und schon am 14. September 1931 durch das Gericht in Manila verboten. Die PKP galt von da an als illegal, führte ihre Arbeit aber im Untergrund fort.

Nach seinem Ausschluss aus der PKP wollte Sison eine eigene kommunistische Partei aufbauen, konzentrierte sich dabei auf Studenten und versuchte Kontakte mit den verbliebenen Huks (Hukbalahap - kommunistische Widerstandskämpfer aus der japanischen Besatzungszeit) herzustellen. Auch wenn die Huk-Bewegung „... als Antwort auf die japanische Okkupation entstand, hatte sie ihre Wurzeln in den frühen Bauern- und Arbeiterbewegungen, die zu Beginn des Jahrhunderts als Antwort auf die Ausbeutung durch die wirtschaftlichen Eliten und unter dem Einfluss westlichen Gedankenguts entstanden waren.“²⁰ Die Hukbalahap wurde am 29. März 1942 von Luis Taruc gegründet und war die erfolgreichste Widerstandsbewegung gegen Japan, „... sie trug auch wesentlich zur Verbesserung der kleinbäuerlichen Lebensumstände in Zentralluzon bei und sorgte durch die

²⁰ Reiterer, Philippinen. Kontinuität und Wandel, 116.

Übernahme der Lokalregierungen für Recht und Ordnung.“²¹ Eigentlich wollte sich diese Organisation des kommunistischen Widerstands nach der Befreiung auflösen, sie erwarteten sich aber als Widerstandskämpfer volle Anerkennung durch die Amerikaner. Dazu kam es aber nicht und in Verbindung mit dem Wiederaufleben der Bauernbewegung (wegen Repressionen der zurückgekehrten Großgrundbesitzer) erstarkte die Organisation wieder im Untergrund. Im Juni 1946 ging sie in die Verhandlung mit der Regierung und beschlossen eine umfassende Befriedungsaktion. Bald darauf kam es zum Abbruch jeglicher Zusammenarbeit und am 6. März 1948 wurde die Hukbalahap verboten und die Inhaftierung der Mitglieder angeordnet. Durch zunehmende Repressionen unter Präsident Diosdado Magsaysay zersplitterte die Organisation immer mehr. Zusätzlich wurde den Hukbalahap der Boden in den bäuerlichen Strukturen entzogen, da eine umfassende antikommunistische Kampagne Früchte trug und die Huks mit den eigenen Waffen schlug. So wurde ein Entwicklungsprogramm unter dem Huk-Slogan „Land für die Landlosen“ initiiert, das zwar nur 1000 Familien mit eigenem Land und einer Wirtschaftsstarthilfe unterstützte, aber eine gute Propagandawirkung entfaltete. Dadurch nahm die Unterstützung in der Landbevölkerung für die Aufständischen ab. Als Luis Taruc im September 1952 einen Friedensappell veröffentlichte, wurde er kurzerhand aus dem politischen Arm der Huk, der PKP, ausgeschlossen. Dennoch nahm er 1953 an Waffenstillstandsverhandlungen mit der Regierung teil und sollte dafür vor ein Kriegsgericht der Kommunisten gestellt werden. Vor diesem Hintergrund ergab sich Taruc am 17. Mai 1954 den philippinischen Streitkräften und wurde zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt. Damit war der Aufstand der Hukbalahap zu Ende, die wenigen Widerstandskämpfer, die bis in die sechziger Jahre im Untergrund blieben, sanken „... in reines Banditentum ab.“²²

Am 26. Oktober 1968 fand schließlich der Gründungskongress der neuen Communist Party of the Philippines statt. Dabei wurde auch das Program for a People's Democratic Revolution beschlossen, das als Lösung für die philippinischen Probleme nur die Möglichkeit einer bewaffneten Revolution als „... einzigen Weg zu einer sozialen und nationalen Befreiung...“²³ sah. Für diesen Zweck war eine Befreiungsarmee notwendig, wie auch eine Allianz mit den noch verbliebenen Huks. Mit Hilfe von Senator Benigno Aquino²⁴, der vor seiner Wahl zum Senator selbst enge Beziehungen zu den Huks in Tarlac pflegte, wurde ein Treffen zwischen

²¹ Reiterer, Philippinen. Kontinuität und Wandel, 117.

²² Ebenda, 120.

²³ Günther Siemers, Von Marcos zu Aquino. Der Machtwechsel in den Philippinen und seine Folgen, Sachbuchreihe China/Südostasien aktuell, Bd. 8, Berlin: VISTAS Verlag, 1988, 78.

²⁴ Auf den später noch eingegangen wird.

Sison und Bernabe Buscayno alias Commander Dante, einem Hukführer aus Tarlac, organisiert, das Ende Januar 1969 stattfand. „Am 29. März 1969, den 26. Gründungstag der Hukbalahap, wurden auf Initiative Sisons und Dantes in Santa Ritas, Capas, die New People's Army (NPA) gegründet...“²⁵. Ihre Aufgaben waren „Einsatz für den Aufbau der Partei, Durchführung einer Agrarrevolution, Aufbau ländlicher Basen und Vorwärtstreiben des bewaffneten Kampfes...“²⁶. Nach Gregg R. Jones bestand sie aus 50 Kämpfer zu 35 Waffen.²⁷

Die zweite wichtige Entwicklung, die bereits in der ersten Regierungsperiode von Marcos und davor einsetzte, war die Situation der Bevölkerung im muslimisch geprägten Süden²⁸ des Landes, die sich zunehmend radikalisierte.

Bereits Ende der 60er Jahre kam es zu einer Eskalation zwischen Muslime und Christen durch die Entwicklungs- und Umsiedlungsprogramme der Regierung in Manila. Diese Programme waren nicht auf die Verbesserung der Lebenssituation der Muslime ausgelegt, sondern auf die Lösung der wirtschaftlichen Probleme des Nordens der Philippinen. Die nichtmuslimische Bevölkerung in Mindanao wuchs von 2 Millionen im Jahr 1948 auf 6 Millionen im Jahr 1970. Die benachteiligten Muslime, bereits unter den Spaniern Moros genannt, wurden von der neuen christlichen Schicht immer mehr isoliert, was dazu führte, dass „... more than 65 percent of Muslims surveyed in 1971 identified themselves as Muslim rather than Filipino...“²⁹. Präsident Marcos' Versuch die Provinz unter Kontrolle zu bringen, indem er seine vorwiegend christlichen Anhänger in die entsprechenden politischen Ämter wählte, verstärkte die Gegensätze noch mehr.

Im März 1968 kam es schließlich zu einer Zuspitzung durch den Corregidor - Vorfall, beziehungsweise zum sogenannten Jabidah - Massaker. Eine Gruppe muslimischer Rekruten wurde für eine geheime Militäraktion in Sabah (auf das die Philippinen bereits 1963 als rechtmäßiger Nachfolgestaat des historischen Sultanats Sulu ihren Anspruch deklarierten)

²⁵ Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 128.

²⁶ Siemers, Von Marcos zu Aquino, 78.

²⁷ Zahlen bei: Gregg R. Jones, Red Revolution. Inside the Philippine Guerilla Movement, Boulder, San Francisco, London: Westview Press, 1989, 32. Auch Sison selbst erwähnt die gleiche Anzahl von Waffen in einem Interview mit Rainer Werning: Rainer Werning (Hg.), Philippinen – Demokratie aus der Wundertüte. Interview mit Jose Maria Sison – Essays – Dokumente, Münster: Wurf Verlag, 1987, 38.

²⁸ Bereits im 13. Jahrhundert begann die Islamisierung Mindanaos durch muslimische Kaufleute und Missionare, im 15. und 16. Jahrhundert entstanden wichtige prosperierende Sultanate auf Sulu, in Maguindanao und in Manila, bevor noch die Spanier die philippinischen Inseln kolonisierten. Seitdem sollte es auch keiner Regierung oder Besatzungsmacht gelingen, den muslimischen Süden zu kontrollieren und in den jeweiligen Herrschaftsbereich zu integrieren.

²⁹ Jeffrey Ayala Milligan, Islamic Identity, Postcoloniality, and Educational Policy. Schooling and Ethno-Religious Conflict in the Southern Philippines, New York: Palgrave MacMillan, 2005, 99.

unter dem Code Operation Merdeka zum Guerillatraining auf Corregidor Island geholt, „... who were to infiltrate Sabah and spark unrest...“³⁰ Als die jungen Muslime den Befehl verweigerten, unter ihren muslimischen Brüdern im Nachbarstaat Unruhe zu stiften, wurden sie von der philippinischen Armee getötet. Dadurch kam es zur Verschlechterung der Beziehung zu Malaysia, zur muslimischen Bevölkerung auf den Philippinen als auch zur offenen Feindschaft zwischen Marcos und seinem politischen Gegner und Rivalen Benigno Aquino. Nach darauffolgenden Protesten muslimischer Studenten gründete Datu Udtog Matalam am 1. Mai 1968 die Muslim/Mindanao Independence Movement (MIM), die den Grundstein für alle folgenden muslimischen Unabhängigkeitsvereinigungen legte.

1969 entstand rund um Nur Misuari die Moro National Liberation Front (MNLF), die eigentlich den legalen parlamentarischen Weg einschlagen wollte. Aber die Lage nach dem Corregidor - Vorfall von 1968 verschärfte sich weiter. Zu Beginn von 1971 flüchteten 30.000 christliche Bauern und mindestens 500 Personen wurden von muslimischen Gruppen getötet. Als Vergeltungsmaßnahme ermordeten dann im Juni 1971 christliche Soldaten ungefähr 70 Männer, Frauen und Kinder, die sich in einer Moschee versteckten.³¹ Dieses nach der Stadt benannte Manili - Massaker und die Wahlerfolge der Christen im gleichen Jahr verschärften die Krise, die nach Ausrufung des Kriegsrechts zu einen offenen Krieg führte.

Misuaris MNLF wurde schnell mit dem von ihr kontrollierten bewaffneten Arm, der Bangsa Moro Army (BMA), zur führenden Organisation, die die politischen Ziele der Moros, die Unabhängigkeit von den Philippinen, durchsetzen sollte. Erst 1981 gründete ein führender Kopf der MNLF, Hashim Salamat, die Moro Islamic Liberation Front (MILF), die einen radikaleren Weg mit einer stärkeren islamistischen Orientierung einschlug und mit der MNLF brach.

Mitte der Siebzigerjahre kämpften rund 30.000 Moros gegen das Marcos-Regime. „Bis Ende 1985 sind durch den Widerstand der Moros gegen das Marcos-Regime 90.000 Moro - Zivilisten umgekommen, und etwa 150.000 Moros mussten aus Angst vor Repression und Militärterror in das Ostmalaysische Sabah flüchten.“³² Das Abkommen über einen Waffenstillstand, 1976 in Tripolis, Libyen, unterzeichnet, das „... autonomy to 13 provinces with Muslim populations in Mindanao ...“³³ versprach, wurde von beiden Seiten nicht eingehalten.

³⁰ Milligan, Islamic Identity, Postcoloniality, and Educational Policy, 100.

³¹ Zahlen bei: Wurfel, Filipino Politics, 157.

³² Bashiri-Goudarzi, Philippinen - Diktatur und Dependenz, 155.

³³ Miliigan, Islamic Identity, Postcoloniality, and Educational Policy, 106.

1.2. Die 2. Amtsperiode 1969 bis 1972

Trotz der wirtschaftlichen und politischen Lage am Ende der ersten Amtsperiode wurde Ferdinand Marcos zum ersten wiedergewählten Präsidenten der Philippinen. Die weitere Entwicklung von Infrastruktur, Industrialisierung und Bildung, sowie die Bekämpfung des Mangels an Grundnahrungsmitteln waren die Themen des Wahlkampfs. Am 11. November 1969 wurden 60 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 80 % für Marcos abgegeben.³⁴ Allerdings war der Preis hoch. Für die Kosten des Wahlkampfs musste soviel Geld in Umlauf gebracht werden, dass es zu einer hohen Inflation kam, sich die Devisenreserven erschöpften, Kredite nicht mehr bezahlt werden konnten. Nach einer Umschuldung wurde der Peso um mehr als 40 Prozent abgewertet.³⁵ Neben diesem finanziellen Desaster waren auch Wahlbetrug, Bestechung, Erpressung und Gewalt bei den Wahlgängen zu einem Höhepunkt gekommen.

Als bereits zu Beginn seiner zweiten Präsidentschaft Gerüchte aufkamen, dass Marcos eine dritte Amtsperiode anstrebte, obwohl verfassungsrechtlich nur zwei Amtsperioden von insgesamt 8 Jahren vorgesehen waren, wurden erste Studentenproteste organisiert, von denen die ersten bereits im Dezember 1969 stattfanden. Studentengruppen wie die Kabataang Makabayan, die Jugendorganisation der CPP, und der progressive Flügel der katholischen Studentenschaft waren vor den Kopf gestoßen, da Wahlbetrug und Gewalt bei den Wahlgängen 1969 stark an Gewicht zunahmen. Sie forderten „... an end to U.S. bases and constitutional revision, to agrarian reform and specific changes in policies towards students.“³⁶ Am 26. Januar 1970 kam es zu einer Schlacht zwischen Demonstranten und Polizisten und unter dem Zusammenschluss von Studentenorganisationen unter dem Begriff January 26 Movement begann eine Protestwelle, die bis April andauerte und später als First Quarter Storm bekannt wurde. Der Höhepunkt war am 30. Januar erreicht, als 6 Studenten bei einem Protestmarsch auf den Malacanang-Palast im sogenannten Battle of Mendiola starben, was die verschiedenen Studentengruppen noch einiger zusammenschloss. Trotz den Demonstrationen überschätzte Marcos aber die Radikalisierung der Studenten, denn „... trotz mehrerer tausend Sympathisanten in der Studenten-, Arbeiter- und Bauernschaft wuchsen die Mitgliederzahlen von CPP und NPA langsam.“³⁷

³⁴ Angaben bei: Bashiri-Goudarzi, Philippinen - Diktatur und Dependenz, 34.

³⁵ Angabe bei: Reiterer, Philippinen. Kontinuität und Wandel, 131.

³⁶ Wurfel, Filipino Politics, 107.

³⁷ Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 133.

Die langanhaltenden Proteste bewirkten aber gerade das Gegenteil ihrer Forderungen und „... helped Marcos prepare the ground for martial law.“³⁸ Mitte 1970 erschien „Philippine Society and Revolution“ unter dem Namen Amado Guerrero, ein nom de guerre von Jose Maria Sison. Es sollte eine Analyse und Ideologie für einen politischen Umsturz liefern und konnte neben den CPP-Mitgliedern zahlreiche Anhänger innerhalb des studentischen und intellektuellen Milieus wie auch innerhalb der katholischen Kirche gewinnen. Diese Entwicklung erleichterte für Marcos die Argumentation für erhöhte Militärausgaben, um die CPP und die NPA effizienter bekämpfen zu können. Trotz massivster Operationen seitens des Militärs setzten CPP und NPA den Widerstand fort. Ende 1970 plünderte ein Lehrer an der Philippine Military Academy, der Kaderschmiede der Armed Forces in Baguio, das Waffenarsenal und lief zur NPA über. Das brachte der CPP in frühen Jahren einen ungeahnten Propagandaerfolg.

Am 24. August 1970 unterzeichnete Marcos den Republic Act No. 6132, um eine gewünschte Verfassungsänderung einzuleiten. Die Verfassungsgebende Versammlung begann ihre Arbeit mit 1. Juni 1971 mit dem Ziel eines Verfassungsentwurfs. Da Marcos eine darin enthaltene Klausel befürchtete, die sowohl ihm als auch seiner Frau und den nächsten Verwandten eine weitere Amtszeit untersagte, versuchte er einige Delegierte zu manipulieren und zu bestechen. Marcos sah in der neuen Verfassung ohne einer Anti-Marcos-Resolution eine legale Möglichkeit für eine erneute dritte Präsidentschaftskandidatur.

„... at dinner for groups of delegates ... they handed out envelopes containing large amount of cash.“³⁹ Der Delegierte Eduardo Quintero, der daran teilnahm, brachte den Bestechungsversuch an die Öffentlichkeit. Nach verstärkten Unruhen in der Bevölkerung, kam es zum Widerstand der liberalen und der illegalen Opposition. Durch weitere Einflussnahme in der Verfassungsgebenden Versammlung schaffte Marcos zwar in einer knappen Abstimmung, die befürchtete Klausel aus dem Verfassungsentwurf zu nehmen, aber die Fertigstellung und Ratifizierung durch den Kongress würde über seine zweite Amtszeit hinausgehen und ihm keine Möglichkeit für eine neue Amtsperiode bieten.

³⁸ Wurfel, Filipino Politics, 107.

³⁹ Ebenda, 110.

Am 21. August 1971 fand eine Wahlkundgebung der Liberal Party für die bevorstehende Senats- und Gouverneurswahl auf dem Plaza Miranda statt, zu der sich um die 10.000 Menschen einfanden. Dabei wurden vor laufenden Fernsehkameras Granaten auf das Podium geworfen, wodurch 9 Menschen getötet und an die hundert verwundet wurden.⁴⁰ Senator Benigno Aquino, Obmann der Liberalen Partei, blieb unverletzt, da er „... durch zwei anonyme Anrufe vorgewarnt worden“⁴¹ war. Die Liberal Party konnte bei der Senatswahl nach dem Bombenanschlag, der in der Öffentlichkeit Marcos zugeschrieben wurde, jedoch nie der tatsächliche Initiator ausgeforscht werden konnte⁴², 6 von 8 Sitzen erringen. Da das ein gutes Zeichen für die Präsidentschaftswahlen von 1973 war, darüber hinaus die Politik Marcos' eine Spaltung innerhalb der Nacionalistapartei provozierte, begannen sich die Liberalen, auf die Übernahme des Präsidentenamtes vorzubereiten.

Die USA stand der Entwicklung auf den Philippinen skeptisch gegenüber. Aber sie war nicht so sehr besorgt wegen eines möglichen kommunistischen Aufstands, vielmehr ging es ihr um wirtschaftliche Fragen. Mit dem aufkommenden und sich immer weiter radikalisierenden Nationalismus der liberalen Opposition waren sowohl Militärstützpunkte als auch die wirtschaftlichen Investitionen in den Philippinen gefährdet. Für die USA stand die Kontrolle weiter Teile der philippinischen Wirtschaft auf dem Spiel, die über verschiedene Übereinkommen mit Marcos ausgehandelt worden waren. Das Laurel Langley Agreement sollte 1974 auslaufen, ebenso wie das Parity Agreement, durch das alle US-amerikanischen Grundbesitzrechte auf den Philippinen erlöschen würden. Außerdem sollten Direktoren- und Managerposten in den philippinisierten Wirtschaftsunternehmen zukünftig mit Einheimischen besetzt werden. Vor dem Ausnahmezustand brachten um die 800 Firmen und Konzerne mit US-Mehrheiten vier Fünftel der gesamten Fremdinvestitionen in die philippinische Wirtschaft ein.⁴³

⁴⁰ Zahlen bei: Jones, Red Revolution, 59. Nach Reuben R. Canoy, The Counterfeit Revolution. The Philippines from martial law to the Aquino assassination, Manila: Philippines Editions, 1984, 1. handelte es sich um drei Granaten, die aufs Podium geworfen wurden.

⁴¹ Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 134.

⁴² Nach Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 134f.: gibt es Hinweise, dass Jose Maria Sison und führende CPP Mitglieder den Anschlag geplant hatten, um die politische Situation zuzuspitzen, den wachsenden Widerstand und Zulauf zur NPA und CPP zu verstärken und eine revolutionäre Situation entstehen zu lassen. Ebenso bei: Jones, Red Revolution, 319f.

⁴³ Siehe: Wurfel, Filipino Politics, 59.

2. Phase I: 1972 – 1973: Die ersten Jahre im Kriegsrecht

2.1. Die Ausrufung des Kriegsrechts 1972:

Am 20. September 1972 beriet sich Marcos mit den höchsten Militärs des Landes, die (bis auf den stellvertretenden Stabschef General Rafael Iletto⁴⁴) das Kriegsrecht befürworteten, und er unterzeichnete am selben Tag „... nach Artikel VII, Sektion 10, Paragraph zwei der Verfassung von 1935 per Proklamation 1081 das Kriegsrecht“⁴⁵, wonach der Präsident ermächtigt war, „... in case of invasion, insurrection or rebellion or imminent danger thereof, where the public safety requires it ... may suspend the privilege of the writ of habeas corpus, or place the Philippines or any part thereof under martial law.“⁴⁶

Marcos wartete aber mit der Kundmachung bis zum 23. September. Ein fingierter Anschlag auf das Auto des Verteidigungsministers Enrile am 22. September 1972 bot den offiziellen Anlass. Am selben Tag unterzeichnete er die General Order No. 1, die die gesamte politische Macht in seine Hände konzentrierte, ihr folgte die General Order No. 2, die die Festnahme politischer Gegner vorsah.

Marcos gelang es während seiner Amtsperioden und während des Ausnahmezustands, das politische System sukzessive zu einem autoritär-korporatistischen Staat umzufunktionieren. Sein Schlüssel dazu war die Ausrufung des Kriegsrechts, „... mit der Marcos die exekutive und legislative Gewalt in seine Hände legte und eine umfassende Reorganisation des politischen Institutionensystems ermöglichte.“⁴⁷

Die US-amerikanische Handelskammer reagierte auf die Verhängung des Kriegsrechts mit einem Glückwunschtelegramm.

Marcos sah sich nach eigenen Angaben zur Ausrufung des Kriegsrechts gezwungen, da die Regierung und die öffentliche Ordnung der Republik durch eine kommunistische Rebellion, die muslimischen Sezessionsbestrebungen im Süden des Landes, eine rechtsgerichtete

⁴⁴ General Iletto wurde kurz darauf als Botschafter in den Iran berufen, nach Canoy als Bestrafung für seine Weigerung für das Kriegsrecht zu stimmen, siehe: Canoy, *The Counterfeit Revolution*, 19.

⁴⁵ Bashiri-Goudarzi, *Philippinen - Diktatur und Dependenz*, 37.

⁴⁶ Cortes, Boncan, Jose, *The Filipino Saga*, 402.

⁴⁷ Risse, Jetschke, Schmitz, *Die Macht der Menschenrechte*, 50.

Verschwörung, kriminelle Syndikate, steigende Korruption und soziale Ungerechtigkeit gefährdet gewesen sei.⁴⁸

Er propagierte mit dem Kriegsrecht die Neue Gesellschaft (Bagong Lipunan), die die alte Ordnung der korrupten Oligarchie in einer „Revolution der Mitte“⁴⁹ überwinden sollte, um zu einer Emanzipation der philippinischen Gesellschaft zu führen. Marcos sah diese „revolution from the centre“ als demokratische Revolution, „...because it is revolution initiated by the government, which stands at the center of society and not above the people.“⁵⁰ Seine von ihm bezeichnete Regierungsform des konstitutionellen Autoritarismus⁵¹ „... highlights the constitutional legitimacy of the declaration and thus is not an arbitrary exercise of power.“⁵² Sie sollte zu einer neuen philippinischen Demokratie werden, die eine rapide wirtschaftliche Entwicklung und größere soziale Gerechtigkeit ermöglichte.

Im Dezember 1972 erklärten sich die meisten Abgeordneten in einer Unterredung mit Marcos damit einverstanden, den Kongress aufzulösen, in der Annahme, in das neue Parlament berufen zu werden. Einige Abgeordnete, die sich dem widersetzen und die nächste reguläre Sitzung am 22. Januar 1973 nach der alten Verfassung abhalten wollten, wurden vom Militär daran gehindert. Manche von ihnen wurden inhaftiert, andere ungehorsame Abgeordnete und Senatoren gingen in den Untergrund. Marcos weigerte sich daraufhin eine neue Nationalversammlung einzuberufen und verwies auf die Abstimmung der Citizens Assemblies. Die legislative Macht lag also in den Händen des Präsidenten und bis 1978 gab es keine Institution auf den Philippinen, die sich um legislative Agenden kümmern konnte.

Als Legitimitätsstütze gründete Marcos Ende 1972 auf Gemeinde- und Stadtebene die Citizens Assemblies. „Durch eine institutionalisierte, zentral organisierte und leicht kontrollierbare Massenbewegung wollte er den Anschein der direkten Demokratie erwecken und sich die formale Legitimation seiner Amtsführung verschaffen.“⁵³ Referenden in den Citizens Assemblies, die Marcos nach der kleinsten administrativen Ebene des indigenen

⁴⁸ Bashiri-Goudarzi, Philippinen - Diktatur und Dependenz, 38.

⁴⁹ Ebenda, 39.

⁵⁰ Ferdinand E. Marcos, Ideology of Filipinos, Manila: Marcos Foundation, 1983, 29.

⁵¹ Cortes, Boncan, Jose, The Filipino Saga, 402. Zu diesem Thema schrieb Marcos auch seine Abschlussarbeit am UP-College of Law, er hatte sich mit der Möglichkeit einer autoritären Regierungsform also bereits in seiner Studienzeit beschäftigt.

⁵² Marcos, An Ideology for Filipinos, 41.

⁵³ Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 140.

soziopolitischen Systems bei Ankunft der Spanier barangays nannte, wurden zum Legitimationsinstrument der Marcosherrschaft.⁵⁴

Bei diesen Bürgerversammlungen mussten Einwohner ab 15 Jahren teilnehmen und bei Referenden ihre Stimmen abgeben. Zum ersten Mal wurden sie von 10. bis 15. Januar 1973 zusammengerufen, um die neue Verfassung zu ratifizieren. Marcos sorgte dafür, dass die Abstimmung zu seinem Gunsten ausging, indem „... police or military men were prominently posted about the premises.“⁵⁵

Bereits am 17. verkündete er die Ratifizierung der neuen Verfassung und kam damit dem Obersten Gerichtshof zuvor, der die Rechtmäßigkeit der Verfassung und der Ausrufung des Kriegsrechts anzweifelte. Der Oberste Richter, der ein Gegner dieses Vorgehens war, wurde kurz darauf in den Ruhestand versetzt.

Marcos nützte die Citizens Assemblies in weiterer Folge vor allem als Beweis für seine Reputation und die seines Regimes nach außen, indem er vorgab, es handle sich bei den Referenden um eine Art direkter Demokratie. Allerdings wurde das Fernbleiben von den Citizens Assemblies unter Strafe gestellt und der bevorzugte Ausgang der Abstimmungen wurde deutlich klargemacht. Einfach gehaltene Fragen wie „Do you want President Marcos to continue beyond 1973 and to finish the reforms he has initiated under martial law?“⁵⁶ ließen keinen Zweifel aufkommen, wie die offene, mündliche Abstimmung, flankiert von Sicherheitspersonal, auszugehen hatte. Spätestens ab 1975 kam es zu öffentlicher Unzufriedenheit bezüglich der gelenkten Referenden, und sie bewirkten im Landesinneren keine Erhöhung der Zustimmung und Legitimität des Marcos-Regimes. Vermutlich ging es dem Präsidenten aber ohnehin mehr um seinen internationalen Ruf und um den Anschein nach außen zu transportieren, demokratische Prinzipien aufrecht zu erhalten. Trotzdem stellte er einen weiteren Versuch an, die Massen zu seinen Gunsten zu mobilisieren. „Im April 1975 rief Marcos die Kabataang Barangays (KB, Nationale Jugendräte) unter dem Vorsitz seiner Tochter Imee ins Leben.“⁵⁷, um die Bewegung stärker zu organisieren. Sie konnten Marcos die Unterstützung einer breiten Masse allerdings nicht in dem Ausmaß liefern, die er benötigt hätte, um die Legitimität seines Regimes nach außen zu vermitteln.

⁵⁴ Siehe: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 140.

⁵⁵ Wurfel, Filipino Politics, 1991, 116.

⁵⁶ Ebenda, 118.

⁵⁷ Siehe: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 140.

Trotz erster Massenverhaftungen gab es wenig internationalen oder nationalen Protest, die Bevölkerung hoffte auf eine Rückkehr zu Ruhe und Ordnung, die eine stabile Entwicklung einleiten sollten. Auch die westlichen Staaten verhielten sich abwartend, welche Folgen diese Entwicklung haben würde. International erschienen seine Reformversprechen plausibel, da er die überfälligen Probleme der Philippinen am Beginn der Siebziger Jahre (Landbesitz, Korruption, kommunistische Rebellion, muslimische Sezessionsbestrebungen im Süden des Landes) zu den wichtigsten Punkten seiner Vorhaben machte. Andererseits wurden durch Verhaftungen und Repression diesbezügliche nationale Bestrebungen im Keim erstickt, zumal auch die politischen Führer der Opposition wie Benigno Aquino, die großangelegte Protestaktionen organisieren hätten können, inhaftiert waren und die übrigen politischen Gegner durch die Aktionen abgeschreckt wurden.

Benigno Simeon Aquino jr. wurde am 27. November 1932 in Concepcion, Tarlac, geboren. 1948 war Benigno Aquino an der Ateneo-Universität inskribiert, wechselte aber auf die juristische Fakultät der UP und begann als Reporter bei der Manila Times zu arbeiten. Als Journalist wurde er in die Politik verwickelt und arrangierte unter anderem die Kapitulation des Huk-Führers Tarlac. Nach einem Aufenthalt in den USA begann er 1955 seine politische Karriere als Bürgermeister in Concepcion. 1959 wurde er Vizegouverneur und 1961 Gouverneur von Tarlac. 1967 zog er für die Liberalen in den Senat ein, und strebte nach dem Präsidentenamt bei den Wahlen 1973. Aquino teilte mit Marcos die politischen Konzepte, speziell das eines autoritäres Regimes mit starkem Präsidenten für eine beschleunigte Modernisierung des Landes, tatsächlich kündigte er auch vor 1972 an, dass er das Kriegsrecht ausrufen würde, wenn er Präsident der Philippinen wäre.⁵⁸

„Nach seiner Festnahme wurde Aquino vorerst ohne Verfahren gefangengehalten, am 27. August 1973 schließlich wegen Mordes, illegalen Waffenbesitzes und Subversion angeklagt.“⁵⁹ Bei seinem Prozess vor einem Militärtribunal 1975 trat er als Protest in den Hungerstreik. Am 25. November 1977 wurde er schließlich in allen Punkten schuldig gesprochen und zum Tod durch Erschießen verurteilt. Das Urteil wurde allerdings ausgesetzt, wegen der zu erwartenden internationalen Proteste, und im Mai 1980 durfte er sogar in die USA ausreisen, um sich einer Herzoperation zu unterziehen. 1983 entschloss er sich auf die Philippinen zurückzukehren, wo er am Flughafen in Manila am 21. August erschossen wurde, worauf in Kapitel 5.1. der vorliegenden Arbeit noch eingegangen wird.

⁵⁸ Siehe bei: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 138. und bei: Canoy, The Counterfeit Revolution, 62.

⁵⁹ Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 138.

2.2. Die Intensivierung der Menschenrechtsproblematik

Unmittelbar nach der Ausrufung des Kriegsrechts verschlechterte sich die Menschenrechtssituation schlagartig.

Bei der ersten Verhaftungswelle, die bereits kurz nach Mitternacht stattfand, waren „... 16 Journalisten, 11 Mitglieder der verfassungsgebenden Nationalversammlung, 3 Senatoren, 4 Abgeordnete, 3 Gouverneure, 36 Bürgermeister und insgesamt 6000 Menschen betroffen ...“⁶⁰, von denen rund die Hälfte nach kurzer Zeit wieder freikamen.

Marcos löste das Parlament auf, verbot politische Parteien und nahm starken Einfluss auf die Justiz. In den ersten Monaten wurden über 50.000 Menschen⁶¹, zum Großteil Oppositionelle, ohne das Recht auf Haftprüfung verhaftet. Dieses hatte er bereits im August 1972 aufgehoben. Er ließ sich und seine Regierungsform mit einer gelenkten Volksabstimmung über einen neuen Verfassungsentwurf 1973 bestätigen. Bürgerrechte waren in dieser Verfassung zwar enthalten, der Grundrechtskatalog war allerdings durch Notverordnungen und Präsidentenerlasse stark eingeschränkt. Er führte die Beschränkung der Pressefreiheit und eine Zensurbehörde ein, um Kritik und öffentliche Kontrolle am Regime von vornherein zu unterbinden. „Von der Verhängung des Kriegsrechts bis zum Dezember 1975 wurden Streiks durch PD Nr. 823 verboten.“⁶²

Mitglieder oder Sympathisanten der Communist Party of the Philippines (CPP), ihrem militärischen Arm, der New Peoples Army (NPA), und der Moro National Liberation Front (MNLF) zählten zu den Hauptopfern staatlicher Übergriffe. Darüber hinaus fanden sich unter den Opfern auch zahlreiche politische Vertreter der legalen Opposition, Priester und Ordensleute, Menschenrechtsaktivisten, Studenten- und Gewerkschaftsführer, Universitätsprofessoren, Journalisten und Zeitungsherausgeber, Arbeiter, Bauern und Mitglieder der verschiedenen Gewerkschaftsverbände und Arbeiterorganisationen, sowie Teilnehmer von Protestkundgebungen oder Demonstrationen in späteren Jahren.

⁶⁰ Bashiri-Goudarzi, Philippinen - Diktatur und Dependenz, 40.

⁶¹ Zahlen bei: Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 51. Sie beziehen sich dabei auf die ersten drei Monate nach Ausrufung des Kriegsrechts. Robert L. Youngblood spricht von 30.000 Inhaftierten in den ersten Wochen, siehe: Robert L. Youngblood, Marcos Against The Church. Economic Development and Political Repression in the Philippines, Ithaca, London: Cornell University Press, 1990, 138.

⁶² Bashiri-Goudarzi, Philippinen - Diktatur und Dependenz, 151.

Nach Amnesty International stellte sich mit dem Kriegsrecht ein beunruhigendes Anwachsen von Menschenrechtsverletzungen auf den Philippinen ein, die sich auf Freiheit von staatlicher Repression beziehen:

Inhaftierung ohne Haftbefehl, Gerichtsverfahren oder juristischem Beistand, rechtswidrige langandauernde Anhaltung an unbekannten Orten und Geheimgefängnissen (sogenannten safe houses und interrogation centres), Incomunicado-Haft ohne Kontakt zur Außenwelt, Isolationshaft und Einzelhaft, Auskunftsverweigerung bezüglich Inhaftierung, Haftort und Beweislast an Angehörige, unangemessene Haftbedingungen, Vergewaltigungen von weiblichen Häftlingen, darunter Fälle mit anschließendem Selbstmord, Folter, Verschwinden lassen und Salvaging, sowie extralegale und außergerichtliche Hinrichtungen.⁶³

Die angewandten Foltermethoden waren äußerst vielschichtig: Körperliche und sexuelle Gewalt, Vergewaltigungen, vorgetäuschte Exekutionen, Elektroschocks, mit Plastikfolien über den Atemwegen hervorgerufene Erstickungsanfälle und Ertränkungsversuche, Reizung von Augen und offenen Wunden durch Pfeffer und säurehaltige Flüssigkeiten, Hautverbrennungen durch Zigarettenglut, Abziehen der Fingernägel, verschärfte Haftbedingungen, Isolationshaft und psychologische Folter wie das Androhen von Gewalt gegen Verwandte des Inhaftierten.⁶⁴ Mit dem Einsetzen des Kriegsrechts kam es zu einer systematischen Anwendung von Folter durch das Militär- und Sicherheitspersonal.

Disappearances, Menschenraub oder Verschwinden lassen wurde seit spätestens 1975 auf den Philippinen regelmäßig praktiziert. Bei dieser Art von Menschenrechtsverletzung ließen sich drei verschiedene Kategorien ausmachen.

Zum einen verschwanden Personen, die ohne Zeugenaussagen verhaftet wurden und von denen die Sicherheitsbehörden behaupteten, dass sie bereits wieder entlassen wurden oder aus der Haft geflüchtet waren. Diese Angaben konnten in vielen Fällen aber nicht überprüft werden, da die Aufenthaltsorte ungeklärt blieben und die betroffenen Personen nicht mehr in Erscheinung traten.

Eine zweite Kategorie betraf Fälle, in denen politische Häftlinge tot aufgefunden wurden. Diese Methode des Entledigens eines ungewollten Gefangenen wurde auf den Philippinen mit dem zynischen Begriff Salvaging, Abfallbeseitigung, belegt.

⁶³ Siehe: Amnesty International, Jahresbericht 1981, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1982, 327.

⁶⁴ Siehe genauer: Marie Teresita Bravo (Hg.), Mariani. A Woman Of A Kind, Quezon City: TFDP, 2001, 111. Youngblood, Marcos Against The Church, 151.

Die dritte Kategorie umschloss Fälle des Inhaftierens von Personen ohne Haftbefehl, die nach einer gewissen Zeit (manchmal Wochen oder Monaten der völligen Isolation an geheimen Haftorten (auf den Philippinen Safe Houses oder Interrogation Centres genannt) in regulären Gefängnissen wieder gesichtet wurden.

Die ersten zwei Kategorien, also das Verschwinden von Personen, die nicht wieder auftauchten, oder das Auffinden von getöteten und oft gefolterten Leichnamen von Verschwundenen, schienen die meisten Fälle zu betreffen. Von der Menschenrechtsorganisation Task Force for Detainees of the Philippines (TFDP), auf die später noch eingegangen wird, wurden „... 634 cases of disappearance from 1974 to June 1985 ...“⁶⁵ dokumentiert. Viele der Verschwundenen tauchten allerdings als Opfer von Salvagings, außergerichtlichen Exekutionen, wieder auf.

Salvaging (Abfallbeseitigung) steht für extralegale und außergerichtliche Hinrichtungen auf den Philippinen, die von den regulären Streitkräften oder ihnen nahe stehenden paramilitärischen Gruppen begangen werden. Diese geheimen Liquidationen setzten nach dem Verschwinden von Personen durch Inhaftierungen des Militär- und Sicherheitspersonals ohne Haftbefehl ein, wobei Tage, Wochen und manchmal Monate später die Leichname mit Foltermalen in entlegenen Gegenden aufgefunden wurden. Von 1973 bis 1985 wurden 2.255 Fälle von Salvaging durch die TFDP dokumentiert.⁶⁶

Über den gesamten zu behandelnden Zeitraum von 1972 bis 1986 wurden diese drei Arten von schwersten Menschenrechtsverletzungen (Folter, Disappearance, Salvaging), aber auch zahlreiche andere Formen von staatlicher Repression, sowohl von internationalen Organisationen wie Amnesty International aber auch von nationalen Beobachtungsstellen wie der TFDP dokumentiert und festgehalten.

Im Juni 1973 griff Amnesty International die Fälle von den beiden Senatoren Benigno Aquino und Jose Diokno auf, da ihnen als politisch Gefangene nach der Verhaftung im September 1972 „... rechtliche Schritte verwehrt ...“ wurden und „... zumeist während ihrer Haft ohne Verbindung zur Außenwelt...“⁶⁷ waren.

⁶⁵ Bravo (Hg.), Mariani, 116.

⁶⁶ Ebenda, 113.

⁶⁷ Amnesty International, Jahresbericht 1973/74, London: Amnesty International Publications, 1974, 72.

„In Mindanao und Sulu kam es schon einen Monat nach Verhängung des Kriegsrechts aufgrund der zunehmenden Zentralisierung, der damit verbundenen Einschränkungen des politischen Spielraums und der Entwaffnungsbestrebungen seitens der Regierung zum offenen Aufstand, der in einen blutigen islamischen Befreiungskrieg ausartete ...“⁶⁸.

Marcos versuchte einerseits mit Militäroperationen, andererseits mit Amnestie- und Entwicklungsprogrammen dem entgegenzutreten. Die gespaltene Moro-Bewegung konnte sich zu einer Einigung ihrer Organisationen unter der MNLF entschließen und war imstande mit der Marcosregierung in Verhandlungen zu treten. Am 23. Dezember 1976 wurde das Tripoli Agreement unterzeichnet: Der Zentralregierung in Manila wurden darin die außenpolitischen und Verteidigungsangelegenheiten sowie die Verwaltung der Bodenschätze übertragen. Die Muslime bekamen Autonomie in den südlichen Philippinen innerhalb der Staatsgrenzen und stimmten einem Waffenstillstandsabkommen bis 20. Januar 1977 zu. Durch eine Volksabstimmung wurde die Vereinbarung jedoch abgelehnt, Ende 1977 kam es zum Bruch des Waffenstillstands und die Kämpfe wurden wieder aufgenommen.

Auch die anderen nationalen Minderheiten (Tribal Filipinos) waren von Marginalisierungstendenzen betroffen, „ ... was zu einem Anwachsen der Unruhen, zu militärischen Übergriffen und einer Eskalation der Gewalt führte ...“⁶⁹.

Die nationalen Minderheiten und ethnischen Gruppen waren vor allem Opfer der Entwicklungsaggression, die unter Marcos eingeleitet wurde und die ihren Lebensraum drastisch beschnitt. Durch verstärkten Tourismus, Dammbauten, Abholzungen der Wälder, Landraub durch die Ansiedelung multinationaler Konzerne, Vertreibungen und Ausbeutung natürlicher Ressourcen wurden sie in ihren angestammten Gebieten immer weiter zurückgedrängt und ihrer Lebensgrundlagen beraubt. Die Folgen waren Hunger, Migrationbewegungen und der Verlust von alten Traditionen und Lebensweisen.

In diesem Fall konnten sie allerdings auf keine vergleichbaren Organisationen, die ihre spezifische Angelegenheiten vertraten, zurückgreifen. Dadurch erwiesen sich die ethnischen Minderheiten als wichtige Rekrutierungsbasis für die CPP und NPA sowie für die Bangsa Moro Army (BMA) im Süden des Landes.

⁶⁸ Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 142.

⁶⁹ Ebenda, 143.

2.3. Die Pfeiler des Regimes und ihre Mechanismen

Die wichtigsten Stützen des Marcos-Regimes waren die neue Verfassung von 1973, das Militär, die Wirtschaft und die Rechtssprechung, die Marcos massiv beeinflussen konnte. Darüber hinaus reglementierte Marcos schon zu Beginn die Medienlandschaft und setzte eine Zensurbehörde ein. Auf dem außenpolitischen Parkett taktierte Marcos geschickt und konnte seine Machtbasis mit Rückendeckung der USA, aber auch durch kommunistische Länder konsolidieren. Im folgenden sollen diese Bereiche, die bis zum Machtwechsel von 1986 von großer Bedeutung waren, näher beleuchtet werden.

2.3.1. Verfassung

Im November 1972 wurde die neue Verfassung fertiggestellt und bildete die Grundlage für das Regime. Am 17. Januar 1973 gab Marcos die Ratifizierung der Verfassung durch die Bürgerversammlung bekannt, die am 31. März 1973 in Kraft trat.

„Die neue Verfassung sah eine parlamentarische Regierungsform und eine Verschmelzung von exekutiver und legislativer Macht sowie ein Einkammersystem vor.“⁷⁰ Der Premierminister war das Oberhaupt der Regierung und hatte alle Macht des Präsidenten, wie sie in der Verfassung von 1935 festgeschrieben war. Er konnte die Nationalversammlung auflösen und Neuwahlen veranlassen, konnte jedoch durch die Wahl eines Nachfolgers abgesetzt werden. Das Amt des Vize-Präsidenten wurde nach der neuen Verfassung abgeschafft. Diese Regierungsform wurde jedoch nie realisiert, da die Übergangsbestimmungen, die in der neuen Verfassung festgeschrieben waren, allen Proklamationen, Dekreten und Weisungen des Präsidenten Gesetzeskraft verliehen und ihn ermächtigten, die Erste Interimsnationalversammlung einzuberufen. Diese wiederum sollte auf seinen Antrag einen interimistischen Präsidenten und Premierminister wählen. Beides wurde aber nicht vollzogen, da Marcos die Macht des Präsidenten nach der Verfassung von 1935 und die Macht des Premierministers nach der Verfassung von 1973 in seiner Person vereinte. Die Macht des amtierenden Präsidenten blieb also weiter gewahrt und durch die Gesetzgebende Versammlung (Interim Batasang Pambansa - IBP), der Marcos als Präsident und Premier in Personalunion angehörte, wurde er bis zur Aufhebung des Kriegsrechts mit legislativer Gewalt ausgestattet. Wahlen zur IBP ließ er allerdings erst 1978, im Rahmen seiner Normalisierungsbestrebungen des Regimes, zu.

⁷⁰ Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 139.

„Die Verfassungsänderung von 1981 führte schließlich ein präsidential-parlamentarisches Mischsystem ein, mit einem auf sechs Jahre direkt vom Volk gewählten Präsidenten als Staats- und Regierungschef...“⁷¹. Die „reguläre“ Präsidentschaft von Ferdinand Marcos nach der Aufhebung des Kriegsrechts wäre mit dieser Verfassungsänderung also vermutlich 1987 ausgelaufen, wenn es nicht ein Jahr zuvor zum Machtwechsel oder zu einer erneuten Verfassungsänderung gekommen wäre (was angesichts von Marcos Gesundheitszustand von 1986 unwahrscheinlich gewesen wäre).

2.3.2. Militär

Der Präsident war bereits vor 1972 der Oberbefehlshaber der Armed Forces of the Philippines, als Institution hatte das Militär aber zu jener Zeit keinen nennenswerten politischen Einfluss, was sich nach der Ausrufung des Kriegsrechts schlagartig ändern sollte. Das Militär wurde zum wichtigsten Pfeiler des Regimes und zu diesem Zweck wurde es ausgebaut und neu strukturiert. Zu den regulären Einheiten der Armed Forces of the Philippines (AFP) wurde die Civilian Home Defense Force (CHDF) zum Wahren der öffentlichen Ordnung organisiert, sowie die Integrated National Police (INP) unter dem Kommandanten des Police Constabulary (PC) Fidel Ramos geschaffen. Das Presidential Security Command unter General Fabian Ver wurde ausgebaut. Ver hatte auch die Leitung über den Geheimdienst, der National Intelligence and Security Authority (NISA), inne. Verteidigungsminister wurde Juan Ponce Enrile, der mit der Errichtung von Militärtribunalen betraut wurde und in die Rechtssprechung einbezogen wurde. Die Armed Forces of the Philippines (AFP) übernahmen neben der Aufruhrbekämpfung politische und Entwicklungsaufgaben. Marcos selbst blieb nach der Verfassung von 1935 Oberbefehlshaber der philippinischen Streitkräfte. Um seine Stellung und die Reihe seiner Gefolgschaft in der Armee zu verstärken, hatte er bereits vor Ausrufung des Kriegsrechts „... einige hochrangige Offiziere in den Ruhestand versetzt. Von dieser Maßnahme waren 18 Generäle, 20 Oberste und 13 Oberstleutnants betroffen.“⁷²

Von 1972 bis 1981, als das Kriegsrecht offiziell aufgehoben wurde, stieg die Zahl der regulären Truppen inklusive der PC von 54.000 auf 156.300 Einheiten, die CHDF wuchs von 400 auf 35.000 Einheiten. Ab 1978 ließ Marcos zusätzlich den Army Reserve Command (ARC) zur Bekämpfung von Guerillaaktivitäten aufbauen, der Anfang der Achtziger Jahre

⁷¹ Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 139.

⁷² Bashiri-Goudarzi, Philippinen - Diktatur und Dependenz, 75.

150.000 Mann zählte.⁷³ Das Budget des Verteidigungsministeriums wuchs von 608 Millionen Pesos 1972 auf 7,108 Milliarden Pesos 1981 und hatte die höchste Zuwachsrate innerhalb der ASEAN-Staaten, die im selben Zeitraum steigende US-Militärhilfe nicht einberechnet.⁷⁴

Das Militär profitierte von der Verhängung des Kriegsrechts am meisten, es erhielt dadurch „... nicht nur Polizei- und Justizbefugnisse, sondern verstärkte seine Position in Wirtschaft und Politik.“⁷⁵ Es übernahm Regierungsagenden, wie die Telekommunikation, das Postwesen und die Hafenbehörde, und Offiziere wurden als militärische Berater in die Administration abgestellt oder als Gouverneure in unruhige Provinzen berufen. Darüber hinaus saßen sie auch in öffentlichen oder privaten Wirtschaftsbetrieben und Konzernen in den Aufsichtsräten.

Die massive Militarisierung des Landes führte zu einer Verschlechterung der Menschenrechtssituation. Bis 1977 wurden mehr als 60.000 Personen⁷⁶ wegen Subversion zumindest vorübergehend inhaftiert, und laut Amnesty International waren Militär wie auch die NISA, die nur dem Präsidenten verpflichtet war, in systematische Folter verwickelt.

Die militärischen Repressionen durch die Verhängung des Kriegsrechts führten auch zu einem Anwachsen der CPP und NPA.

2.3.3. Wirtschaft

„Zur politischen Zentralisierung und Machtkonzentration in den Händen des Präsidenten und der ihm loyalen Klientel kam die zunehmende Staatsintervention in der Wirtschaft.“⁷⁷ Nach Reiterer sah Marcos in einem autoritären Regierungssystem das geeignete Mittel, die Macht der traditionellen Oligarchie zu brechen und eine aufstrebende ökonomische Entwicklung in die Wege zu leiten. Die Beschneidung individueller Rechte und der Partizipation am politischen Prozess wurden von Marcos „... as necessary costs of development ...“⁷⁸ betrachtet.

⁷³ Zahlen bei: Bashiri-Goudarzi, Philippinen - Diktatur und Dependenz, 76.

⁷⁴ Zahlen bei Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 141.

⁷⁵ Bashiri-Goudarzi, Philippinen - Diktatur und Dependenz, 78.

⁷⁶ Angabe bei: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 142.

⁷⁷ Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 145.

⁷⁸ Youngblood, Marcos Against The Church, 28.

Bereits 1971 errichtete er das Department of Agrarian Reform und versuchte die Anteils-pacht abzuschaffen und die Landbesitzobergrenze zu senken. 1972 erklärte er den ganzen Staat zum Landreformgebiet, beschränkte dann das Reformgebiet allerdings auf Mais- und Reisland. Durch die Änderung der Pachtverhältnisse und die Vergabe von Landtiteln und günstigen Krediten an Kleinbauern wollte Marcos die Abhängigkeit der Landbevölkerung von Großgrundbesitzern verringern und die Produktion steigern. Dennoch stieg die Zahl der landlosen Plantagenarbeiter, die von dieser Entwicklung nicht erfasst wurden, und mit ihr die Arbeitslosigkeit in den ländlichen Gebieten. Auch wenn Marcos' Landreformprogramm das bis zu diesem Zeitpunkt weitreichendste war, wurde sein Erfolg durch das rasche Bevölkerungswachstum und durch seine eigene Politik stark eingeschränkt.⁷⁹

In der Entwicklung der Wirtschaft hatte die Regierung seit Ausrufung des Ausnahmezustands absolute Macht, was sich in der Einführung staatlicher Monopole, der Errichtung von Handelsagenturen und der Vergabe von Lizenzen und Krediten niederschlug. Der Staat kontrollierte wirtschaftliche, industrielle und agrarökonomische Interessen über die Behörden der National Grain/Food Authority, der National Economic and Development Authority (NEDA), des Board of Investment sowie durch Banken, Versicherungsgesellschaften und Unternehmen. Nach der Verhängung des Kriegsrechts wurden die Machtverhältnisse im Land stark verändert. Der bureaucratic capitalism des Präsidenten schloss seine politischen Gegner aus, erweiterte regierungseigene Korporationen und förderte den crony capitalism, von dem Freunde und Verwandte der Marcos-Familie als auch das Militär profitierten. Dieses System ging so weit, „... dass 1980 rund 60 philippinische Familien die Wirtschaft und Finanzen des Landes kontrollierten. 40 von ihnen waren Cronies der Marcosregierung und wurden seitens des Staates mit großzügigen Zuwendungen und Subventionen gestützt.“⁸⁰ Darunter fanden sich Wirtschaftsunternehmen wie die San Miguel Corporation, größter Lebensmittelproduzent und Brauerei, die Philippine Sugar Commission, die über das Zuckermonopol des Landes verfügte, Kokosnuss- und Bananenplantagen, die Holdingfirma Herdis Management and Investment Corporation, die 75% des Zigarettenfiltermarktes kontrollierte, Anteile an Banken, Glücksspielmonopolen, Strom- und Versicherungsgesellschaften, Bergbau und Medien. Die Bildung von Monopolen sollte die Wirtschaftszweige eigentlich effizienter und wettbewerbsfähiger machen, bei den wichtigsten Exportgütern, Zucker und Kokosnuss, stellte

⁷⁹ Siehe genauer zum Landreformprogramm unter Marcos: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 145-147.

⁸⁰ Charles C. McDougald, The Marcos File. Was He a Philippine Hero or Corrupt Tyrant?, San Francisco: 1987, 201. Zitiert nach: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 147.

sich allerdings das Gegenteil ein. Korruption, Inkompetenz und eine strategisch unglückliche Firmenpolitik führten zu einem verschärften Wettbewerb im Landesinneren und zu einem dramatischen Exportrückgang. Die Folgen waren Massenarbeitslosigkeit und stark verringerte Einkommen der Produzenten und Kleinbauern.

Unter der Wirtschaftspolitik von Marcos kam es auch zu einem Prioritätenwandel und zu deutlichen Budgetkürzungen in den staatlichen Sozialleistungen, vor allem im Bildungssystem und im Gesundheitswesen. Wurde in den Jahren vor dem Kriegsrecht in die Bildung nahezu ein Drittel des Staatsbudgets investiert, sank dieser Anteil nun auf etwas über 10 Prozent.⁸¹

Oft standen Wirtschaftsunternehmen und Entwicklungsprojekte auch in unmittelbarem Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen, indem ihre Aktivitäten durch militärischen Einheiten von Widerstandsaktionen geschützt wurden.⁸² Das betraf vor allem Projekte in der Holzindustrie, im Bergbau oder bei der Errichtung von Staudämmen und Wasserkraftwerken, bei denen Siedlungsgebiete betroffen waren und sich die Bevölkerung weigerte, ihre Häuser zu verlassen. Dabei kam es in der Regel zur Vertreibung durch das Militär oder zum Einsatz von Planiertrauben.

Die zunehmende Konzentration der Wirtschaft und der zugunsten der Crony-Unternehmen eingeführte Protektionismus entwickelten sich zum Konflikt zwischen Technokraten auf der einen Seite, die durch ihre Kompetenz und ihre guten Beziehungen zu den US-Behörden zunehmend wichtiger und vom Präsidenten als Wirtschaftsexperten direkt bestellt wurden, und den nationalen Geschäftseliten auf der anderen Seite. Die Technokraten plädierten für Freihandel und exportorientierte Produktion, und dominierten die meisten verantwortlichen Behörden, wie die NEDA, die Ministerien für Finanzen, Landwirtschaft, Handel und Entwicklung und die Central Bank of the Philippines.⁸³ Die einheimischen Geschäftsleute und Wirtschaftseliten orientierten sich dagegen am Binnenmarkt. Wirkte sich der Ausnahmezustand anfangs noch günstig auf das Investitionsklima im Land aus, sah man durch den Protektionismus bald die steigende Auslandsinvestition gefährdet. Um private Fremdinvestitionen zu ködern, führte kein Weg an der Weltbank und dem Internationalen

⁸¹ Zahlen bei: Youngblood, Marcos Against The Church, 33.

⁸² Siehe: Niklas Reese, Rainer Werning (Hg.), Handbuch Philippinen. Gesellschaft – Politik – Wirtschaft – Kultur, Bad Honnef: Horlemann, 2006, 201.

⁸³ Youngblood, Marcos Against The Church, 30.

Währungsfonds vorbei. Sollten diese Institutionen Kredite an die Philippinen vergeben, würde ihnen internationale Organisationen und Privatbanken folgen. Durch die Wirtschaftspolitik von Marcos, die Liberalisierung des Finanzmarktes und das Umsetzen der von der Weltbank geforderten Auflagen gelang es Marcos, mit Hilfe seiner Technokraten an Fremdkredite und -investitionen zu gelangen, die zu einer Auslandsverschuldung ungeheuren Ausmaßes führten. Von 600 Millionen Dollar 1965, zu 2,2 Milliarden 1972 und bereits 9 Milliarden 1979, schließlich doppelt soviel im Jahr 1982.⁸⁴ Der von der Weltbank erhoffte Trickle-Down-Effekt, dass sich Wohlstand und Wirtschaftsaufschwung positiv auf die unteren Schichten auswirken, blieb aus. Teile von ausländischen Krediten und Hilfgeldern wurden von Marcos und seinen Cronies abgezweigt, und die Ölkrise 1973 und 1979 verschlimmerten die Lage noch.

Nach Wurfel war die stetig voranschreitende Auslandsverschuldung spätestens ab 1982 „... the beginning of economic disaster for the Philippines.“⁸⁵

2.3.4. Rechtsprechung

Marcos nahm nach Einsetzung des Kriegsrechts auf die unabhängige Gerichtsbarkeit starken Einfluss, „... indem er undatierte Briefe von den Richtern des Obersten Gerichtshofes (Supreme Court) verlangte, in denen sie erklärten, ihr Amt niederzulegen.“⁸⁶ Jene, die in ihren Ämtern blieben, waren auf das Wohlwollen des Präsidenten angewiesen. Ältere Richter wurden in den Ruhestand versetzt und im gesamten juristischen System wurde eine Säuberung durchgeführt, um korrupte und inkompetente Richter abzusetzen. Nach der Verfassung von 1973 konnte der Präsident einfach Personal abberufen, indem er jeweilige Nachfolger bestimmte. Ähnlich der Vorgangsweise in Militär und Wirtschaft besetzte er die vakanten Positionen mit seiner treuen Klientel. Er beschnitt die zivile Rechtssprechung und übertrug weitreichende Kompetenzen den neu errichteten Militärtribunalen. Vor allem der Tatbestand der Subversion, der hauptsächlich politische Gegner von Marcos auf den unterschiedlichsten Ebenen betraf, durfte nur vor Militärgerichten verhandelt werden. Mit gelenkten Referenden und Volksabstimmungen in den neu gegründeten Citizens Assemblies gelang es Marcos in den ersten Monaten des Ausnahmezustands, seine Vorgehensweisen zu legitimieren, auf eine rechtliche Basis zu stellen und die Justiz zu unterminieren.

⁸⁴ Zahlen bei: Wurfel, Filipino Politics, 196.

⁸⁵ Wurfel, Filipino Politics, 196.

⁸⁶ Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 51.

2.3.5. Medien

Vor der Ausrufung des Kriegsrechts hatte die Medienlandschaft auf den Philippinen den Ruf der freiesten und kritischsten von ganz Südostasien. Zeitungsherausgeber, Journalisten und Betreiber von Rundfunkstationen gehörten daher neben Oppositionspolitikern ebenfalls zu der ersten wichtigen Opfergruppe des Marcos-Regimes, um sicher zu gehen, dass kritische Stimmen nicht an die Öffentlichkeit gerieten. Bei den ersten Verhaftungswellen wurden der Herausgeber und zwei Kolumnisten der Manila Times, ein Redakteur des Daily Chronicle, ein Redakteur und ein Journalist von The Free Press, der Herausgeber von Graphic sowie Radiokommentatoren und Fernsehjournalisten inhaftiert.⁸⁷ Mit dem Presidential Letter of Instruction No. 1 kam es zur Einschränkung der Pressefreiheit. Alle Zeitungsverlage, Radio- und Fernsehstationen, die in Privatbesitz waren, wurden damit der Regierung übertragen. Einzig die Tageszeitungen Daily Express⁸⁸, The Times Journal und The Bulletin Today blieben bestehen. Die Public Information Order No. 1 vom 25. September 1972 führte die Pressezensur ein. Mit dem Ziel die Kontrolle über die Medien weiter zu verschärfen, „... löste Marcos am 11. Mai 1973 per PD Nr. 36 die MMC (Mass Media Council) auf und errichtete per PD Nr. 191 die MAC (Media Advisory Council) ...“⁸⁹, das aus Marcos hörigen Vertretern von Massenmedien bestand und vom Präsidenten des National Press Club geleitet wurde.

Durch diese Maßnahmen wurden öffentliche Kontrolle und Kritik am Regierungshandeln zunichte gemacht. Marcos Argumentation war auch im Fall der Medien konzentriert auf die Infiltrierung und kommunistische Subversion der Presselandschaft. Die Zensur hätte es nach Wurfel allerdings gar nicht mehr bedurft, „... because the only media allowed to reopen were those operated by relatives or friends of the president.“⁹⁰ Kritische Publikationen wurden allerdings bereits in den ersten Jahren im Untergrund weit verbreitet und auch Berichte aus ausländischen Medien zirkulierten in einer Höhe, die sie ohne Pressezensur wohl nie erreicht hätten. 1974 und 1975 kam es zu einer ersten Lockerung der Zensurkontrollen, Kritik an Mitgliedern der Präsidenten-Familie blieb aber strikt verboten und wurde mit Haftstrafen geahndet.

⁸⁷ Bashiri-Goudarzi, Philippinen - Diktatur und Dependenz, 40.

⁸⁸ The Daily Express war im Eigentum von Roberto Benedicto, einem Studienkollegen von Marcos, siehe: Canoy, The Counterfeit Revolution, 21.

⁸⁹ Bashiri-Goudarzi, Philippinen – Diktatur und Dependenz, 40.

⁹⁰ Wurfel, Filipino Politics, 122f.

2.3.6. Außenpolitik

Die Philippinen orientierten sich äußerst stark in Wirtschaft und Politik an den Vereinigten Staaten. Neben der wirtschaftlichen Abhängigkeit durch bilaterale Verträge und US-amerikanische Konzerne war auch die politische Einflussnahme der USA auf die Philippinen von so großer Bedeutung, dass Marcos wichtige Entscheidungen nicht gegen den Willen der USA fällen konnte.⁹¹ Robert L. Youngblood vermutet sogar, dass „... perhaps no other Third World country's economic and political development strategies have been so profoundly influenced by the United States.“⁹²

Marcos unterstützte den Vietnamkrieg mit einem Pionierbataillon, der im September 1966 entsendeten und von den USA finanzierten „Philippine Civic Action Group“, und demonstrierte damit gleich bei seinem Amtsantritt als Präsident seinen Willen zur Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten.

1966 wurde auch das Basenabkommen im Ramos-Rusk Agreement modifiziert und die Vertragsdauer auf 44 Jahre verkürzt. Sie sollte im September 1991 auslaufen, falls die Option auf Verlängerung auf beiden Seiten nicht genutzt werde. Die ökonomische Unterstützung durch die USAID war informell Teil des neu ausgehandelten Basen-Übereinkommens und wurde nach 1972 dramatisch erhöht, von 56,2 Millionen US-Dollar in den vier Jahren vor 1972, auf 240,5 Millionen US-Dollar für die vier folgenden Jahre.⁹³

Außenpolitisch agierte Marcos sehr geschickt. Durch seine Annäherung an die arabischen Staaten, konnte Marcos die Ölversorgung für sein Land garantieren, zugleich die ausländische Unterstützung der Moro-Rebellen begrenzen und philippinische Arbeitskräfte in die betroffenen Länder entsenden, um den heimischen Arbeitsmarkt zu entlasten und die Devisenreserven aufzubessern.

Das philippinische Engagement in der ASEAN (Association of South East Asian Nations) machte sich für Marcos ebenfalls bezahlt. Er unterstützte den Führungsanspruch Indonesiens in der Organisation, um die Bedenken gegenüber dem philippinischen Umgang mit den Moros zu relativieren und den Zugang zu Indonesiens Ölreserven zu erleichtern. Mit

⁹¹ Deswegen nehmen auch die USA in der vorliegenden Arbeit die wichtigste Rolle als außenpolitischer Akteur ein.

⁹² Youngblood, Marcos Against The Church, 15.

⁹³ Wurfel, Filipino Politics, 191.

Malaysia konnte ein alter Konflikt beigelegt werden, auf dessen Territorium Sabah die Philippinen bereits unter Diosdado Macapagal Anspruch erhoben hatten. Dadurch konnte auch die Unterstützung der MNLF unterbunden werden.

„Mit der Errichtung einer philippinischen Botschaft in Beijing am 9. Juni 1975 anlässlich des Staatsbesuchs von Ferdinand Marcos schien eine mögliche Unterstützung der CPP seitens Chinas gebannt.“⁹⁴ Zwischen 1973 und 1978 wurden auch zu anderen kommunistischen Staaten diplomatische und Handelsbeziehungen aufgenommen, in der Sowjetunion wurde 1977 eine Botschaft eröffnet.

Somit hatte Marcos einen neuen Trumpf in Händen, falls es zu einer Trübung des Verhältnisses zu den USA kommen sollte. Der Einfluss des Menschenrechtsblocks im US-Kongress und die Menschenrechtsrhetorik von Jimmy Carter schienen diese Vermutung im Jahr 1977 zu bestätigen.

In der wirtschaftsbezogenen Außenpolitik ging es Marcos hauptsächlich darum „... to mobilize international resources for economic growth.“⁹⁵, wodurch schlussendlich die Auslandsschuld der Philippinen von 2,2 Mrd. US\$ im Jahr 1972 auf 18 Mrd. 1982⁹⁶ gewachsen war, wie im Kapitel 2.3.3. bereits ausgeführt wurde.

⁹⁴ Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 149.

⁹⁵ Wurfel, Filipino Politics, 190.

⁹⁶ Ebenda, 195f.

3. Phase II: 1974 – 1977: Die Entstehung von Menschenrechtsnetzwerken

3.1. Nationale und internationale Kritik und die Gründung von Menschenrechtsnetzwerken

Auf nationaler Ebene gab es zunächst bloß zwei unterschiedliche Gruppen, die sich in Opposition zu Marcos stellten: Zum einen war das natürlich die Kommunistische Partei mit ihrem militärischen Arm, der NPA. Die NPA hatte sich neben dem bewaffneten Widerstand auch „... für die Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Masse der Bevölkerung auf dem Lande durch ihren Einsatz bei der Senkung des Pachtzinses und der Einführung von Gesundheits- und Alphabetisierungsprogrammen ...“⁹⁷ eingesetzt. Sie übernahm durch ihre ökonomischen Hilfestellungen die Position des lokalen Patronen und Schutzherrn. Die Einführung des Kriegsrechts, das vor allem wegen der damals wohl übertriebenen Bedrohung durch die Kommunistische Partei verhängt worden war, hatte für die CPP einen zu den Absichten von Marcos gegenteiligen Effekt. Sie gewann an Bedeutung und wurde zur „... largest non governing Communist party in South East Asia and the fastest-growing in all of Asia.“⁹⁸

Am 23. April 1973 wurde die National Democratic Front (NDF) gegründet, die sich als Dachorganisation aller linksgerichteter revolutionärer Gruppierungen im Kampf um Freiheit und Demokratie verstand, und der sich während der nächsten Jahre 14 verschiedene Organisationen anschlossen. Neben der bestimmenden CPP und verschiedener Arbeitsorganisationen und Gewerkschaftsverbänden war eine tragende Säule der NDF die CNL (Christians for National Liberation), die bereits am 17. Februar 1972 von Father Edicio de la Torre SVD gegründet worden war.

1974 wurde Edicio de la Torre, 1976 der Kopf der NPA, Commander Dante, und 1977 Jose Maria Sison verhaftet, dennoch konnten die einzelnen Bewegungen ihre Arbeit im Untergrund weiterführen.

Andererseits gründeten sich ab 1974 nationale Menschenrechtsorganisationen, die meist im progressiven kirchlichen Flügel angesiedelt waren oder einen christlich-religiösen Hintergrund hatten. Die erste und wichtigste war die Task Force for Detainees of the Philippines (TFDP), da sie innerhalb kirchlicher Institutionen vor Übergriffen weitgehend

⁹⁷ Bashiri-Goudarzi, Philippinen - Diktatur und Dependenz, 153.

⁹⁸ Wurfel, Filipino Politics, 223.

geschützt war und dadurch als Multiplikatorin bei der Gründung anderer Organisationen auftrat und die Menschenrechtsarbeit in diesen Gruppen oft koordinierte. Die TFDP wurde im Januar 1974 von der Association of Major Religious Superiors of the Philippines (AMRSP) gegründet und kümmerte sich um politische Häftlinge, denen sie Medikamente zur Verfügung stellte und deren Familien sie finanziell unterstützte. Neben regelmäßigen Besuchen in den Gefängnislagern, der Aufklärung der Gefangenen in bezug auf ihre Rechte und Bildungsarbeit in bezug auf Menschenrechte wurde sie durch die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen zur wichtigsten nationalen Beobachtungsstelle von Menschenrechtsanliegen.

Die TFDP stand in regem Kontakt mit der Rechtsanwaltsorganisation Free Legal Assistance Group (FLAG), die vom ehemaligen Senator und Rechtsanwalt Jose W. Diokno gegründet wurde und Betroffene ohne Bezahlung in juristischen Angelegenheiten unterstützte.

„Beide Organisationen tauschten regelmäßig Informationen mit internationalen Menschenrechtsorganisationen ... aus und bildeten ein effektives transnationales Netzwerk.“⁹⁹

Darüber hinaus arbeitete die TFDP eng mit dem transnationalen Menschenrechtsnetzwerk wie mit Amnesty International und lokalen, kleineren Menschenrechtsgruppen innerhalb der Philippinen zusammen.

Neben der CPP wuchs nach 1972 also auch die Bedeutung oppositioneller Gruppen innerhalb der katholischen Kirche. Inspiriert durch das Zweite Vatikanische Konzil und das Aufkommen der Befreiungstheologie Lateinamerikas begannen sich auch Teile der philippinischen Kirche mit den Zielen dieser Bewegung, vor allem der sozialen Gerechtigkeit, auseinander zu setzen und stellten sich auf die Seite der Armen, Unterdrückten und Verfolgten. (Auf den Philippinen wird für die Befreiungstheologie der Terminus *Theology of Struggle* verwendet)¹⁰⁰.

Religiöse Institutionen wurden zu wichtigen informellen Kanälen für politischen Widerstand und für die Kontaktaufnahme von Dissidenten. Durch die Eskalation von Menschenrechtsverletzungen sahen sich Teile der Kirche und einzelne Priester zu einer politischeren Positionierung gezwungen, deren Selbstverständnis zuvor von reinen pastoralen Aufgaben geprägt war und sie ins politisch passives Abseits gestellt hatte.

⁹⁹ Risse, Jetschke, Schmitz, *Die Macht der Menschenrechte*, 52.

¹⁰⁰ Siehe genauer: TFDP (Hg.), *Task Force Detainees of the Philippines: A Pioneer in Human Rights. 25 Years of Struggle for People's Dignity 1974 – 1999*, Quezon City: TFDP, 1999, 3.

Die höchste Organisation innerhalb der katholischen Kirche war die Catholic Bishop's Conference of the Philippines (CBCP), die zu einem überwiegenden Teil von 58 Prozent im konservativen Lager beheimatet war und zum Großteil in den Anfangsjahren das Marcos-Regime unterstützten. Die Moderaten nahmen in der Konferenz 23 Prozent ein, denen auch Kardinal Jaime Sin aus der Erzdiözese Manila angehörte, der oberste Katholik des Landes. Ihre Beziehung zur Regierung wurde von Kardinal Sin zu Beginn mit „kritischer Zusammenarbeit“ beschrieben. Es bestand zwar auf diplomatischer Ebene ein gutes Einvernehmen, bei spezifischen Anlässen wurde aber durchaus Kritik geübt. Das dritte Lager in der Bischofskonferenz machte mit 19 Prozent der progressive Flügel aus, der sich sehr stark gegen Ungerechtigkeiten und vor allem Menschenrechtsverletzungen aussprach und sich an der Befreiungstheologie oder an der Theology of Struggle orientierte.¹⁰¹ Der progressive Flügel des Klerus, der in mit der NDF sympathisierenden Nationaldemokraten (nat dems) und den antikommunistischen Sozialdemokraten (soc dems) gespalten war, befand sich zwar in der Minderheit, er konnte aber auf die Unterstützung des National Secretariat for Social Action (NSSA) der Katholischen Bischofskonferenz, wie auch die der Association of Major Religious Superiors of the Philippines (AMRSP) zählen.

Die offizielle Katholische Kirche übte zum ersten Mal im Dezember 1974 Kritik, als Kardinal Jaime Sin Folter und Ermordungen von Gefangenen anprangerte. In einer Fernsehübertragung reagierte Marcos auf diese Anschuldigungen mit den Worten „... no one, but no one has been tortured...“¹⁰². Als am 13. Dezember 1974 der Priester Edicio de la Torre SVD, Gründer der Christians for National Liberation und Befreiungstheologe, inhaftiert wurde und Misshandlungen an Mitgefangenen wahrnahm, trat er in einen Hungerstreik und wurde von der Association of Major Religious Superiors of the Philippines unterstützt. Daraufhin wurden Protestbriefe von Kirchengruppen aus den entlegensten Provinzen an den Präsidenten geschickt, Gebetsversammlungen wurden organisiert und die Kirche verlangte unabhängige Untersuchungen der Haftbedingungen in den Gefängnissen. Marcos trat die Flucht nach vorn an und ließ fünf Offiziere vor Gericht stellen. Die Urteile wurden aber nicht bekannt gegeben. Trotzdem begrüßte Kardinal Sin die Aktion als positives Zeichen.

¹⁰¹ Prozentangaben bei: Youngblood, *Marcos Against The Church*, 72f.

¹⁰² Zitiert nach: Wurfel, *Filipino Politics*, 125. Die Übertragung fand am 11.12.1974 statt, siehe: Bravo (Hg.), Mariani, 14.

Durch kontinuierliche Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen in den ersten Jahren unter Kriegsrecht konnten internationale Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International die Philippinen bereits 1975 auf ihre Agenda setzen.

So waren Delegierte von Amnesty International im November/Dezember 1975 nach Manila gereist, um mit Marcos Fragen zur Inhaftierung unter Kriegsrecht zu erörtern, und „... auch 107 Gefangene, die ohne Gerichtsverhandlung in Haftzentren in Luzon festgehalten wurden...“¹⁰³ zu interviewen. Demnach wurde Folter bei Verhören häufig angewandt, besonders unmittelbar nach der Verhaftung, als Gefangene in geheimen Verhörzentren, den sogenannten Safe Houses, untergebracht wurden. Die Kommissionsmitglieder kamen zum Schluss, dass „...die Beamten unter dem philippinischen Kriegsrecht die Folter als Mittel zur Einschüchterung benutzten.“¹⁰⁴.

Die philippinische Regierung reagierte darauf mit Kritik und beanstandete, dass die Stichprobe der politisch Gefangenen nicht ausreichend war, dass vor allem extrem Subversive befragt worden seien, die erfundene oder falsche Darstellungen der Folter angegeben hätten, und dass die auf bruchstückhaften Beweisen basierenden Schlussfolgerungen nicht zulässig seien. Trotz dieser Kritik gestand selbst Marcos ein, dass Folter eingesetzt werde, er aber deren Anwendung aufs schärfste missbillige.¹⁰⁵

Den Vorwürfen und Anschuldigungen wurde seitens der Regierung also kein Versuch entgegengesetzt, die Gültigkeit von internationalen Rechtsnormen anzuzweifeln oder die Universalität von Menschenrechten in Frage zu stellen. Es wurde von der Marcos-Administration lediglich bestritten, dass die Vorwürfe der Wahrheit entsprachen.

Nach dem Amnesty-Bericht beging die Regierung systematisch Menschenrechtsverletzungen, insbesondere Folter. Mit dem Kriegsrecht wurden rechtsstaatliche Prinzipien außer Kraft gesetzt, wie das Recht auf Haftprüfung oder Inhaftierungen ohne Haftbefehl und richterliche Anhörung im Fall von Subversion. Deshalb waren die Gerichte nicht mehr unabhängig, was weiteren Menschenrechtsverletzungen Vorschub leistete. Das philippinische politische System hatte sich nach Amnesty International „... von einer Demokratie zu einem militärisch-diktatorischen Komplex gewandelt...“¹⁰⁶.

¹⁰³ Amnesty International, Jahresbericht 1977, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1978, 282.

¹⁰⁴ Ebenda, 282.

¹⁰⁵ Ebenda, 283.

¹⁰⁶ Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 56.

Die Regierung bestritt diese von Amnesty International veröffentlichten Anschuldigungen. Vor allem den Vorwurf, dass Menschenrechtsverletzungen systematische Regierungspolitik waren, wollte man entkräften. Dem Argument, Rechtsstaatlichkeit hätte auf den Philippinen keine Gültigkeit mehr, wurde entgegengesetzt, dass es sich beim Kriegsrecht um legitimes Recht handelte. 1972 hatte ein Staatsnotstand bestanden. Durch das Kriegsrecht konnte aus Chaos und Gefahr einer Rebellion im Jahr 1972 wieder Ordnung hergestellt werden. Der Justizapparat wäre von korrupten Richtern gesäubert worden und selbst nach dem unabhängigen Obersten Gerichtshof wäre die Ausrufung des Kriegsrechts angemessen gewesen. Amnesty International würde ihre Quellen außerdem von Personen beziehen, die Interesse am Umsturz der Regierung hätten, und agiere somit parteiisch. Sie arbeitete unwissenschaftlich, da es aufgrund der geringen Fälle nicht möglich wäre, Folter als systematisch zu bezeichnen.

Der Amnesty-Bericht zog keine unmittelbaren Konsequenzen nach sich, da er, genauso wie die Regierung, die Rechtmäßigkeit des Kriegsrechts in den Mittelpunkt der Argumentation stellte. Außerdem hatte das Marcosregime starke Rückendeckung durch die Außenpolitik der USA.

In dieser ersten Phase der Kritik von 1974 bis 1977 versuchte die Regierung „... die Behauptungen des transnationalen Menschenrechtsnetzwerkes als nicht glaubwürdig darzustellen...“¹⁰⁷. Es ging Marcos nicht darum, Menschenrechtsnormen anzuzweifeln, sondern die Legitimität seiner Administration nach außen und vor der Weltöffentlichkeit zu verteidigen.

¹⁰⁷ Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 55.

3.2. Erste Dokumentationen über Menschenrechtsverletzungen

Die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen in den ersten Jahren des Ausnahmezustands war äußerst schwierig durch fehlenden Zugang zu den Gefängnislagern und Auskunftsverweigerung des Sicherheitspersonals. Da die ersten nationalen Beobachtungsstellen wie die TFDP ihre Arbeit erst mit dem Jahr 1974 begannen, gab es in den ersten zwei Jahren nach Einsetzung des Kriegsrechts nur wenig Material und verfügbare Quellen. Ab Mitte 1974 beziehungsweise Anfang 1975 sind Fälle von Menschenrechtsverletzungen aber gut dokumentiert und nachvollziehbar.

„By 1977 some 70,000 Filipinos had been imprisoned for their political actions and beliefs ...“¹⁰⁸ seit der Einsetzung des Kriegsrechts. Von 1972 bis einschließlich 1976 waren es nach TFDP insgesamt 68.000 Personen, die aus politischen Gründen inhaftiert wurden.¹⁰⁹ Die TFDP hatte für den gesamten Zeitraum von 1972 bis 1986 den Verlauf von 21.514 Fällen von politisch motivierten Inhaftierungen genau dokumentiert¹¹⁰. Nach Amnesty International war politische Haft im Zeitraum von 1975 bis 1977 gekennzeichnet von Inhaftierung ohne Haftbefehl, Anklage oder Gerichtsverhandlung und der Anwendung von Folter während der Verhöre.

Wie bereits in den Berichten von Amnesty International und der Internationalen Juristenkommission festgestellt, waren Foltermethoden bereits in frühen Jahren des Marcos-Regimes systematisch angewandt worden und Bestandteil des üblichen Vorgehens des Sicherheitspersonals bei politisch motivierten Inhaftierungen. Sr. Mariani Dimaranan SFIC, Vorsitzende von TFDP in den Jahren 1974 bis 1987, selbst in den ersten Monaten des Ausnahmezustands unter Marcos inhaftiert und im Jahr 1985 für den Friedensnobelpreis für ihren Einsatz für die Menschenrechte nominiert¹¹¹, konstatierte, dass „... at least 500 people were tortured annually between 1972 and 1976.“¹¹² Zwar gab es bereits vor 1972 Misshandlungen von Häftlingen, „... but only after September 1972 did it become a consequence of national policy ...“¹¹³. Gelangten Berichte über Folter an die Öffentlichkeit, reagierte Marcos mit der Feststellung, dass die Regierung Angaben über Folterungen

¹⁰⁸ Wurfel, Filipino Politics, 124. Als Verteidigungsminister in der Aquinoregierung sprach Enrile von 70.000 inhaftierten Menschen über den gesamten Zeitraum von 1972 bis 1986. Siehe: Bravo (Hg.), Mariani, 124.

¹⁰⁹ Bravo (Hg.), Mariani, 248.

¹¹⁰ Ebenda, 124.

¹¹¹ TFDP (Hg.), Task Force Detainees of the Philippines, 6.

¹¹² Bravo (Hg.), Mariani, 249.

¹¹³ Wurfel, Filipino Politics, 126.

gewissenhaft überprüfte, Verstöße dagegen ahndete und die Verantwortlichen vor ein Militärgericht stellte. Das passierte in der Regel aber nicht.

Die TFDP meldete für die Jahre 1976 bis 1978 jährlich einen Durchschnitt von über 30 Verschwundenen (Disappearances) und von über 50 extralegalen Hinrichtungen (Salvagings).¹¹⁴ Beides waren für die Philippinen gängige Praktiken schwerster Menschenrechtsverletzungen. Das Verschwinden lassen von politischen Gegnern wurde spätestens ab 1975 dokumentiert. Betroffene tauchten Monate später in Gefängnissen wieder auf oder ihre Leichen wurden, meistens mit Foltermalen, aufgefunden.

Der Tatbestand der Subversion begründete in den meisten Fällen politisch motivierte Inhaftierungen ohne Haftbefehl, Anklage, Gerichtsverhandlung, familiären oder juristischen Beistand. Viele Familien konnten nicht einmal den Verbleib von verhafteten Verwandten feststellen. Was genau unter Subversion zu verstehen war, wurde nie klar definiert. Die Umschreibung „... rebellion, sedition or insurrection and other crimes against the security of the state...“¹¹⁵, ließ einen weiten Interpretationsrahmen offen. Personen, die sich in Gewerkschaftsverbänden oder Menschenrechtsgruppen für mehr politische Rechte einsetzten, politische Oppositionelle, Kirchenvertreter und andere wurden in die Nähe des kommunistischen Untergrunds gerückt, um den Tatbestand der Subversion anwenden zu können. Dafür genügte die bloße Verdächtigung ohne weitere Beweise vorlegen zu müssen. Darüber hinaus wurden Personen, die aus politisch motivierten Gründen inhaftiert wurden, auch gewöhnlicher krimineller Handlungen (Mord, illegaler Waffenbesitz, und ähnliches) verdächtigt, um sie schwerer als politische Häftlinge klassifizieren zu können.

Nach den Verhaftungen durch Militär- und Sicherheitspersonal, wurden die Gefangenen in Militäreinheiten und Kasernen, die für eine Inhaftierung nicht vorgesehen waren, oder an geheimen, irregulären Haftorten, den sogenannten Safe Houses oder Interrogation Centres, untergebracht. Dort waren sie im Zuge von taktischen Verhören Folterungen und Misshandlungen ausgesetzt, wobei diese erste isolierte Untersuchungshaft wenige Stunden, über Tage und Wochen, bis zu Monaten andauern konnte. Die Dauer der taktischen Verhöre entsprach oft der Zeit des Verschwundenseins von Personen. Danach wurden die Inhaftierten entlassen, falls kein Grund der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit gefunden wurde, um sie weiter inhaftiert zu lassen, oder sie wurden in die regulären Gefängnisse oder

¹¹⁴ Zahlen bei: Wurfel, Filipino Politics, 126.

¹¹⁵ Bravo (Hg.), Mariani, 12.

Rehabilitation Centres überstellt. Bis 1977 bestanden insgesamt mindestens 82 reguläre Gefängnislager auf den Philippinen.¹¹⁶

Die Haftbedingungen in den regulären Gefängnislagern waren zum Teil für lang andauernde Haft unangemessen, zum Teil wurden sie für bestimmte Häftlinge verschärft. Die Zellen waren oft überbelegt, boten zu wenig Bewegungsspielraum und verfügten über wenig bis zu keinem Tageslicht. Die Essensrationen waren zu gering, nicht nahrhaft genug und oft verdorben. Darüber hinaus gab es Besuchsverbot von Verwandten und Anwälten, sowie Isolations- und Einzelhaft als Bestrafungsmethode.

Für die Enthaftungspapiere wurde vom Sicherheitspersonal und von den Gefängniswärtern oft Geld verlangt, aber nicht alle der Zahlenden wurden tatsächlich freigelassen, obwohl es darüber gerichtliche Anordnungen gab.

Die Zahl von Tig-Detainees und Memorandum Receipt Detainees¹¹⁷ wuchs vor allem in Gefängnislagern in entlegenen Provinzen. Diese wurden unter dem Militär- und Sicherheitspersonal, vor allem von ranghöheren Offizieren, weitergereicht und verliehen, um Hausarbeit zu erledigen und als unbezahlte Hausbedienstete zu arbeiten.

Hungerstreiks von Inhaftierten und Proteste für bessere Haftbedingungen und für das Vollziehen angekündigter und rechtlich abgesicherter Entlassungen wurden von den Häftlingen häufig organisiert. Die TFDP und Amnesty International unterstützten oft diese Initiativen, wodurch deren Kenntnisnahme in der Öffentlichkeit erreicht und unangemessenes Vorgehen von Seiten des Sicherheitspersonals dagegen verhindert wurde.

Eine frühe Taktik der Marcos-Administration war, gelegentlich Amnestien auszusprechen. Im Jahr 1977 gab es zum Beispiel sechs diesbezügliche Ankündigungen, die insgesamt 3.068 Inhaftierte betreffen sollten. Davon wurden 2.069 Namen der Öffentlichkeit nicht bekannt gegeben. Nur 1.007 Namen von diesen Entlassenen wurden in den Tageszeitungen veröffentlicht, wovon 95 Personen als politische Häftlinge klassifiziert werden konnten. 52 Personen dieser politischen Häftlinge wurden allerdings bereits vor den Amnestieankündigungen entlassen, die auf den Philippinen unter den Begriff Temporary Released Detainees (TRD) fielen und sich regelmäßig bei den Behörden melden mussten. Einige von den TRDs wurden aus Sicherheitsgründen wieder inhaftiert.¹¹⁸ Die TRDs wurden

¹¹⁶ Bravo (Hg.), Mariani, 21.

¹¹⁷ Ebenda, 39.

¹¹⁸ Zahlen bei: Bravo (Hg.), Mariani, 24. Die Angaben decken sich auch mit: Youngblood, Marcos Against The Church, 141-142.

von der Marcos-Administration auf spätere Entlassungslisten gesetzt, um die Statistiken zu schönen, und zumindest zwei der entlassenen politischen Häftlinge „ ... had been dead for more than a year prior to June 1977.“¹¹⁹ Trotz der Entlassungen hatte sich die Zahl der neuen Verhaftungen aber nicht verringert.

Die angekündigte Zahl der entlassenen Personen stimmte also in der Regel nicht mit den deutlich wenigeren tatsächlich entlassenen Gefangenen überein. Die Listen wurden oft nur unvollständig oder gar nicht veröffentlicht. Es wurde nicht erwähnt aus welchen Gefängnissen sie entlassen wurden. Es wurde nicht unterschieden, ob sie aus politischen oder kriminellen Gründen inhaftiert worden waren. Oft konnte nur ein geringer Prozentsatz als politisch klassifiziert werden.

Auch machten es unterschiedliche taktische Definitionen, was unter einem politisch Gefangenen zu verstehen sei, schwierig, die angekündigten Amnestien genauer zu untersuchen.

Im Dezember 1974 definierte Ferdinand Marcos politisch Gefangene als „ ... those charged under the Anti-Subversion Act...“¹²⁰. Im Juni 1977 beschrieb er politische Häftlinge als Inhaftierte „ ...held (only) their political beliefs...“¹²¹ ohne eines weiteren kriminellen Deliktes verdächtigt zu werden.

¹¹⁹ Youngblood, Marcos Against The Church, 142.

¹²⁰ Bravo (Hg.), Mariani, 12.

¹²¹ Ebenda, 12.

3.3. Der Beginn der internationalen Mobilisierung

Erst ein weiterer Bericht der Internationalen Juristenkommission (ICJ) entzog der Rechtfertigung durch Marcos und seiner Reaktion auf den Amnestybericht aus dem Jahr 1976 den Boden. Der Bericht erschien im August 1977 und argumentierte, „... dass das Kriegsrecht mit internationalen Menschenrechtsstandards nicht vereinbar sei ...“¹²² und nur der Aufrechterhaltung der Macht von Ferdinand Marcos diene. Auch wenn die Verhängung des Kriegsrechts 1972 noch legitimiert gewesen wäre, war es inakzeptabel, dass fünf Jahre danach immer noch das Parlament aufgelöst war, politische Parteien verboten waren und Verhaftungen ohne Gerichtsverfahren stattfanden. Auch wiederholte der Bericht die Anschuldigungen von Amnesty International, dass Folter systematisch eingesetzt wurde. Der Bericht gab den Anstoß für eine wachsende internationale Mobilisierung, vor allem von Menschenrechtsgruppen in den USA, welche die US-Außenpolitik graduell veränderte und Marcos zu taktischen Konzessionen an seine internationalen Kritiker in den Folgejahren zwang. „Das US Department of State erwähnte die Philippinen erstmals 1977 als ein Land mit Menschenrechtsverletzungen.“¹²³, zu einer Zeit, als bereits der Amnesty-Bericht veröffentlicht war. Die Philippinen erhielten aber nach wie vor Militärhilfe und auch sonst hielt man sich mit öffentlicher Kritik zurück.

Das wichtigste Mittel des Menschenrechtsnetzwerks zur Durchsetzung von Menschenrechtsnormen waren Publikationen und die Verbreitung von Menschenrechtsberichten. So wie Amnesty International oder die Internationale Juristenkommission versuchten, durch Veröffentlichungen und Dokumentationen die Legitimität der Marcos-Regierung in der Weltöffentlichkeit zu erschüttern, um Marcos so zum Einlenken und zu Zugeständnissen zu bewegen, ging auch die TFDP daran, geheime Publikationen vorzubereiten, die sie international in Umlauf brachte. 1976 und 1977 wurden zwei Bücher mit dem gleichen Titel „Political Detainees of the Philippines“ publiziert, die Berichte über Folter, Salvaging und Verschwundene sowie Porträts der Opfer der Menschenrechtsverletzungen enthielten und auf den Philippinen, in den USA und in anderen westlichen Ländern verbreitet wurden, als auch zu den Vereinten Nationen, zu ausländischen

¹²² Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 57.

¹²³ Ebenda, 65.

Botschaften, religiösen Gruppierungen und internationalen Menschenrechtsorganisationen geschickt wurden.¹²⁴

Das transnationale Menschenrechtsnetzwerk versuchte die Weltöffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die Menschenrechtsverletzungen auf den Philippinen das Ergebnis eines Regierungssystems waren, „... in dem die Einschränkung der judikativen Gewalt, die starke Machtkonzentration in der Exekutive und die herausgehobene Stellung des Militärs eine effektive Kontrolle staatlichen Handelns unmöglich machte ...“¹²⁵.

Durch die enge Beziehung zwischen den USA und den Philippinen wurde die Mobilisierung von Menschenrechtsaktivisten stark erleichtert. Bereits 1973 und 1974 bildeten sich gut organisierte philippinische Exilgruppen, die Druck auf die US-Regierung ausüben und eigene Publikationen über die Menschenrechtssituation auf den Philippinen verbreiten konnten. Die „Friends of the Filipino People“ in Philadelphia, die „Anti-Martial Law Coalition“ in Chicago und die Organisation „Movement for a Free Philippines“ waren untereinander gut vernetzt und hatten regelmäßigen Kontakt zu philippinischen Organisationen. Auch durch die westlich bestimmte Rechtskultur der schon früh von Spanien geprägten Philippinen, die sich dadurch an der westlich-liberalen Menschenrechtstradition orientierten, gelang es bereits in den ersten Jahren des Marcos-Regimes Kontakt und regen Austausch mit Menschenrechtsgruppen und Institutionen in westlichen Ländern aufzunehmen.¹²⁶

Menschenrechtsgruppen auf den Philippinen konnten auch auf ein weites Netzwerk innerhalb der katholischen und der anderen Kirchen zurückgreifen, was die Dokumentationen von Menschenrechtsverletzungen erleichterte. Dieses lokale Kirchennetzwerk konnte wiederum auf Netzwerke von nationalen Kirchen in westlichen Ländern beziehungsweise auf internationale kirchliche Institutionen wie die World Council of Churches zurückgreifen.¹²⁷ Zwar setzte die Katholische Kirche auf den Philippinen dem Marcos-Regime in den ersten Jahren nur mäßigen Widerstand entgegen, einzelne Kirchensekretariate wie das National Secretariat of Social Action (NSSA) der katholischen Bischofskonferenz, über die auch die TFDP gegründet wurde, übten jedoch laute Kritik seit den frühen Siebziger-Jahren. Die Katholische Kirche war am bedeutendsten unter den religiösen Gruppen und Institutionen,

¹²⁴ Bravo (Hg.), Mariani, 248.

¹²⁵ Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 54.

¹²⁶ Siehe: Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 52.

¹²⁷ Siehe: Ebenda, 52.

denn sie hatte als einzige „ ... a nationwide network of communications and the legitimacy to use that network for political purposes.“¹²⁸

Neben der Katholischen Kirche richteten aber auch protestantische Kirchen wie das National Council of Churches und die United Church of Christ auf den Philippinen Menschenrechtsabteilungen ein. Meistens schlossen sich die Protestanten allerdings den Protesten der Katholiken an. In den USA hatten sie durch die philippinischen Exilgruppen dagegen mehr Einfluss auf die amerikanische Politik gegenüber Marcos als die Protestanten innerhalb der Philippinen.

Von den anderen kirchlichen Gemeinschaften und Sekten auf den Philippinen kam es zu keiner erwähnenswerten kritischen Haltung gegenüber der Politik der Marcos-Administration. Iglesia ni Kristo mit ihrem geschlossenen Wahlverhalten von rund 2 Millionen Mitgliedern und „ ... financial reward for political loyalty ...“¹²⁹ durch den Präsidenten unterstützte ab 1975 offen das Regime, ebenso wie die Philippinische Unabhängigkeitskirche (auch „Aglipayans“), die stark im Heimatbezirk von Ferdinand Marcos verwurzelt war, und die einzelnen Rizal –Sekten mit einer halben Million Mitgliedern.

Der Beginn der internationalen Mobilisierung begann bereits Mitte der siebziger Jahre und somit zu einem für die Interessen der USA ungünstigen Zeitpunkt. Nach den Verlusten in Vietnam war die US-Regierung auf die Stabilität ihrer Alliierten in der südostasiatischen Region angewiesen und sie fürchtete eine verstärkte kommunistische Unterwanderung befreundeter Regime. Menschenrechtsrelevante Kritik und die damit einhergehende mögliche Destabilisierung dieser Länder hätte aus der Sicht der USA auch die eigene Machtposition geschwächt. Das Potential der entstandenen amerikanischen Protestbewegung konnte allerdings von den oben genannten philippinischen Exilgruppen genutzt werden, um Druck auf die US-Regierung auszuüben und die internationale Mobilisierung voranzutreiben.¹³⁰

Als es den Menschenrechtsnetzwerken gelungen war der Weltöffentlichkeit ihre Behauptungen glaubwürdig zu vermitteln, setzte schließlich ab 1978 eine Änderung im Verhalten der Marcos-Administration ein und es kam zu ersten taktischen Zugeständnissen in ihrer Politik, um ihre Legitimität und die internationale Reputation nicht aufs Spiel zu setzen.

¹²⁸ Wurfel, Filipino Politics, 215.

¹²⁹ Ebenda, 214.

¹³⁰ Siehe: Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrecht, 54.

4. Phase III: 1978 – 1983: Normalisierungsprozesse

4.1. Die Wahl zur Nationalversammlung 1978

Anlässlich des World Law Congress in Manila im August 1977 wurde also der Bericht der Internationalen Juristenkommission veröffentlicht. Damit ging ein Einschnitt in die philippinische Politik einher: Die bisherige Argumentation auf die Kritik bezüglich Menschenrechtsverletzungen hielt vor der Weltöffentlichkeit nicht mehr stand. Die innenpolitische Opposition nutzte die Zeit während des Kongresses für großangelegte Demonstrationen gegen den Ausnahmezustand. Und dem transnationalen Menschenrechtsnetzwerk gelang durch die internationale Aufmerksamkeit ein öffentlichkeitswirksamer Schritt in der weiteren Mobilisierung für die Anliegen der Menschenrechtssituation auf den Philippinen.

Innerhalb weniger Tage kam es zu ersten Zugeständnissen von Marcos und er kündigte eine politische Normalisierung seiner Politik an. „Die nächtliche Ausgangssperre und das Verbot von Auslandsreisen wurden aufgehoben, Marcos ließ mehr als 500 politische Häftlinge frei.“¹³¹ Wegen des bevorstehenden Besuchs des US-Vizepräsidenten Walter Mondale, einer der wenigen Vertreter der US-Administration, die Marcos bereits öffentlich kritisierten, und wegen zunehmender nationaler Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen kündigte Marcos die Wahl der Interimsnationalversammlung (Interim Batasang Pambansa - IBP) für den 7. April 1978 an.¹³² Darüber hinaus bekräftigte er das Bekenntnis der Philippinen zu einem umfassenden Menschenrechtsschutz und hob das Parteienverbot auf.

Die Bewegung der Neuen Gesellschaft (KBL – Kilusang Bagong Lipunan) wurde im Februar 1978 als Partei registriert.¹³³ Es wurde somit zum ersten Mal seit 1972 eine reguläre Regierungspartei etabliert, wobei die Kabataang Barangays (KB, Nationale Jugendräte) die wichtigste Rekrutierungsquelle bildeten. Darüber hinaus gewann sie Kandidaten aus den Lagern der Liberalen und Nacionalisten. Für die KBL war Imelda Marcos nominiert. Die Liberal Party um Senator Gerardo Roxas boykottierte die Wahl, einzelne Parteimitglieder nahmen aber daran sehr wohl teil. Benigno Aquino wurde von Marcos zugelassen und trat mit der neu gegründeten Lakas ng Bayan (People Power), kurz LABAN, aus seiner Gefängniszelle aus an, die Wahlkampfveranstaltungen bestritten seine Ehefrau Corazon

¹³¹ Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 66.

¹³² Siehe: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 150.

¹³³ Siehe: Ebenda, 140.

Aquino und seine Töchter. Zahlreiche Kandidaten anderer Parteien und Bündnisse waren ebenfalls aufgestellt, aber zu unbekannt, um viele Wähler zu erreichen. Die Senatoren Jovito Salonga von den Liberalen und Jose Diokno von der Nacionalista Party sprachen sich gegen eine Teilnahme bei der Wahl aus. Die Opposition hatte limitierten Zugang zu den Medien und nur Erlaubnis für eine bestimmte Anzahl an Wahlkampfveranstaltungen.¹³⁴ Obwohl die Kandidaten von LABAN, vor allem Aquino, gute Chancen gehabt hätten, ging die Wahl zugunsten der KBL aus.

Im Anschluss zur Wahl kam es zu heftigen Protesten gegen Wahlmanipulationen, da die KBL in manchen Wahlkreisen mehr Stimmen bekam als registrierte Wähler zugelassen waren¹³⁵. Bei den Demonstrationen in Manila, die von LABAN und dem Vorsitzenden Senator Lorenzo Tanada organisiert worden waren, wurden sieben Oppositionsführer und ungefähr 600 Demonstranten inhaftiert. „Diese Verhaftungen waren 1978 das augenfälligste Beispiel für Verletzungen der Menschenrechte auf den Philippinen.“¹³⁶ Da die gewaltlosen Teilnehmer des Protestes gegen die Präsidialverordnung über das Verbot von politischen Demonstrationen verstießen, mussten sie sich vor einem Militärgericht verantworten. Die meisten Angeklagten wurden aber nach kurzer Zeit wieder freigelassen, über 30 Personen blieben jedoch im Berichtszeitraum inhaftiert, darunter ein Senator, vier Rechtsanwälte, ein Universitätsprofessor der Rechtswissenschaften und ein Jesuitenpater. Nach internationalem Protest wurden sie im Juni 1978 aus der Haft entlassen.

Die Wahl der IBP als erster formaler Schritt in Richtung Normalisierung blieb praktisch wirkungslos, denn obwohl mit legislativer Gewalt ausgestattet gestand der Zusatzartikel VI zur Verfassung von 1973 dem Präsidenten das Recht zu, per Verordnung und Dekret zu regieren. Die IBP verabschiedete bis 1981 auch nur 57 Gesetze¹³⁷ und blieb eher ein weiterer Legitimationsversuch als ein Instrument zur Demokratisierung des Marcos-Regimes. Dennoch bereitete die Wahl den Boden für eine politische Liberalisierung: Das Zugeständnis, zum erstenmal seit 1972 eine gewählte gesetzgebende Versammlung einzusetzen, und die damit verbundenen demokratische Prinzipien zumindest wieder in greifbare Nähe des politischen Lebens zu rücken, waren von Marcos nicht mehr ohne weiteres zurückzunehmen.

¹³⁴ Siehe: Wurfel, *Filipino Politics*, 131.

¹³⁵ Siehe: Ebenda, 132.

¹³⁶ Amnesty International, *Jahresbericht 1978*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1979, 347.

¹³⁷ Bashiri-Goudarzi, *Philippinen - Diktatur und Dependenz*, 65.

Diese Entwicklung, die bis zur formellen Aufhebung des Kriegsrechts führen und darüber hinaus weitere Wahlen ermöglichen sollte, wirkte auf die oppositionellen Kräfte ermutigend und gab für die Parteien den Impuls, sich wieder neu zu formieren.

Die Menschenrechtssituation dagegen verbesserte sich in den folgenden Jahren trotz der Liberalisierungsbestrebungen und der taktischen Zugeständnisse nicht. Dennoch ist in der Phase von 1978 bis 1981, also vom ersten Schritt zur Demokratisierung durch die Wahl zur IBP bis zur formellen Aufhebung des Kriegsrechts, ein wichtiger Einschnitt in der philippinischen Menschenrechtspolitik zu bemerken. Die Anzahl von politisch motivierten Verhaftungen nahm im Vergleich zu den Vorjahren ab und illegale Praktiken wie außergerichtliche Hinrichtungen und das Verschwinden lassen politischer Gegner etablierten sich, um gegen Ende des Regimes und vor allem ab 1983 zu einem Höhepunkt zu gelangen.¹³⁸ Durch die vom transnationalen Menschenrechtsnetzwerk der Weltöffentlichkeit glaubwürdig vermittelten und belegten Menschenrechtsverletzungen musste die Marcos-Administration von ihrer bis dahin verfolgten Taktik des Leugnens abgehen.¹³⁹ Es wurden verschiedene Strategien verfolgt und Handlungen gesetzt, um Vorwürfe zu entkräften und die internationale Wahrnehmung von den Philippinen als einen verlässlichen und demokratisierungswilligen Partner zu festigen beziehungsweise wiederherzustellen.

Die Regierung hatte im Juni und September 1978, wie in den Jahren davor (siehe dazu Kapitel 3.2.), Amnestien von Personen angekündigt, die mit Berufung auf das Kriegsrecht inhaftiert worden waren. Diese Amnestien wurden als Politik der „nationalen Einheit und Versöhnung“ dargestellt. „Insgesamt wurden mehr als 3000 Amnestierte namentlich genannt...“¹⁴⁰, davon war allerdings der Großteil wegen krimineller Delikte inhaftiert und nicht aus politischen Gründen. Diese Begnadigungen wurden von Marcos systematisch verwendet, um die kritische Stimmen zu besänftigen. Die Listen der Freigelassenen wurden in der Regel nicht publik gemacht und es war nicht abzusehen, ob davon tatsächlich auch politische Häftlinge betroffen waren. Zum Teil wurden die Amnestien auch rückwirkend ausgesprochen und betrafen eine Anzahl von Personen, die ohnehin bereits frei waren. Da politische Gefangene nicht nur wegen politischer Vergehen oder Subversion angeklagt waren, sondern bei ihrer Inhaftierung auch kriminelle Gründe wie Mord oder illegaler Waffenbesitz vorgeschoben wurden, ließ sich ihre Anzahl nur schwer feststellen.

¹³⁸ Bravo (Hg.), Mariani, 250.

¹³⁹ Siehe: Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 67.

¹⁴⁰ Amnesty International, Jahresbericht 1979, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1980, 190.

Präsident Marcos und Verteidigungsminister Enrile zeigten sich 1978 öffentlich über die wachsende Zahl militärischer Übergriffe auf die Zivilbevölkerung besorgt und räumten ein, dass „ ... seit Einführung des Kriegsrechts 4552 Fälle brutalen Vergehens des Militärs registriert worden seien.“¹⁴¹ Dieses Eingeständnis der Marcos-Regierung ist sowohl im Kontext der Proteste nationaler und internationaler Netzwerke zu sehen, auf die Marcos mit Zugeständnissen reagieren musste, als auch als Strategie im Zuge des Normalisierungsprozesses, durch den Marcos seine Position im In- und Ausland wieder festigen wollte.

1979 kam es zu einer Strategieänderung, wie die Regierungsstellen mit dem Tatbestand der Subversion, von dem nahezu alle politische Häftlinge betroffen waren, öffentlich umgingen. Sie verneinten die Existenz von politisch Gefangenen in den Gefängnissen, und gaben an, dass nur „Public Order Violators“ inhaftiert waren, Personen also, die der Rebellion, der Aufwiegelung und des Umsturzes angeklagt waren (wobei oft der Besitz einschlägiger Medien oder die Teilnahme an illegalen Versammlungen genügte). Dieser Begriff ersetzte in den folgenden Jahren die Bezeichnung „Subversive“, denen identische Vergehen zur Last gelegt worden waren. Im Oktober 1979 veranlasste Präsident Marcos eine Zählung der Public Order Violators, und es stellte sich heraus, „ ... dass von 1852 Menschen, die in Militärhaft festgehalten wurden, 579 ‘public order violators’ waren.“¹⁴² Von vielen anderen Inhaftierten konnte aber angenommen werden, dass sie aufgrund von vorgeschobenen kriminellen Vergehen festgehalten wurden.

Im Juni 1979 gelang den großen Widerstandsorganisationen ein nicht zu unterschätzender Propagandaerfolg, der öffentlichkeitswirksam das Menschenrechtsnetzwerk stärkte und ihr Anliegen erneut zum Ausdruck brachte. Obwohl sie sonst weder logistisch noch in gemeinsamen Aktionen eng zusammenarbeiteten, wurde auf Initiative der NDF und der MNLF in Bologna, Italien, ein Menschenrechtstribunal abgehalten, das unter der Schirmherrschaft der Lelio Basso International Foundation stand und als das erste von ihr ins Leben gerufene Permanent People’s Tribunal galt. Untersuchungen von Menschenrechtsverstößen, Entwicklungen von Lösungsvorschlägen und Drängung auf deren Durchsetzung waren die Themen dieses Tribunals. Die unabhängige internationale Jury kam nach der „ ... Erörterung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Repression auf

¹⁴¹ Amnesty International, Jahresbericht 1979, 191.

¹⁴² Amnesty International, Jahresbericht 1980, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1981, 296.

den Philippinen ...“ zum Schluss, dass das Marcos-Regime „ ... is deprived of legitimate standing as a government in international society ...“.¹⁴³

Die nationale Kritik am Ausnahmezustand trat in den folgenden Jahren am offensten seit der Einsetzung des Kriegsrechts auf. Die katholische Kirche, die legale Opposition, Bauern, Gewerkschafter und Studenten, NPA und MNLF sprachen sich immer uneingeschränkter und koordinierter dagegen aus¹⁴⁴, von den anhaltenden Menschenrechtsverletzungen profitierte aber eher die radikal Linke als die moderate Opposition.

Ein Grund dafür war vermutlich, dass die Unterdrückung Andersdenkender durch die Armee zugenommen hatte und die Zahl militärischer Übergriffe und außergerichtlicher Hinrichtungen gestiegen war.¹⁴⁵

Vor allem im Süden der Philippinen gab es in den Jahren 1978 und 1979 willkürliche Verhaftungen aus politischen Gründen, die in Verbindung mit der Widerstandsbekämpfung standen. Die Verhafteten wurden meistens der Unterstützung der MNLF oder der NPA verdächtigt, die auf Mindanao Aufstände gegen die Regierungstruppen anführten. Die Beschuldigungen trafen in den meisten Fällen aber nicht zu. Militäraktionen gegen zivile Dörfer wie Bombardierungen und Brandschatzungen fanden ebenfalls in diesem Gebiet statt.¹⁴⁶ Massenverhaftungen und das Verschwinden lassen von Bauern wurden als Vergeltungsmaßnahmen für die Unterstützung der Widerstandgruppen eingesetzt.¹⁴⁷

Außergerichtliche Tötungen und das Verschwinden lassen von Personen begannen sich ab 1979 stark auszubreiten. Salvaging stieg von den 86 Fällen des Vorjahrs, die bis dahin höchste Zahl während des Ausnahmezustandes, auf 196 hingerichtete Personen. Und auch die Zahl von Verschwundenen kletterte von 10 Betroffenen im Jahr 1978 auf 48 Fälle ein Jahr später.¹⁴⁸ Die Dunkelziffer war neben diesen dokumentierten Fällen aber vermutlich beträchtlich höher anzusetzen.

¹⁴³ Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 66.

¹⁴⁴ Siehe: Amnesty International, Jahresbericht 1980, 296.

¹⁴⁵ Siehe: Ebenda, 296.

¹⁴⁶ Siehe: Amnesty International, Jahresbericht 1979, 191.

¹⁴⁷ Siehe: Amnesty International, Jahresbericht 1980, 297.

¹⁴⁸ Bravo (Hg.), Mariani, 250.

Trotz US-Präsident Carters rhetorischer Unterstützung für Menschenrechte, die auf die philippinische Opposition ermutigend wirkte und trotz der vorerst noch verhaltenen Kritik der US-Administration am Marcos Regime blieb Marcos zumindest für Pentagon und US-Verteidigungsministerium der Garant für die Nutzung der militärischen Einrichtungen auf den Philippinen. „In 1979 ... after the signing of a new bases agreement with the United States, official American attention to human rights waned...”¹⁴⁹. Über die politische Liberalisierung, die Marcos nach 1978 einleitete, sollte die Glaubwürdigkeit des Regimes wieder hergestellt werden.¹⁵⁰ Es handelte sich dabei aber bloß um taktische Konzessionen, die der anhaltenden Kritik den Wind aus den Segeln nehmen sollte.

¹⁴⁹ Wurfel, Filipino Politics, 127.

¹⁵⁰ Siehe: Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 67.

4.2. Das Ringen um innenpolitischen Konsens der Opposition

Die legale politische Opposition war 1978 also noch immer zerrüttet und desorganisiert, sie „... konnte sich weder auf gemeinsame Ziele einigen noch eine Massenbasis mobilisieren.“¹⁵¹ Die Liberalen um Jovito Salonga, die Nacionalisten um Jose Diokno und andere kleinere Parteien boykottierten die Wahl, weswegen Benigno Aquino, eigentlich beheimatet in der Liberal Party, mit der neugegründeten Lakas ng Bayan (auch Laban oder People's Power) daran teilnahm, ohne ein Mandat erringen zu können. Neben Vertretern der KBL schafften nur 13 Kandidaten der Pusyon Bisaya, einer regionalen Partei auf den Visayas, und Reuben Canoy für die Mindanao Alliance, die ebenfalls nur lokalen Einfluss im Norden von Mindanao hatte, den Einzug in die IBP.¹⁵² Politiker wichtiger oppositioneller Gruppen fanden sich dagegen nicht in der gesetzgebenden Versammlung, da sich die meisten einem Wahlboykott anschlossen. Die legale Opposition hatte also unmittelbar vor und nach der Wahl keine gemeinsame Strategie für die Wiederherstellung der formalen Demokratie.

Trotzdem eröffnete sich durch den internationalen Druck im Inneren des Landes ein politischer Rahmen, der von der legalen Opposition genutzt werden und in dem sich wieder eine kritische Presse entwickeln konnte. Nationale Netzwerke konnten durch politische Attacken „... gegen das Anti-Subversionsgesetz, die Verhaftungen ohne Anklageerhebung und gegen das Militär als einem herausragenden Repressionsinstrument ...“¹⁵³ die Bevölkerung wieder politisieren und mobilisieren. Potentielle Anklagen wegen Subversion und willkürliche Verhaftungen schreckten die Opposition bis zu diesem Zeitpunkt zu sehr ab. „Ab 1977 konnten politische Aktionen durch Bezugnahme auf die Menschenrechte gerechtfertigt werden.“¹⁵⁴ Das Menschenrechtsnetzwerk konnte sogar einzelnen Oppositionellen Schutz bieten: Benigno Aquino, der 1978 von einem Militärtribunal zum Tod verurteilt worden war, wurde aufgrund internationalen Drucks nicht nur begnadigt, sondern durfte 1980 sogar in die USA ausreisen. Edicio de la Torre, katholischer Priester und Gründer der CNL, konnte mit Hilfe des Menschenrechtsnetzwerks der Folter und Ermordung entgehen und seine Verhaftung durch das Militär sogar auf BBC schildern.¹⁵⁵

¹⁵¹ Reiterer, Philippinen. Kontinuität und Wandel, 150.

¹⁵² Wurfel, Filipino Politics, 209.

¹⁵³ Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 67.

¹⁵⁴ Ebenda, 67.

¹⁵⁵ Siehe: Ebenda, 67.

Der Grund, warum sich das Regime dennoch bis 1986 an der Macht halten konnte, lag wie bereits erwähnt an der zersplitterten Opposition. Die Wahl zur IBP war nach sechs Jahren des Parteienverbots Anlass für die politische Landschaft, sich neu zu formieren, doch die Vorbereitungszeit war um einiges zu kurz, um sich zu reorganisieren und untereinander zu koordinieren. Ein entscheidender erster Schritt fand erst 1980 statt, zwei Jahre nach der Wahl zur IBP.

Nachdem Gerüchte aufkamen, dass der Ausnahmezustand aufgehoben werden könnte, wurden die moderaten oppositionellen Gruppen beflügelt. Der mächtige Salvador Laurel-Flügel der Nacionalista Party, der bis 1979 noch mit Marcos kooperierte, vereinigte sich mit einigen Politikern aus der Liberal Party, mit der Mindanao Allianz und mit anderen Regimekritikern, wie dem ehemaligen Präsidenten Macapagal und Benigno Aquino mit seiner 1978 gegründeten LABAN.¹⁵⁶ Dieses Parteienbündnis mit den führenden Köpfen Salvador Laurel und Benigno Aquino, das sich UNIDO (United Nationalist Democratic Opposition) nannte, war begierig, am politischen Prozess wieder zu partizipieren. Die Notwendigkeit sozialer Reformen stand zwar nicht im Zentrum ihres politischen Programms, mit ihren Kontakten und weitverzweigten Netzwerken hofften sie aber auf die Unterstützung der USA, und wollten Marcos in freien Wahlen aus seinem Amt entfernen.

Die zweite Gruppe entstand um die Senatoren Lorenzo Tanada, mit 82 Jahren das Urgestein in der philippinischen Politik, und Jose Diokno, der Menschenrechtsanwalt aus der Nacionalista Party. Die Gruppe war stark nationalistisch geprägt, wollte die Abkommen über die US-Basen aufkündigen und verlangte substantielle sozioökonomische Reformen. Von allen Gruppen hatte sie die engste Beziehung und eine gute Gesprächsbasis mit der radikalen Linken.

Die dritte kleinere Gruppe wurde geführt von Jovito Salonga aus der Liberal Party und war die moderateste dieser oppositionellen Bündnisse. Sie trat nicht so stark für einen Wahlboykott unter Marcos ein, wie es Diokno und Tanada taten. Sie war zwar kritisch gegenüber der Linken, Salonga vermied aber antikommunistische Hetzreden wie sie Laurel oftmals vorbrachte. Auch bezüglich der US-Politik sprach er sich gegen multinationale

¹⁵⁶ Wurfel, Filipino Politics, 209.

Konzerne auf den Philippinen und den Basen-Abkommen aus, war aber nicht US-feindlich. Die Gruppe sah auch die Notwendigkeit von gemäßigten sozialen Reformen.¹⁵⁷

Die Verpflichtung dieser wichtigsten Gruppen in der philippinischen Parteienlandschaft und der führenden Politiker der Opposition zu Menschenrechten, Freiheitsrechten und zum demokratischen Prozess „... undoubtedly increased during martial law.“¹⁵⁸ Die politische Opposition erreichte in erster Linie die städtischen Schichten des Mittelstands, für die Landbevölkerung benötigte sie die Unterstützung der Katholischen Kirche, für die Arbeiterschaft die der Gewerkschaften und der CPP. Neben der Uneinigkeit innerhalb der oppositionellen Kräfte lag hier ein zweiter Grund, warum das Marcos-Regime nicht schon vor 1986 ins Wanken geriet.

Denn vor allem das Weltbild der linksradikalen CPP ließ sich nicht mit den Vorstellungen der legalen, oppositionellen Gruppen der alten politischen Elite vereinen. Forderten diese bloß „... die Wiederherstellung der politischen Ordnung aus der Zeit vor dem Kriegsrecht...“¹⁵⁹, ging es der CPP natürlich um ein sozialistisches Klassenverständnis. Die Probleme der Landverteilung und der Abhängigkeit philippinischer Bauern von Großgrundbesitzern und Oligarchen als auch die Abhängigkeit der philippinischen Wirtschaft von den USA und transnationalen US-Konzernen waren für sie die dringlichen Aufgaben, durch deren Lösungen (Landreform und Rückzug der USA) auch die Menschenrechte sich wieder entfalten könnten. Den legalen Parteien hielten sie vor, durch das Annähern an die USA Landesverrat zu begehen. Da die legale Opposition von der landbesitzenden und wirtschaftlichen Elite geprägt war, hatte sie nicht unbedingt Interesse an einer umfassenden Landreform. Sie vertraute auch darauf, dass es mit den USA gelingen würde, Marcos zu weiteren Reformen zu zwingen. Die CPP schloss aus diesen Gründen eine Zusammenarbeit mit den oppositionellen Gruppen gegen die Marcos-Administration weitgehend aus.

Die zunehmende Radikalisierung innerhalb der Gesellschaft, die durch die Liberalisierungsbestrebungen von Marcos ausgelöst wurden, kam hauptsächlich der CPP und NPA zugute. Nach Rückschlägen in den ersten Jahren des Kriegsrechts verbuchten sie wieder Erfolge und agierten in den ländlichen Gebieten.

¹⁵⁷ Zur Parteienlandschaft siehe genauer: Wurfel, *Filipino Politics*, 209 – 211. Bashiri-Goudarzi, *Philippinen - Diktatur und Dependenz*, 156 – 157.

¹⁵⁸ Wurfel, *Filipino Politics*, 211.

¹⁵⁹ Risse, Jetschke, Schmitz, *Die Macht der Menschenrechte*, 68.

Die taktischen Konzessionen des Regimes und die US-Menschenrechtspolitik unter Präsident Carter vertieften also zunächst die Spaltung der Opposition, die sich nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen konnte, und verschafften der Marcos-Regierung eine Ruhepause.¹⁶⁰ Mit dem neuen US-Präsidenten Ronald Reagan, ein Freund der Familie Marcos seit den Sechzigern, sollte sich das ändern, indem ein Kurswechsel in der Menschenrechtspolitik der US-Administration vollzogen wurde und die Philippinen mit weiterer Kritik aus dem Weißen Haus verschont blieben. Diese Entwicklung führte schließlich und ironischerweise zur Einigung der Opposition, worauf in Kapitel 5.2. eingegangen wird.

1980, ein Jahr vor der formellen Aufhebung des Kriegsrechts, nahm zwar die Anzahl von Inhaftierten im Vergleich zu den Vorjahren deutlich ab und sank um ungefähr 50 Prozent auf 960 Personen¹⁶¹, das traf aber nicht auf andere repressive Maßnahmen des Marcos-Regimes zu. Da das Verschwinden lassen von Personen und außergerichtliche Hinrichtungen weiter stiegen, informierte Amnesty International im September 1980 erstmals die „Arbeitsgruppe für Fragen des unfreiwilligen oder gewaltsam verursachten Verschwindens von Personen“, die von der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen eingerichtet wurde, über sechs genau dokumentierte Fälle von Verschwundenen auf den Philippinen. Von 1975 bis 1980 erfuhr Amnesty International von 230 Fällen von Verschwundenen. Im selben Zeitraum gab es mehr als 300 extralegale Hinrichtungen durch Einheiten der AFP oder von paramilitärischen Gruppen.¹⁶² Die Einbindung der Vereinten Nationen in die Menschenrechtsthematik auf den Philippinen führte in der Folge zu einer noch stärkeren Glaubwürdigkeit des Menschenrechtsnetzwerks.

Das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen blieb bei Disappearances und Salvagings zwischen 1979 und 1982 auf ungefähr dem selben Stand. Die Zahl von Verschwunden pendelte sich auf einen Jahresdurchschnitt von 50 Personen ein, die außergerichtlichen Hinrichtungen lagen jährlich bei 200 Fällen, wobei 1981 ein starker Rückgang bei den extralegalen Exekutionen zu verzeichnen war, der 1982 wieder auf die Zahl in den Jahren davor anstieg.¹⁶³

¹⁶⁰ Siehe: Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 68.

¹⁶¹ Siehe: Bravo (Hg.), Mariani, 250.

¹⁶² Zahlen bei: Amnesty International, Jahresbericht 1981, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1982, 251.

¹⁶³ Siehe: Bravo (Hg.), Mariani, 250.

Trotz der landesweiten geringeren Zahl von Häftlingen kam es durch zahlreiche Verhaftungen im Einzugsgebiet von Manila im wichtigsten militärischen Haftzentrum der Hauptstadt, dem Rehabilitationszentrum von Bicutan (auch Bagong-Diwa-Lager) von Juni bis Oktober 1980 zu einer Verdreifachung der inhaftierten Personen. Eine im Juni 1980 erlassene Anordnung, erlaubte es ausschließlich dem Präsidenten, Personen freizulassen, die durch einen Haft- oder Hausdurchsuchungsbefehl inhaftiert worden waren. Dadurch wurde das Problem der Überbelegung noch verschärft.¹⁶⁴

Am 29. September 1980 traten deswegen die Gefangenen in einen dreitägigen Hungerstreik, der vom 3. bis 21. November noch einmal aufgenommen wurde. Sie forderten die Zurücknahme des neuen Freilassungsverfahrens, die Enthaftung von 54 Häftlingen, deren Entlassung vom Verteidigungsminister empfohlen worden war, und die Erhöhung der Lebensmittelrationen. Amnesty International appellierte an die Behörden, „... sicherzustellen, dass die Hungerstreikenden keinen Repressalien unterworfen würden, wie das bei früheren Hungerstreiks der Fall gewesen war.“¹⁶⁵ Am 21. November wurde der Hungerstreik beendet, nachdem versichert wurde, einige Häftlinge zu entlassen.

Hungerstreik war oft die einzige Möglichkeit von Inhaftierten, für ihre Rechte und bessere Lebensbedingungen zu kämpfen. Durch diese Methode gelang es in der Regel, auf die Situation in den Gefängnissen aufmerksam zu machen, gerade wenn sonstige Rechte wie Besuch und Beistand eines Rechtsanwalts beschnitten waren. Menschenrechtsnetzwerke und Gefangenenhilfeorganisationen wie die TFDP oder Amnesty International unterstützten oft die Forderungen der Aufständischen und sorgten für die öffentlichkeitswirksame Präsentation ihrer Anliegen.

¹⁶⁴ Siehe: Amnesty International, Jahresbericht 1981, 329.

¹⁶⁵ Amnesty International, Jahresbericht 1981, 329.

4.3. Die formale Aufhebung des Kriegsrechts 1981

Am 17. Januar 1981 wurde das Kriegsrecht mit der Proklamation Nr. 2045 genau einen Monat vor dem anstehenden Papstbesuch aufgehoben und die Vierte Republik ausgerufen. Die Kontrolle über die Medien wurde teilweise gelockert, das Streikrecht etwas liberaler gestaltet und für die Präsidentschaftswahl wurde der 16. Juni 1981 festgelegt.¹⁶⁶ „... eine Verfassungsergänzung sah nun eine Mischung aus präsidentialem und parlamentarischem System vor.“¹⁶⁷ Der Präsident wurde für sechs Jahre ohne eine Beschränkung von weiteren Amtsperioden vom Volk direkt gewählt. Er konnte die Nationalversammlung auflösen, aber nicht von dieser abgesetzt werden. Der Premierminister und das Kabinett wurden vom Präsidenten ernannt und standen unter seiner Kontrolle.¹⁶⁸

Die politische Elite, die sich seit 1980 hauptsächlich zur UNIDO – United Nationalist Democratic Opposition – vereint hatte, boykottierte die Wahl, wodurch Marcos gegen völlig unbekannte Kandidaten antrat und mit Hilfe von Wahlbetrug, Stimmenkauf und Einschüchterung offiziell über 80% der Stimmen gewann.¹⁶⁹

Für Marcos war die Aufhebung des Kriegsrechts und die Ankündigung der Ablösung der IBP durch Wahlen zur regulären Nationalversammlung Ende 1984 ein weiterer Schritt im Normalisierungsprozess. Die Hintergründe dafür waren aber nach Hebatollah Bashiri-Goudarzi „... die zunehmenden Proteste der Opposition ..., die offene Parteinahme der katholischen Kirche gegen die repressive Praxis des Regimes und nicht zuletzt Druck der USA im Rahmen der Menschenrechtskampagne unter Präsident Carter.“¹⁷⁰

Eine Woche vor der Wahl war Marcos beunruhigt durch den angekündigten Boykott und er erklärte in einer Rede, dass das Fernbleiben von der Wahl nicht nur ein zivilrechtliches Vergehen sondern auch eine Todsünde für jeden Katholiken darstellte. Kardinal Sin bereitete daraufhin eine Richtigstellung vor, die in allen Kirchen der Erzdiözese verlesen wurde. Darin hieß es, dass Bürger tatsächlich eine moralische Verpflichtung hätten, allerdings nur unter normalen Umständen. Dass es sich bei den Präsidentschaftswahlen von 1981 um freie und faire Wahlen handeln würde, sprach der Kardinal Marcos ab. Marcos versuchte noch

¹⁶⁶ Siehe: Reiterer, Philippinen. Kontinuität und Wandel, 151.

¹⁶⁷ Ebenda, 151.

¹⁶⁸ Siehe: Wurfel, Filipino Politics, 250. Zum Premierminister wurde Cesar Virata ernannt, der zuvor Finanzminister in der Marcos-Administration gewesen war. Siehe: Bashiri-Goudarzi, Philippinen – Diktatur und Dependenz, 48.

¹⁶⁹ Genauere Zahlen bei: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 151.

¹⁷⁰ Bashiri-Goudarzi, Philippinen – Diktatur und Dependenz, 47.

innerhalb der Kirche zu intervenieren und Laienführer auf seine Seite zu bringen, was ihm misslang. Der Schlagabtausch zwischen Kirche und Staat hatte zu diesem Zeitpunkt eine neue Qualität erreicht. Von der kritischen Zusammenarbeit, mit der Kardinal Sin die Beziehung zwischen Kirche und Marcos-Regime umschrieb, war immer lauter die Kritik zu vernehmen. Marcos hielt die Wahlen für sehr bedeutsam. Für ihn waren sie ein Hinweisen auf die „... legitimacy of the Regime on the world scene ...“¹⁷¹, vor allem für die internationale Finanzwelt.

Ein weiteres wichtiges Ereignis für kirchliche Kritik am Regime war der Papstbesuch von 17. bis 22. Februar auf den Philippinen, bei dem das Oberhaupt der Katholischen Kirche Gewalt und Menschenrechtsverletzungen verurteilte und den kirchlichen Einsatz für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit lobte, er warnte aber vor der Zusammenarbeit mit marxistischen Gruppen. Kirchenaktivisten konnten den Papstbesuch für eine effizientere politische Mobilisierung nutzen. Die christlichen Basisgemeinden gewannen dadurch größere Bedeutung und konnten Glaubensfragen mit den Alltagsproblemen der Menschen verbinden, wodurch kirchlicher Protest gestärkt wurde und von einer größeren Basis getragen wurde.¹⁷²

Eine Verbesserung der Menschenrechtssituation und eine Rückkehr zu einem demokratischen Rechtsstaat stellte sich 1981 und in den Folgejahren allerdings nicht ein. Senator Jose Diokno zog das Resümee, dass Marcos „... did not lift martial law, he merely tilted it.“¹⁷³ Wegen der Sondervollmachten des Präsidenten in Bezug auf Inhaftierungen, der bedeutenden Rolle des Militärs und anhaltender Berichte über Menschenrechtsverletzungen sah auch Amnesty International keine grundlegenden Änderungen nach Aufhebung des Kriegsrechts in Richtung Liberalisierung und Demokratisierung.

Die verbliebenen Vollmachten des Präsidenten waren weitreichend. Der Zusatzartikel VI zur Verfassung von 1973 ermächtigte den Präsidenten, Sondervollmachten bis auf Ausrufung des Belagerungszustands wahrzunehmen. Das Gesetz zur öffentlichen Ordnung - PD Nr. 1737 - berechnete den Präsidenten unter anderem jede Maßnahme, einschließlich der Vorbeugehaft, ergreifen zu können, die er zur Begegnung eines Notstands als notwendig erachtete. Das Gesetz zur Nationalen Sicherheit - PD Nr. 1498 - erlaubte unter anderem dem Verteidigungsminister die Verhaftung, Inhaftierung und Freilassung von Personen, die eines

¹⁷¹ Wurfel, Filipino Politics, 253.

¹⁷² Siehe: Ebenda, 261.

¹⁷³ Cortes, Boncan, Jose, The Filipino Saga, 413.

Vergehens gegen die nationale Sicherheit verdächtigt wurden.¹⁷⁴ Für diese Personen blieb auch die Aufhebung des Rechts auf Haftprüfung bestehen, die mit der Beendigung des Kriegsrechts eigentlich wieder eingesetzt worden war.

Die einzige Kriegsrechtsverordnung, von der gesichert war, dass sie außer Kraft gesetzt wurde, war die Generalverordnung Nr. 8 vom 27. September 1972, mit der Militärgerichte zur Rechtssprechung über Vergehen, welche die nationale Sicherheit betreffen, geschaffen worden waren. Dennoch durften schwebende Verfahren vor Militärgerichten von diesen weitergeführt werden. Alle neuen Fälle wurden Zivilgerichten übertragen.

„Die Militärgerichte wurden nicht als Teil der Judikative, sondern als Organe der Exekutive geschaffen ...“¹⁷⁵, da ihr Personal aus Berufsoffizieren bestand, waren sie unter dem Kriegsrecht dem Präsidenten letzt verantwortlich. Darüber hinaus wurden wenige Prozesse eröffnet oder abgeschlossen, da das Vorverfahren und die Verfahrensführung außerordentlichen Verzögerungen unterworfen waren.

Die Strafverfolgung Militärangehöriger durch Zivilgerichte wegen rechtswidriger Handlungen, die sie in Ausübung ihrer Pflichten begangen hatten, wurde erschwert, da der Präsidentenerlass Nr. 1832 vom 16. Januar 1981 anordnete, solche Fälle vor Militärgerichten zu verhandeln.

Mit dem Instruktionsbrief (Letter of Instruction – LOI) 1211 vom 9. März 1982 bekam schließlich das Militär erweiterte Befugnisse zu Verhaftungen ohne Einschaltung der Justiz.

Diese Erlasse und Maßnahmen wirkten sich entsprechend auf die Menschenrechtssituation auf den Philippinen aus. Die Aufhebung des Ausnahmezustands, die als bis dahin wichtigster Schritt im Normalisierungsprozess angekündigt worden war, blieb gleichsam wirkungslos.

Selbst die Zahl der politischen Gefangenen erhöhte sich wieder von den 962 im Jahr 1980 auf 1.377 1981 und 1.911 1982, Fälle von Verschwundenen stagnierten weiter bei durchschnittlich 50, und extralegale Hinrichtungen stiegen nach einem Einbruch 1981 mit nur 21 Toten wieder auf 210 Fällen im Jahr 1982 wie in der Zeit vor Aufhebung des Kriegsrechts.¹⁷⁶

¹⁷⁴ Siehe: Amnesty International, Jahresbericht 1981, 331-332.

¹⁷⁵ Ebenda, 332.

¹⁷⁶ Zahlen bei: Bravo (Hg.), Mariani, 250.

Im November 1981 sandte Amnesty International wieder eine Mission auf die Philippinen, um die Menschenrechtssituation vor Ort zu prüfen. Die Delegation konnte Fälle von Verschwundenen und außergerichtlichen Tötungen eindeutig auf Regierungsbeauftragte zurückführen. Viele der Morde ereigneten sich erst nach Verhören, nach Folterungen und nachdem die Opfer bereits inhaftiert waren. Die Regierung ging diesen Morden nur in den seltensten Fällen nach. Begangen wurden diese Praktiken von Angehörigen der Streitkräfte, der Polizei, der zivilen Miliz CHDF und von irregulären paramilitärischen Gruppen, die mit Billigung der Behörden operierten.¹⁷⁷

Die Rechtssprechung vor den Zivilgerichten wurde von den Streitkräften nicht anerkannt oder behindert, wenn es sich um Vergehen gegen nationale Sicherheit und öffentliche Ordnung handelte. Angehörige der AFP missachteten die von Zivilgerichten angeordnete Entlassung von Häftlingen aus militärischem Gewahrsam oder erschienen als Angeklagte oder vorgeladene Zeugen nicht vor Gericht. Oft wurde Druck auf die Zivilgerichte ausgeübt, zurückdatierte Haft- und Inhaftierungsbefehle sowie Verzichtserklärungen der Häftlinge auf richterliche Anhörung auszustellen.¹⁷⁸

Die Delegation von Amnesty International fand auch Beweismaterial, dass „... viele Opfer militärischer Übergriffe, die subversiver Aktivitäten beschuldigt wurden, sich tatsächlich nur an gewaltfreien Aktivitäten beteiligt hatten ...“¹⁷⁹, wie am Aufbau von Gewerkschaften und an der Mitarbeit von kirchlichen, sozial engagierten Gruppen. 1982 erfuhr Amnesty International von weiteren PCOs gegen Personen, die in gewaltloser Opposition zur Regierung standen, darunter Kirchenmitarbeiter, Gewerkschafter, Journalisten und Anwälte.

Im Anschluss an die Mission vom November 1981 wurde der „Report of an Amnesty International Mission to the Republic of the Philippines“ am 22. September 1982 publiziert und eine Kampagne gegen rechtswidrige Inhaftierungen, Folter und extralegale Hinrichtungen begonnen.

¹⁷⁷ Siehe: Amnesty International, Jahresbericht 1982, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1983, 298.

¹⁷⁸ Siehe: Ebenda, 307.

¹⁷⁹ Amnesty International, Jahresbericht 1983, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1984, 300.

Der Bericht empfahl der Marcos-Administration, eine Untersuchung in 49 Fällen schwerer Menschenrechtsverletzungen anzuordnen. In 26 dieser 49 Fälle ging es um willkürliche Tötungen mit Involvierung von Regierungskräften, 32 davon enthielten Behauptungen über Folter.¹⁸⁰

Die Regierung gab zwar vor, extralegale Tötungen wären tatsächlich Tötungen während bewaffneter Konflikte mit Widerstandsgruppen gewesen, es gab jedoch Beweise, dass oft die Opfer erst im Gewahrsam von Regierungskräften ermordet worden waren. Folter geschah in der Regel an inoffiziellen Haftorten, wie in geheimen Haftzentren und Kasernen, die nicht für die Unterbringung von Häftlingen vorgesehen waren. Der Bericht empfahl die Schutzbestimmungen für Häftlinge strenger durchzusetzen und die Benutzung von Safe Houses, den geheimen Haftzentren, einzustellen. Beschwerden über Verstöße von Bediensteten sollten strenger nachgegangen werden und die Verfahren zur Untersuchung und Strafverfolgung von Menschenrechtsverletzungen durch Regierungskräfte sollten geprüft werden.¹⁸¹

„Während eines Besuchs in den USA im September 1982 kritisierte Präsident Marcos die Feststellungen und Methoden amnesty internationals; er warf der Organisation vor, sich auf den Philippinen eingeschlichen zu haben, und tat ihren Bericht als übertrieben ab.“¹⁸² Nach einer darauf folgenden öffentlichen Erklärung von Amnesty International am 24. September, reagierte Marcos zwei Tage später in einer Rede in San Francisco, dass der Bericht Punkt für Punkt beantwortet werden würde. Maßnahmen, die daraufhin gesetzt wurden, waren die Entlassung von 113 Armeemitgliedern, für Untersuchung und Strafverfolgung von Übergriffen gegen Zivilpersonen wurde ein neues Verfahren eingeführt und eine neue Abteilung zur Rehabilitierung von Sicherheitspersonal geschaffen, die sich solcher Vergehen schuldig gemacht haben.

Nach Aufhebung des Kriegsrechts wurde angeordnet, dass Gefangene aus militärischen Haftzentren in zivile Gemeinde- und Provinzgefängnisse und in das Nationalgefängnis in Muntinlupa überführt werden sollten. Dennoch wurde eine Reihe von Militärlagern weiter als Haftzentren benutzt, zum Beispiel die Lager Olivas in Campanga, Ibalon Bagong in Legaspi City und Lahug in Cebu City.¹⁸³ Häftlinge wurden auch weiterhin an Orten gefangengehalten,

¹⁸⁰ Zahlen bei: Amnesty International, Jahresbericht 1983, 297.

¹⁸¹ Siehe: Amnesty International, Jahresbericht 1983, , 297.

¹⁸² Amnesty International, Jahresbericht 1983, 298.

¹⁸³ Siehe: Amnesty International, Jahresbericht 1982, 305.

die von Abteilungen der Geheim- und Sicherheitsdienste verwaltet wurden, wie in der 4th Regional Security Unit (RSU-4) im Camp Crame in Quezon City und in der Hochsicherheitsabteilung MSU (Maximum Security Unit) im Fort Bonifacio in Manila. Gefangene, die in Zivilgefängnisse verlegt wurden, fanden sich oft in schlechteren Haftbedingungen wieder. Die Häftlinge in der MSU waren in schlecht beleuchteten Zellen untergebracht, die etwa 1,25 Meter mal 3,30 Meter maßen. Kontakt zu Mitgefangenen war verboten. Unter ihnen befand sich auch Jose Maria Sison und seine Frau Juliet Delima Sison.

In einer Rede am 8. August 1982 behauptete Präsident Marcos, eine Verschwörung aufgedeckt zu haben, die während seines USA-Besuchs im September 1982 Morde, Bombenattentate und Streiks geplant hatte. Unter ihnen befanden sich Mitglieder der legalen Opposition aus der Zeit vor dem Kriegsrecht, Anhänger der Kommunistischen Partei, muslimische Separatisten, Gewerkschafter, Priester und Journalisten. In der Folge wurden zwischen Mitte August und Anfang September im Bereich von Manila ungefähr 50 Gewerkschafter verhaftet. Die Gewerkschaftsverbände, denen sie angehörten, waren der Pagkakaisa ng Manggagawang Pilipino (PMP – Vereinigtes Philippinisches Volk) angegliedert. Dieser Dachverband gehörte auch der Kilusan Mayo Uno (KMU), der internationalen „1. Mai Bewegung“, an. Die Anklage warf den Gewerkschaftern vor, dass die KMU und PMP unter dem Dach der CPP organisiert seien, die das Ziel verfolgt, die Regierung gewaltsam zu stürzen.

Todesurteile wurden auf den Philippinen zwischen 1972 und 1986 äußerst selten exekutiert. Im Jahr 1982 gab es beispielsweise etwas mehr als 800 zum Tod Verurteilte, wobei die meisten auf die Überprüfung ihrer Urteile warteten und deren Vollstreckungen immer wieder aufgeschoben wurden. „Seit 1972 wurde nur eine Person tatsächlich hingerichtet.“¹⁸⁴

1981 wurde General Fabian Ver, der loyale Cousin von Marcos, zum Stabschef der AFP ernannt, was das Militär enger an Marcos binden sollte, um den Normalisierungsprozess des politischen Systems zu überstehen, speziell in einer Zeit, als Gerüchte über seine Schwächung durch Lupus erythematodes, eine systemische Autoimmunerkrankung, aufkamen und zu Spekulationen über seine Handlungsfähigkeit führten.¹⁸⁵ Bei der Stabschefernennung wurde allerdings Fidel Ramos übergangen, der als besser ausgebildet und professioneller galt. Daraus folgte, dass sich das Militär immer stärker in ein Ver-Lager, das auch eine enge

¹⁸⁴ Amnesty International, Jahresbericht 1983, 302.

¹⁸⁵ Siehe: Reiterer, Philippinen. Kontinuität und Wandel, 152.

Beziehung zu Imelda Marcos unterhielt, und in ein Ramos-Lager, das Verteidigungsminister Juan Enrile auf seiner Seite hatte, spaltete. Fabian Ver und Imelda Marcos wurden 1982 auch in das zehnköpfige Exekutivkomitee aufgenommen, das im Fall der Handlungsunfähigkeit von Marcos die Regierungsgeschäfte übernehmen sollte.

Auch wenn Marcos noch die volle Unterstützung der Reagan-Administration hatte, konnten die Normalisierungsbestrebungen die reformistische Opposition und die Kirche nicht mehr besänftigen, noch die revolutionäre Bewegung zerschlagen. Die ökonomischen Probleme führten zu Spannungen zwischen Cronies, Technokraten und den alten Wirtschaftseliten und hemmten die Entscheidungsfähigkeit des Regimes. Die Aufforderung der Weltbank, die Staatsintervention in der Wirtschaft zu verringern, verschärfte diesen Konflikt. Die Technokraten „... lacked their own political base...“¹⁸⁶ und verloren durch die Krankheit von Marcos ihren einzigen Patron in der Regierung. Die USA drängten zusätzlich auf eine Reform innerhalb der AFP, was die Fraktion rund um Fidel Ramos stärkte¹⁸⁷ und das Lagerdenken innerhalb des Militärs weiter vorantrieb.

Anfang 1983 war der Kampf um die Nachfolge des Präsidenten bereits angelaufen und Benigno Aquino, der von der Reaganregierung keine politische Unterstützung bekam, entschied sich trotz persönlicher Warnungen von Imelda Marcos und Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile aus seinem US-amerikanischen Exil auf die Philippinen zurückzukehren, „... um seine Bewerbung für die Parlamentswahlen 1984 abzugeben.“¹⁸⁸

¹⁸⁶ Wurfel, Filipino Politics, 255.

¹⁸⁷ Siehe: Wurfel, Filipino Politics, 274.

¹⁸⁸ Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 70.

5. Phase IV: 1983 – 1985: Radikalisierung der politischen Situation

5.1. Die Ermordung Benigno Aquinos

Am 21. August 1983 landete Aquino unter dem Namen Marcial Bonifacio¹⁸⁹ am International Airport in Manila. Drei uniformierte Männer bestiegen das Flugzeug und brachten ihn zu einem Serviceausgang, während die anderen Passagiere zurück gehalten wurden. Kurz darauf war Aquino mit einem Schuss in den Hinterkopf getötet worden und lag neben den von Kugeln durchlöchernten Rolando Galman, den die Marcosregierung als seinen Mörder präsentierte. Trotz der Sicherheitsvorkehrungen, mehr als tausend Soldaten sicherten den Flughafen, gab es Augenzeugen des Tathergangs.

Marcos beschuldigte die Kommunisten des Mordes und berief am 24. August eine Untersuchungskommission ein, die kurz darauf wegen Behinderungen seitens der Regierung zurücktrat. Ihr folgte eine neue Kommission unter der Richterin Corazon Juliano Agrava.¹⁹⁰

Neben den Oppositionsparteien, der an Bedeutung gewinnenden NDF und zahlreichen lokalen Gruppierungen entstand eine Massenbasis¹⁹¹, die großangelegte Demonstrationen organisierte und offen gegen das Marcos-Regime protestierte. Auch die Geschäftswelt, formiert im Makati Business Club, trat nun verstärkt gegen die Regierung auf, da sie nun auch für sich wirtschaftliche Konsequenzen sah. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds zeigten sich besorgt über die politische Situation und die hohe Auslandsverschuldung. In- und ausländische Investoren zogen sich zurück, da ihre Interessen durch die Instabilität der Regierung gefährdet schienen. Die Kapitalflucht in den ersten beiden Monaten nach dem Attentat auf Aquino wird auf eine Milliarde US\$ geschätzt.¹⁹²

Die USA reagierten mit Zurückhaltung auf die Ermordung Aquinos. Der für 5. November geplante Reaganbesuch wurde aus Sicherheitsgründen abgesagt, was die „... philippinische Opposition ... zuvor mehrere Male gefordert ...“¹⁹³ hatte. Obwohl sich das State Department und der Kongress von Marcos distanzieren wollten, blieb die Politik der Reagan-

¹⁸⁹ Mit dem Namen nahm er Bezug auf „Martial Law“ einerseits und auf den Freiheitskämpfer Andres Bonifacio andererseits, der Ende des 19. Jahrhunderts gegen die Spanier die Widerstandsgruppe „Kapitunan“ organisierte.

¹⁹⁰ Siehe: Reiterer, Philippinen. Kontinuität und Wandel, 153.

¹⁹¹ Genauer wird die entstandene Massenbasis in den beiden folgenden Kapiteln behandelt.

¹⁹² Siehe: Wurfel, Filipino Politics, 278.

¹⁹³ Bashiri-Goudarzi, Philippinen – Diktatur und Dependenz, 159.

Administration vorerst unverändert. In Manila nutzten Angehörige der US-Botschaft informelle Kanäle, um mit den legalen oppositionellen Gruppen Kontakt aufzunehmen.

Das am 14. Oktober 1983 eingesetzte Agrava Board kam schließlich zur Einsicht, dass das Aquino-Attentat vom Militär verübt wurde, es konnte aber keine Einstimmigkeit finden, ob General Fabian Ver involviert gewesen war. Deshalb präsentierte Agrava am 23. Oktober 1984 einen Minderheitsbericht, der den General unschuldig, am nächsten Tag einen Mehrheitsbericht, der ihn für schuldig befand.¹⁹⁴ General Ver wurde beurlaubt und am 23.01.1985 wegen Beihilfe zum Mord angeklagt. Fidel Ramos, stellvertretender Stabschef, übernahm provisorisch die Leitung seines Amtes. Allerdings nicht für lange. „General Ver wurde am 2. Dezember 1985 wieder als Generalstabschef eingesetzt.“¹⁹⁵

Die Ermordung Aquinos war selbstverständlich das zentralste und weitreichendste Ereignis im Jahr 1983, und sie bildete den Beginn einer Massenmobilisierung, die auch als Reaktion auf die anhaltende Verschlechterung der Menschenrechtssituation auf den Philippinen gesehen werden kann.

Daneben war im selben Jahr eine Änderung bei den Inhaftierungsbedingungen zu bemerken. Es wurden zahlreiche Personen verhaftet, die subversiver politischer Tätigkeiten beschuldigt wurden. Diese Verhaftungen wurden in der Regel durch präsidentiale Haftanordnungen (PCOs) rechtskräftig. Am 5. August 1983 kündigte die Regierung nach innenpolitischen Druck die Abschaffung der PCOs an und ersetzte sie durch Vorbeugehaftmaßnahmen (Preventive Detention Action – PDA). Der Anwendungsbereich der PDAs war aber fast identisch mit dem der PCOs, „... da PDAs ebenfalls vom Präsidenten ohne Einschaltung der Justiz angeordnet werden ...“¹⁹⁶ konnten. Verschiedene Häftlinge wurden außerdem trotz gerichtlicher Anordnungen über ihre Freilassungen aufgrund von PCOs oder PDAs weiterhin festgehalten.¹⁹⁷

¹⁹⁴ Siehe: Reiterer, Philippinen. Kontinuität und Wandel, 154.

¹⁹⁵ Bashiri-Goudarzi, Philippinen - Diktatur und Dependenz, 160.

¹⁹⁶ Amnesty International, Jahresbericht 1984, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1984, 336.

¹⁹⁷ Nach Youngblood, Marcos Against The Church, 144 – 145.: Arrest Search and Seizure Order (ASSO) wurde im Mai 1981 vom Presidential Commitment Order (PCO) abgelöst, und dieser 1983 von der Preventive Detention Action (PDA)

Mit der Radikalisierung der politischen Situation im Jahr 1983 ging auch ein rapides Anwachsen der schon bekannten repressiven Praktiken einher. Im Vergleich zu 1982 stieg die Zahl der vermissten Personen um 245 Prozent von 42 auf 145 Fälle. Die Anzahl von Opfern außergerichtlicher Tötungen stieg von 210 Personen im Jahr 1982 auf 368 ein Jahr später, was eine Zunahme von ungefähr 75 Prozent bedeutete. 1984 gab es 445 Fälle dieser Exekutionen und 158 verschwundene Personen. Bei den jährlichen Inhaftierungen ist ein ähnliches Ansteigen zu verzeichnen: Von rund 2.000 1983, mit einer minimalen Steigerung zum Vorjahr, auf über 4.000 im Jahr 1984. Mit dem Jahr 1985, auf das später noch eingegangen wird, bildete die Phase der politischen Radikalisierung den absoluten Höhepunkt von Verletzungen der Menschenrechte auf den Philippinen.¹⁹⁸

Die repressiven Praktiken durch Angehörige der Streitkräfte und der ihnen unterstellten paramilitärischen Einheiten hielten bis zum erzwungenen Machtwechsel des Marcos-Regimes weiter an. Die Regierung veranlasste nur wenige unabhängige Untersuchungen zu Menschenrechtsverletzungen, die selten zu einem Abschluss und der Verurteilung der angeklagten Personen kamen:

Zum Beispiel verschärfen sich unmittelbar vor und nach den Wahlen zum Nationalen Parlament (Batasang Pambansa), die am 14. Mai 1984 stattfanden, die Auseinandersetzungen zwischen den Streitkräften und der NPA. Am Wahltag wurden dann in einem Dorf auf West-Negros 11 Personen, nachdem sie ihre Stimme abgegeben hatten, von Mitgliedern der Philippine Constabulary (PC) wegen des Verdachts ihrer Zugehörigkeit zur NPA verhaftet. Mit gefesselten Händen wurden sie durch das Dorf und auf ein nahe gelegenes Feld geführt, wo sie erschossen wurden. Die Leichen wiesen auch Foltermerkmale auf. Nachdem ein Zeuge, der seine Aussage zu Protokoll gab, des Mordes angeklagt wurde, zogen die übrigen Augenzeugen ihre Anzeigen zurück und das Strafverfahren wurde aus Mangel an Beweisen eingestellt.¹⁹⁹

In anderen Fällen ließen sich ähnliche Vorgangsweisen feststellen, wie mit Zeugen von Menschenrechtsverletzungen und gerichtlicher Ahndung der Verantwortlichen umgegangen wurde.

¹⁹⁸ Zahlen und Prozentangaben bei: Bravo (Hg.), Mariani, 154, 250.

¹⁹⁹ Amnesty International, Jahresbericht 1985, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1985, 321, 322.

Im April 1984 unterbreitete Amnesty International den Vereinten Nationen nach dem Verfahren für die vertrauliche Prüfung von Mitteilungen über Menschenrechtsverletzungen erneut Informationen über ihre Anliegen. Amnesty International kam zu dem Schluss, dass ihr Beweismaterial ein „durchgängiges Muster grober Menschenrechtsverletzungen“²⁰⁰ aufzeigte und eine Untersuchung durch die Vereinten Nationen rechtfertigte.

Nachdem über die Jahre bereits Menschenrechtsverletzungen, Korruption, Vetternwirtschaft und Patronagenetzwerke zu Uneinigkeit im Militär geführt hatten, bewirkte die Absetzung Fabian Vers und die Beförderung des gemäßigten Fidel Ramos eine weitere Spaltung. Die reformorientierte Gruppe RAM (Reform the AFP Movement) „... war schon 1982 als Reaktion auf die Korruption und den fehlenden Professionalismus innerhalb des Militärs gegründet worden.“²⁰¹, die beim Regimewechsel 1986 eine wichtige Rolle spielen sollte. RAM setzte sich aus Absolventen der PMA (Philippine Military Academy) „... der Jahrgänge 1971 bis 1985 zusammen, die rund 70 % des gesamten Offizierskorps stellten.“²⁰² Nach Siemers hatten sie um die 1.000 Offiziere als Mitglieder und weitere Tausende Sympathisanten.²⁰³

Am 21. März 1985 protestierten 300 Offiziere erstmals öffentlich gegen das Regime und forderten Reformen in den Streitkräften. Ihre Anführer standen zu diesem Zeitpunkt bereits in engem Kontakt zu Verteidigungsminister Enrile und zur US-Botschaft.

Das Weiße Haus sah in Marcos bis zuletzt den Garanten für die Wahrung der US-Interessen auf den Philippinen, Außen- und Verteidigungsministerium sowie die CIA befürworteten aber einen Machtwechsel zugunsten der US-freundlichen Opposition. Bereits im Juni 1984 war die US-Botschaft in Manila und die National Security Study Directive (NSSD) der USA besorgt über die wachsende Stärke der NPA und den zunehmenden Einfluss der CPP.²⁰⁴ Die Machtübernahme durch die Kommunisten war als zukünftiges Szenario nicht ganz abwegig. Die NPA war mittlerweile auf 16.500 Guerillas angewachsen, die in 59 von 73 Provinzen operierten. Die CPP zählte rund 20.000 Mitglieder und verfügte über politische Organisationen in 33 % der über 40.000 Barangays.²⁰⁵ Von der Aufhebung des

²⁰⁰ Amnesty International, Jahresbericht 1985, 325.

²⁰¹ Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 155.

²⁰² Siemers, Von Marcos zu Aquino, 40.

²⁰³ Ebenda, 41.

²⁰⁴ Genauer bei: Bashiri-Goudarzi, Philippinen – Diktatur und Dependenz, 158-160.

²⁰⁵ Zahlen bei: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 155. Siemers, Von Marcos zu Aquino, 79.: gibt für den Januar 1984 30.000 Parteimitglieder und 20.000 Voll- und Teilzeitkämpfer an, die mit rund 10.000 Gewehren bewaffnet waren.

Ausnahmezustands bis einschließlich 1985 gab es zahlreiche Verluste in der kommunistischen Aufstandsbekämpfung: 6.211 tote NPA-Kämpfer, 4.031 Soldaten der AFP und 3.852 Opfer in der Zivilbevölkerung.²⁰⁶ Sollte dem Marcos nichts entgegensetzen können und die philippinische Politik in diesem Bereich nicht radikal geändert werden, wäre eine Pattstellung zwischen NPA und AFP in ein paar Jahren möglich gewesen. Für die USA waren freie, faire Wahlen die Lösung des Problems. Entweder es kam zu einem Machtwechsel oder Marcos konnte seine Glaubwürdigkeit wiederherstellen.

Am 3. November 1985 kündigte Marcos für die Öffentlichkeit überraschend in einer US-amerikanischen Fernsehshow für den 17. Januar 1986 vorgezogene Präsidentschaftswahlen an, verlegte den Termin dann aber auf den 7. Februar.

²⁰⁶ Zahlen bei: Siemers, Von Marcos zu Aquino, 79.

5.2. Die Einigung der Opposition

Erst unter der Reagan-Administration veränderte sich die Einstellung der legalen Opposition zu den USA. Die uneingeschränkte Unterstützung von Marcos durch Reagan ermöglichte die Zusammenarbeit der oppositionellen Kräfte. Die neue Menschenrechtspolitik der USA hatte für die Philippinen eine zweifache Bedeutung. Einerseits ging es darum, „... die Philippinen ...“ neben der ökonomischen Anliegen „... für den Kampf gegen die Sowjetunion zu instrumentalisieren...“²⁰⁷, andererseits unterstützte man Marcos direkt, da die Gefahr einer kommunistischen Rebellion in Gestalt der CPP und NPA im Inneren des Staates lauerte. Nach dem Besuch von Vizepräsident George Bush in Manila 1981 und durch Marcos' offiziellen Staatsbesuch in den USA 1982, bei beiden diplomatischen Begegnungen wurden die demokratischen Prinzipien von Ferdinand Marcos betont, wurde Aquino geradezu provoziert, mit der NPA und der CPP zu verhandeln. Das führte zu einer einigenden Radikalisierung der philippinischen Opposition und zu einem rasanten Anwachsen der NPA, die nun in der philippinischen Gesellschaft als legitime Widerstandsgruppe betrachtet wurde.

Was die offenere Menschenrechtspolitik eines Carters nicht vermochte, schaffte nun ironischerweise die Reagan-Regierung mit Stärkung des Marcos-Regimes: die Opposition konnte sich auf eine gemeinsame Politik einigen.²⁰⁸

Die Einigungsversuche der Opposition auf eine gemeinsame Linie hatten aber bereits im Rahmen des KOMPIL - Kongresses (Kongress des philippinischen Volkes) im Januar 1984 begonnen. „Im Mai 1984 entstand unter der Leitung von Jesuiten und Geschäftsleuten die Convenor Group, die sich mit einem möglichen Machtwechsel beschäftigte ...“²⁰⁹. Darunter fanden sich Lorenzo Tanada, ehemaliger Senator der Nacionalista Party, Corazon Aquino und Jaime Ongpin als Vertreter der Geschäftselite.

Der Zusammenschluss einzelner Protestparteien zur Neuen Nationalistischen Allianz (BAYAN) im März 1985, die stark von der NDF geprägt und der ehrgeizigste Versuch war, die radikale Linke in einer breiten Koalition zu vereinen, scheiterte an der Führungsfrage.

²⁰⁷ Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 69.

²⁰⁸ Siehe: Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 69.

²⁰⁹ Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 156.

Durch die angekündigte Präsidentschaftswahl war dann eine schnelle Entscheidung der Oppositionsparteien gefragt. Als Kandidat kam zunächst der Präsident der UNIDO (United Nationalist Democratic Opposition), Salvador H. Laurel, in Frage, da er einen funktionierenden Parteiapparat hinter sich hatte, einen hohen Bekanntheitsgrad genoss, bereits lange in der Politik war und aus der heimischen Elite stammte. Sein Vater Jose P. Laurel war von der japanischen Besatzung 1943 zum Präsidenten eingesetzt worden.

Durch die langjährige Zusammenarbeit mit Marcos und seine unentschlossene Haltung in Bezug auf die US-Basen, die zum Symbol der Auseinandersetzungen im Einigungsprozess der Parteien wurden²¹⁰, war Laurel jedoch für die anderen oppositionellen Kräfte nicht akzeptabel. Deshalb einigte sich die Opposition im Herbst 1985 innerhalb von wenigen Tagen unter der Führung der PDP-LABAN (Partido Demokratiko ng Pilipinas – Philippine Democratic Party; Lakas ng Bayan – People's Power), gefolgt von der Convenor Group und dem Salonga-Flügel der alten Liberal Party auf die Nominierung von Corazon C. Aquino, „... an idea promoted especially by Cardinal Sin and his friends, with clear American approval.“²¹¹ Da sie keine eigene politische Vergangenheit vorweisen konnte und darüber hinaus die Witwe des als Volkshelden und Märtyrer verehrten Benigno Aquino war, schien sie für die Bevölkerung die geeignete Person zu sein, gegen das Marcos-Regime in der Wahl anzutreten.

Nachdem eine Million Filipinos bis 1. Dezember eine Unterstützungserklärung für die Kandidatur Aquinos unterschrieben hatten, einen Tag später aber General Fabian Ver rehabilitiert und Rolando Galman als kommunistischer Einzeltäter der Ermordung Aquinos bestätigt wurde, kam es zu landesweiten Protesten und zu einer Beschleunigung der Entscheidung. Noch am 2. Dezember gab Aquino ihre Kandidatur bekannt und nahm Verhandlungen mit Laurel auf, um die wichtigsten Oppositionsparteien²¹² auf einer Einheitsliste zu vereinen. Auf Intervention der katholischen Kirche und Kardinal Jaime Sin entstand die Übereinkunft, dass Corazon Aquino für die UNIDO kandidieren würde und so den Parteiapparat nutzen konnte. Laurel willigte ein, als ihr Vizepräsidentschaftskandidat in die Wahl zu gehen.

²¹⁰ Siehe dazu: Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 68.

²¹¹ Wurfel, Filipino Politics, 296.

²¹² Zur Parteienlandschaft siehe: Bashiri-Goudarzi, Philippinen - Diktatur und Dependenz, 153-158.

Gleichfalls wie Marcos in der Nacionalista Partei und trotz parteiinterner Meinungsverschiedenheiten arbeitete Laurel mit ihm während des Kriegsrechts eng zusammen und wurde 1978 auch in die Interimsnationalversammlung gewählt. Erst 1983, nach der Ermordung seines Freundes Aquino, legte er sein Mandat nieder, wurde zum Präsident der UNIDO und somit zum führenden Oppositionspolitiker.²¹³

Als Folge aus der Zusammenarbeit der oppositionellen Kräfte und der daraus resultierenden wachsenden Mobilisierung der Bevölkerung, als auch durch die ans Licht gekommenen Finanzskandale, welche das Ausmaß der Vetternwirtschaft unter Marcos genauer beleuchteten, mussten ab 1984 auch die USA ihre Marcos-freundliche Haltung überdenken. Denn mit der Destabilisierung des Regimes war auch „... der Zugriff auf die amerikanischen Stützpunkte gefährdet.“²¹⁴

²¹³ Genauer siehe bei: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 158.

²¹⁴ Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 70.

5.3. Massenmobilisierung

Die Ermordung Aquinos löste Massenproteste aus, aus der sich eine soziale Bewegung entwickelte, die ihre Wurzeln in der Mittelschicht hatte und sich nach 1984 immer stärker organisierte. Es kam zu einer rapiden Erosion der Legitimität des Regimes und einem plötzlichen Anwachsen von Demonstrationen. Die Forderung nach der Einhaltung von Menschenrechten einte diese Bewegung: darunter alle politischen Gefangenen freizulassen, die Habeas-Corpus Akte wieder herzustellen und repressive Vorschriften aufzuheben. Spätestens zum Zeitpunkt des Attentats kam die Konsolidierung des Marcos-Regimes ins Wanken. „Aquinos Ermordung war der Auslöser seiner politischen Polarisierung und Radikalisierung zugleich.“²¹⁵ Die Teilnahme am Begräbnis von über zwei Millionen Filipinos „... war nicht nur ein Zeichen des Respekts für B. Aquino, sondern ein demonstratives Zeichen der Verachtung der Marcos-Administration.“²¹⁶

In der Folge kam es zur Gründung verschiedener politischer Organisationen wie der Plattform JAJA – Justice for Aquino, Justice for all – unter den Senatoren Tanada und Diokno, „... die kirchliche Hierarchie bezog Position gegen die unerträgliche Wirtschaftslage des Landes und die repressiven Maßnahmen des Regimes.“²¹⁷, und selbst die Geschäftselite forderte unter anderem die Achtung der Grundrechte, die Unabhängigkeit der Justiz und die Entmilitarisierung des Landes.

Ende 1983 wurde ebenfalls unter Senator Tanada die Nationalist Alliance for Justice, Freedom and Democracy gegründet, die sich stark an der NDF orientierte. 1984 organisierte und koordinierte Aquino's Bruder Butz mit der Coalition of Organizations for the Restoration of Democracy (CORD) die meisten Boykotte und Protestaktionen. Die nächsten zwei Jahre wurde versucht, massiven Widerstand gegen das Regime auszuüben, indem immer wieder Massendemonstrationen organisiert wurden, die unter den Schlagwörtern „Parliament of the streets“ und „People Power“ die oppositionellen Kräfte zumindest für die Protestaktionen einigten, die Massen mobilisierten und politisierten.

²¹⁵ Bashiri-Goudarzi, Philippinen - Diktatur und Dependenz. 1990, 50.

²¹⁶ Ebenda, 50.

²¹⁷ Ebenda, 51.

Unter der Ermordung von Aquino litt vermutlich Marcos am meisten, da in der internationalen Wahrnehmung „... a seachange in the public's image of both his right and his ability to govern ...“²¹⁸ einsetzte. Die illegale Opposition und der bewaffnete Widerstand gegen das Regime konnte vom Fall Aquino jedoch profitieren und im Falle der NPA massive Neuzugänge verzeichnen. „Nach 1983 ist die NPA um 20% jährlich gewachsen.“²¹⁹

Auch im Jahr vor dem Machtwechsel nahmen Menschenrechtsverletzungen durch das Militär und paramilitärische Gruppen nicht ab. Blieb die Zahl der außergerichtlichen Tötungen zwar annähernd gleich mit der des Vorjahrs und war nur ein leichter Anstieg bei Fällen von Verschwundenen zu bemerken, kam es bei den Inhaftierungen jedoch zu einem neuen Höhepunkt. Mit rund 6.000 neuen Häftlingen waren die Gefängnisse um ein Drittel dichter belegt als noch im Vorjahr.²²⁰

Viele Opfer dieser Praktiken standen in Verdacht, die NPA zu unterstützen oder mit ihr zu sympathisieren. Folter wurde, wie auf den Philippinen im gesamten Zeitraum des Marcos-Regimes üblich, unmittelbar nach der Verhaftung während der Incomunicado-Haft eingesetzt. In den Jahren 1983 bis 1984 gab es 1.093 dokumentierte Fälle von Folter, in den ersten drei Monaten von 1985 waren es bereits an die 200.²²¹ Die Mitgliedschaft in der NPA wurde außerdem als Vorwand genutzt, wenn sich Bauern in ländlichen Selbsthilfegruppen organisierten und politischen Protest gegen geplante Landreformen ankündigten.

Personen wurden nach wie vor aus politischen Gründen ohne Einschaltung der Gerichte auf Anordnung des Präsidenten festgenommen und in Haft gehalten, darunter auch politische, gewaltlose Häftlinge. Einige Gefangene wurden aufgrund der PDAs weiterhin in Haft gehalten, nachdem sie freigesprochen worden waren oder ihre Freilassung gerichtlich angeordnet worden war. Andere wurden verhaftet, lange bevor eine PDA erlassen worden war, oder auch wegen Vergehen, die nichts mit den in der PDA angeführten Haftgründen zu tun hatten.

²¹⁸ Wurfel, *Filipino Politics*, 282.

²¹⁹ Bashiri-Goudarzi, *Philippinen - Diktatur und Dependenz*, 153.

²²⁰ Zahlen bei: Bravo (Hg.), Mariani, 250.

²²¹ Youngblood, *Marcos Against The Church*, 153.

Am 20. September wurden 20 Personen, die an einer friedlichen Demonstration in Negros Occidental teilnahmen, erschossen. Angehörige der lokalen Polizei und der Civilian Home Defense Forces (CHDF), einer zivilen, von der Armee organisierten und ausgerüsteten Miliz, hatten mit Tötungsabsicht in die unbewaffnete Menge geschossen. Dieses Phänomen von Massenerschießungen in der Öffentlichkeit war aber während des Ausnahmezustands nicht üblich und trat erst gegen Ende des Marcos-Regimes auf, als die Oberbefehlsgewalt über die AFP Marcos durch seine fortschreitende Erkrankung zugunsten von General Fabian Ver immer mehr aus den Händen glitt.

Im Laufe des Jahres forderte Amnesty International die Untersuchung von 40 weiteren Fällen extralegalen Hinrichtungen. Zu den Opfern gehörten kirchliche Mitarbeiter, Menschenrechtsaktivisten, Gewerkschafter, Studenten, Angehörige nationaler Minderheiten und Bauern.²²²

Die meisten Berichte über politisch motivierte Tötungen, die Amnesty International 1985 erhielt, bezogen sich allerdings nicht auf öffentliche Personen, sondern auf Dorfbewohner in Gebieten, in denen gegen Widerstandsgruppen operiert wurde. Meistens handelte es sich dabei um Vergeltungsmaßnahmen des Militärs nach Verlusten in der Widerstandsbekämpfung.

²²² Siehe: Amnesty International, Jahresbericht 1986, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1986, 326.

6. Phase V: 1986: Der Machtwechsel

6.1. Die Präsidentschaftswahl von 1986

Die vom Präsidenten ernannte neunköpfige Commission on Elections (COMELEC) war berechtigt, nationale und lokale Sicherheitsinstitutionen einschließlich des Militärs einzusetzen, um einen ordnungsmäßigen Wahlablauf zu gewährleisten. Sie konnte Durchführungsbestimmungen für eine glaubwürdige Präsidentschaftswahl erlassen und musste für einen ausgeglichenen Zugang der wahlwerbenden Parteien zu den Medien sorgen. Präsident Marcos lud darüber hinaus das Ausland ein, Wahlbeobachter zu entsenden. Die USA schickten eine vierzigköpfige Delegation von Kongressmitgliedern und Fachleuten, dazu kamen 44 Wahlbeobachter aus 19 verschiedenen Ländern und rund 800 ausländische Journalisten.²²³ Die Wahlkampfzeit wurde von 11. Dezember 1985 bis 5. Februar 1986 festgesetzt.

Die regierungskritische Organisation National Citizens' Movement for Free Elections (NAMFREL), die der Katholischen Kirche nahe stand, wurde von der COMELEC zur Mitarbeit bei der Wahl zugelassen. Ihre Mitarbeiter deckten ungefähr 85 % der Wahllokale ab, in denen sie mit ihrer Präsenz für einen geregelten Ablauf sorgten. Die NAMFREL war auch zuständig für die Operation Quick Count, einer unabhängigen Ergebnisdarstellung, durch die etwaiger Wahlschwindel kontrolliert werden sollte.

Um das Präsidentenamt bewarben sich neben Aquino für die UNIDO und Marcos für seine Regierungspartei KBL (Kilusang Bagong Lipunan – Bewegung der Neuen Gesellschaft) noch der Sozialdemokrat Reuben R. Canoy und der Unabhängige Narciso S. Padilla. Auch das Amt des Vizepräsidenten war wieder zu besetzen, „... das 1972 bei Verhängung des Kriegsrechts fortgefallen, aber durch eine Volksabstimmung am 27. Januar 1984 erneut eingeführt worden war.“²²⁴ Dafür stellten sich Arturo Tolentino (KBL), Salvador Laurel (UNIDO), Eva Estrada Kalaw (LP) und der Unabhängige Roger Arienda der Wahl.

²²³ Zahlen bei: Reiterer, Philippinen. Kontinuität und Wandel, 158.

²²⁴ Siemers, Von Marcos zu Aquino, 7.

Marcos konzentrierte sich im Wahlkampf darauf, Aquinos politische Unerfahrenheit und ihre Sympathie für die Kommunisten hervorstreichen. Obwohl sein Parteiapparat in der Wahl gut funktioniert hätte, war das Hauptproblem der Gesundheitszustand von Marcos. Deswegen konnte er nur bei wenigen Wahlkundgebungen selbst auftreten.

Aquino war die einigende Kraft in der Opposition und konzentrierte sich auf das oberste Ziel, den Sturz des Präsidenten. Sie ging in die Wahl mit dem Anspruch Marcos moralisch überlegen zu sein, Medienrummel mit öffentlichen Gebeten wurden inszeniert, und sie versuchte durch die Beschreibung der Leidensgeschichte ihres Gatten, Mitgefühl zu wecken und Identifikationsmöglichkeiten zu bieten. Erst im neuen Jahr formierten sich die Positionen der Opposition zu einem Programm: Ausarbeitung einer neuen Verfassung, Amnestie für politisch Gefangene, Abschaffung der Wirtschaftsmonopole, Landreform und soziales Arbeitsrecht. Das US-Basen Abkommen wollte man bis 1991 akzeptieren, Kernwaffen im Land aber verbieten.²²⁵

Für Marcos gab es Ende Januar einen weiteren Rückschlag, als The New York Times am 23. die Kriegsheldengeschichte und die unzähligen Ehrungen des Präsidenten während des 2. Weltkriegs als Lügen entlarvte, und die Washingtoner Post am 24. die Kollaboration von Marcos und seinem Vater mit der japanischen Besatzungsmacht nahe legte.²²⁶

Die USA gab sich Mühe nach außen hin neutral zu wirken, aber die Unterschiede zwischen Weißem Haus und Außenministerium wurden immer offenkundiger. Während das Weiße Haus Marcos unbedingt halten wollte, versuchte das Außenministerium Corazon Aquino über informelle Kanäle zumindest pro-amerikanisch zu beeinflussen. Die NAMFREL und Radio Veritas, die wichtigste regimekritische Radiostation im Besitz der Katholischen Kirche, erhielten großzügige Geldflüsse von der US Agency for International Development (USAID).²²⁷ Die USA erwartete sich neben dem Funktionieren der Wahlabläufe, die Legitimation des Wahlergebnisses dieser Organisationen in der Öffentlichkeit, auch wenn es zu massiven Wahlschwindel kommen sollte.

²²⁵ Siehe: Reiterer, Philippinen. Kontinuität und Wandel, 160.

²²⁶ Siehe: Reiterer, Philippinen. Kontinuität und Wandel, 160.

²²⁷ Über welche Kanäle Geld sonst noch floss, siehe genauer bei: Wurfel, Filipino Politics, 298.

Die Katholische Kirche machte ebenfalls ihren Einfluss geltend. Nachdem sich auf ihre Intervention hin die Opposition auf Aquino als Kandidatin für die UNIDO geeinigt hatte, veröffentlichte Kardinal Sin die „Guidelines on Christian Conduct During Elections“²²⁸, in denen er die Wahlen nicht nur als politischen, sondern auch als Glaubensakt bezeichnete.

Benannte Kardinal Sin in früheren Jahren das Verhältnis zwischen Kirche und Marcos-Regime als kritische Zusammenarbeit, nutzte er nun die Kanäle und die Infrastruktur der Kirche in einem Land, in dem sich 85% der Bevölkerung zum katholischen Glauben bekennen, um offen für einen Regimewechsel einzutreten.

Das in eine Ver- und eine Ramos-Fraktion gesplittete Militär verhielt sich während des Wahlkampfes noch unpolitisch. Ramos erklärte im Falle eines oppositionellen Sieges einen friedvollen Machtwechsel zu ermöglichen, im Fall der Wiederwahl von Marcos würde man sich ihm gegenüber aber loyal verhalten. Einige Tage vor dem Wahlgang kam es allerdings zu einem geheimen Treffen zwischen Aquino und Vertretern der RAM, „... die ihr versicherten, dass sie den Willen des Volkes unterstützen würden.“²²⁹

Die moderate und radikale politische Linke konnte sich erwartungsgemäß auf keine gemeinsame Linie einigen. Die sozialdemokratische BANDILA, einzelne marxistische Gruppierungen, die führenden Persönlichkeiten der Nationalisten wie Jose W. Diokno und Lorenzo Tanada sowie der Salonga-Flügel der Liberalen unterstützten Corazon Aquino. Die radikalen politischen Bündnisse wie die CPP, die NDF und BAYAN riefen zum Boykott der Wahlen auf.

Für die Wahl am 7. Februar ließen sich schließlich 26.181.829 Personen registrieren, für die landesweit 86.043 Wahllokale eingerichtet wurden.²³⁰

Von 6. Dezember 1985 bis zum Wahltag wurden 51 Personen getötet, nach der Wahl wurden am 9. Februar offiziell 95 Tote verzeichnet, davon kamen 36 am Wahltag oder danach um.²³¹

Die Opfer betrafen beide Seiten und schlossen Angehörige von Polizei, Militär, NPA und freiwillige Wahlhelfer ein.

²²⁸ Jaime Kardinal Sin and Auxilliary Bishops of Manila, Guidelines on Christian Conduct During Elections, in: UST Social Research Center, The Philippine Revolution and the Involvement of the Church, Manila, 1986, S 40-44. Zitiert nach: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 161.

²²⁹ Reiterer, Philippinen. Kontinuität und Wandel, 162.

²³⁰ Zahlen bei: Siemers, Von Marcos zu Aquino, 8.

²³¹ Zahlen bei: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 162.

Trotz der Sicherheitsvorkehrungen kam es zu Wahlmanipulationen, die von den ausländischen Wahlbeobachtern zum größten Teil, von manchen zur Gänze, dem Regierungslager zugerechnet wurden. Die kurze Anwesenheit und die zahlenmäßige unzureichende Kapazität ließen aber eine zeitlich und räumlich vollständige Erfassung der Wahlvorgänge gar nicht zu. Erschwerend kam hinzu, dass Journalisten, ausländische Wahlbeobachter und Soldaten von einer gesetzlich vorgesehenen Bannmeile von 50 Metern betroffen waren, die ihre Tätigkeit erschwerte. Die 44-köpfige internationale Beobachterdelegation kontrollierte nach eigenen Angaben nur 1.500 Wahllokale!²³² Dass Wahlmanipulation nur von Regierungsseite begangen wurde, wäre eine recht spekulative Behauptung. Immerhin ging es der Opposition auch um die ersehnte Wiedererlangung der einstigen politischen Macht. Aber dass dem Präsidenten dafür ein effizienterer Apparat zur Verfügung stand, war offensichtlich:

Mitarbeiter von NAMFREL wurden von Wahllokalen vertrieben, und Millionen von vermeintlichen Aquino-Wählern wurden von den Wahllisten gestrichen oder am Wahltag mit Gewalt bedroht.²³³

Andere systematisch aufgetretene Methoden der Wahlmanipulation waren der unkontrollierte und der kontrollierte Stimmenkauf. Bei ersterem wurden bereits im Vorfeld Geschenke an die Wähler verteilt, ohne überprüfen zu können, welchen Kandidaten die Wähler tatsächlich wählten. Beim kontrollierten Stimmenkauf erhielt der Wähler vor dem Betreten des Wahllokals einen bereits ausgefüllten Stimmzettel, warf diesen in die Urne und nahm den leergebliebenen Zettel, der ihm Wahllokal ausgehändigt wurde, mit nach draußen, um ihn gegen Geld abzugeben.

Sogenannte „Flying Voters“ konnten mehrmals ihre Stimmen abgeben, da sie in mehreren Wahllisten registriert worden waren. Dieses Verfahren schien bei der Wahl sehr verbreitet gewesen zu sein, so soll angeblich in Manilas Geschäftsviertel Makati „... die Zahl der registrierten Wähler um 89.413 höher gewesen sein als die Zahl der vom Alter her in Frage kommenden Einwohner.“²³⁴

Behinderungen bei der Stimmabgabe traten sehr häufig auf. Zum Beispiel waren die Namen registrierter Wähler auf den Wahllisten nicht zu finden. Wahllokale wurden verspätet geöffnet und vorzeitig geschlossen. Die Stimmabgabe wurde durch Formalitäten verzögert.

²³² Siehe genauer bei: Reiterer, Philippinen. Kontinuität und Wandel, 163.

²³³ Angabe bei: Wurfel, Filipino Politics, 299.

²³⁴ Siemers, Von Marcos zu Aquino, 9.

Ankommenden Wählern wurde erklärt, dass sie bereits gewählt hatten und ihre Stimme nicht ein weiteres Mal abgeben durften.

Die Verfälschung gemeldeter Teilergebnisse trat in zwei Bereichen auf. Einerseits bei der COMELEC, andererseits bei den Teilergebnislisten, die dem Parlamentssprecher zugegangen waren.

Im Juni 1986 präsentierte die US-Beobachterdelegation den Endbericht ihrer wahrgenommenen Unregelmäßigkeiten bei der Wahl, deren Vorwürfe sich mit dem Bericht von NAMFREL, die Aquino nahe stand, deckten. Demnach wären 3,3 Millionen Filipinos an der Wahl gehindert worden²³⁵, was auf jedem Fall einen klaren Sieg Aquinos zur Folge gehabt hätte.

Obwohl es bald zu erheblichen Unterschieden in der Stimmauszählung zwischen NAMFREL und COMELEC kam, beanspruchte Aquino bereits am 8. Februar in einer Rede, von Radio Veritas live gesendet, den Sieg für sich. Die Oppositionsführer begannen sich nun strategisch vorzubereiten, da Marcos ihnen das Präsidentenamt nicht kampflos überlassen würde. Dieser proklamierte sich ebenfalls zum Wahlsieger. Am 9. Februar verließen 28 Computertechnikerinnen und zwei Techniker aus Protest gegen die Manipulation bei der Auszählung der Wahlergebnisse das Schnellzählungszentrum, für das die NAMFREL zuständig war. „... Marcos was severely embarrassed ...”²³⁶, als sich ihnen am 11. Februar elf weitere Computerfachleute der COMELEC anschlossen.

Am 15. Februar präsentierte der Sprecher der Batasang Pambansa, Nicanor Yniguez, trotz fehlender Teilergebnisse das offizielle Wahlgesamtergebnis: Von 26.181.829 registrierten Wählern hätten 76,77 % von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Marcos verzeichnete für das Präsidentenamt 10.807.197 Stimmen, Aquino dagegen 9.201.716. Die restlichen Stimmen fielen auf Padilla und Canoy. Demnach wurde Marcos mit einem Stimmenanteil von 53,77 % vom Parlamentssprecher Yniguez am 15. Februar zum wiedergewählten Präsidenten erklärt.²³⁷

²³⁵ Siehe: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 163.

²³⁶ Wurfel, Filipino Politics, 300.

²³⁷ Zahlen bei: Siemers, Von Marcos zu Aquino, 11. Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 164.

Im Endergebnis waren nach Angaben des Parlamentssprechers die Ergebnisse von 885 Wahllokalen, die das Gesamtergebnis aber nicht entscheidend verändert hätten, unberücksichtigt geblieben. Außerdem gab es eine Reihe von Beanstandungen bezüglich der übermittelten Ergebnislisten, von denen 59 nicht vorschriftsmäßig mit einem Papiersiegel verschlossen, 18 unverschlossen und 17 nicht vollständig von den lokalen Repräsentanten unterschrieben waren. In 26 Listen fehlte die Zahl der Wahlbezirke, 6 hatten statistisch unwahrscheinliche Daten geliefert.²³⁸

Nach dem Wahlergebnis, das die NAMFREL auf einer Pressekonferenz am 23. August 1986 präsentierte, entfielen auf Marcos 7.376.599 und auf Aquino 7.909.320 Stimmen.²³⁹ Demnach sei Aquino eigentlich mit einem Vorsprung von 532.721 Stimmen zur Präsidentin gewählt worden. „Damit wären bei über 26 Millionen registrierten Wählern für Marcos und Aquino zusammen 15.285.919 Stimmen abgegeben worden...“²⁴⁰ Demnach hätten 20 % weniger als nach den offiziellen Angaben der Batasang Pambansa und den ersten Behauptungen der NAMFREL von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Eine derart niedrige Wahlbeteiligung war auf den Philippinen aber bislang unüblich. Das NAMFREL-Ergebnis bietet damit ebenfalls keinen ernstzunehmenden Hinweis auf den Wahlausgang. Nach Reiterer und Siemers wurde der Wahlsieger der Präsidentschaftswahlen vom Februar 1986 demnach faktisch nie ermittelt.²⁴¹

²³⁸ Zahlen bei: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 164.

²³⁹ Zahlen bei: Siemers, Von Marcos zu Aquino, 12.

²⁴⁰ Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 165.

²⁴¹ Ebenda, 165. Siemers, Von Marcos zu Aquino, 15.

6.2. Der Machtwechsel

Am 8. Februar deklarierten sich Corazon Aquino als auch Ferdinand Marcos zu den Wahlsiegern. Spätestens ab diesem Zeitpunkt überschlugen sich die Ereignisse und der Machtwechsel lässt sich anhand des Taktierens der verschiedenen Akteure und Protagonisten anschaulich nachvollziehen.

Marcos setzte zunächst auf Kompromissbereitschaft und war zur Zusammenarbeit mit der Opposition bereit. „Am 11. Februar - mehrere Tage vor dem Vorliegen des offiziellen Wahlergebnisses - kündigte er auf einer Pressekonferenz ... an, er werde als höchstes beratendes Gremium im Land einen Staatsrat bilden und die Opposition zu einer aktiven Beteiligung daran einladen.“²⁴² Letztere schlug dieses Angebot aber aus.

Aquino traf am 13. Februar mit den gemäßigten Oppositionsgruppen, der Kirche und dem reformwilligen Militär zusammen, um das weitere Vorgehen und mögliche Protestkundgebungen zu koordinieren. Gemeinsam wollte man „... eine Eskalation der Gewalt, die Vereinnahmung der Protestbewegung durch die radikale Linke und ein militärisches Durchschlagen der Marcosregierung vermeiden.“²⁴³ In den folgenden Tagen sollte eine Kampagne des zivilen Ungehorsams veranlasst werden, die am 16. Februar im Rizal-Park beginnen sollte, bei der zwischen 500- und 700-Tausend Menschen teilnahmen.²⁴⁴ Ein Generalstreik und ein großangelegter Boykott aller Regierungs- und regierungsnahen Unternehmen und Banken sollte den Geldfluss zur Regierung einschränken und die Wirtschaftseliten zum Umdenken ihrer Loyalität zwingen. „Some leading businessmen committed themselves to tax refusal.“²⁴⁵ Diese Sanktionen sollten von gewaltlosen Massenkundgebungen unterstrichen werden. Internationale Organisationen und Finanzinstitutionen sollten dadurch gezwungen werden, Marcos ihre Unterstützung zu entziehen, und gleichzeitig wollte man Beamte der Marcos-Administration und von ausländische Vertretungen für sich gewinnen.

²⁴² Siemers, Von Marcos zu Aquino, 16.

²⁴³ Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 167.

²⁴⁴ Zahlen bei: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 168.

²⁴⁵ Wurfel, Filipino Politics, 301.

Am 13. Februar entschloss sich auch die Katholische Bischofskonferenz zu einer kompromisslosen Haltung gegenüber dem Marcosregime. Einen Tag später gab sie eine Erklärung heraus, die am darauffolgenden Sonntag in allen katholischen Gottesdiensten verlesen wurde. Darin verurteilte sie den Wahlschwindel und verwies darauf, dass der Marcosregierung die moralische Grundlage fehle.²⁴⁶ Die Bischöfe wiesen darauf hin, dass es die Pflicht der gläubigen Bürger war, an den Aktionen des zivilen Ungehorsams teilzunehmen und so Marcos zum Rücktritt zu zwingen.

Selbst US-Präsident Reagan räumte am 15. Februar, an dem vom Parlamentssprecher das offizielle Wahlergebnis proklamiert wurde, nach internationalem Protest ein, dass Wahlschwindel und Gewalt zur Lasten der Regierung ging. Das US-Repräsentantenhaus forderte darauf die Einstellung der US-Hilfe an die Philippinen, die solange andauern sollte, bis ein durch eine faire Wahl legitimer Präsident eingesetzt wird.

Von diesen kritischen Positionen der Katholischen Bischofskonferenz und des US-Präsidenten gedrängt, gab Marcos am 16. Februar „... den Rücktritt von General Fabian C. Ver von allen militärischen Ämtern bekannt...“²⁴⁷, er betraute aber niemand mit einer Amtsübernahme und der Rücktritt wurde faktisch nicht vollzogen. Am Abend des 18. Februar kam Marcos mit der Regierungspartei noch überein, die Politik der maximalen Toleranz beizubehalten, wogegen aber General Ver das Militär bereits am 11. Februar in höchste Alarmbereitschaft versetzt hatte und diese am 19. Februar auch auf das Presidential Security Command ausweitete.

Die RAM propagierte zwar nach außen hin, die AFP reformieren zu wollen, plante aber zusätzlich einen Putsch, der für Dezember 1985 angesetzt gewesen wäre. Nach dem Putsch sollte eine siebenköpfige militärisch-zivile Junta ein Council for National Reconciliation bilden, die über die künftige Regierungsform entschieden hätte. De facto sollte aber Ramos die militärischen Operationen koordinieren und Enrile und sein Klientel die Militärjunta führen, wobei das Council aus prominenten Vertretern wie Aquino, Kardinal Sin und anderen bestanden hätte und nur Fassade und Legitimation gewesen wäre. Durch die vorverlegten Wahlen musste er auf April oder Mai des Folgejahres verschoben werden. Wegen der

²⁴⁶ Siehe: Wurfel, *Filipino Politics*, 300.

²⁴⁷ Reiterer, *Die Philippinen. Kontinuität und Wandel*, 168.

Unzufriedenheit und der Spannungen nach den Wahlgängen im Februar, entschied man jedoch, nicht so lange zu warten.²⁴⁸

Wäre Marcos als Präsident wiedereingesetzt worden, hätte er vermutlich wieder das Kriegsrecht ausgerufen und ihre Organisation zerschlagen. Ihr Plan sah vor, dass ein Kommando der RAM „... in der Nacht zum 23. Februar in den Malacanangpalast eindringen und Ferdinand und Imelda Marcos als Geiseln nehmen würde, während General Ver getötet werden sollte ...“²⁴⁹, um einen Angriff der loyalen Truppen vorzubeugen. Das Vorhaben war zwar minutiös geplant, es scheiterte jedoch an der Geheimhaltung. General Ver wusste bereits eine Woche vor dem geplanten Termin Bescheid, und versetzte deswegen am 19. Februar die Palastwache des Präsidenten in Alarmstufe Rot. Die Verschwörer bemerkten aber erst am Morgen des 22. Februars, dass ihre Deckung aufgefliegen war. Oberst Gregorio Honasan, der Kopf der RAM und Sicherheitschef vom Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile²⁵⁰, vereinbarte mit diesem, sofort zu handeln und sie kamen überein, „... sich im Camp Aguinaldo zu verschanzen, die Sicherheitskräfte des Verteidigungsministeriums, die RAM und 300 Zivilisten in Kampfbereitschaft zu versetzen und ein möglichst großes Maß an öffentlicher Unterstützung zu gewinnen...“²⁵¹ War Enrile also bereits von Anfang an über die Absichten der RAM unterrichtet und in den Putsch involviert, wurde Generalleutnant Fidel Ramos dagegen erst am 20. Februar eingeweiht.

Am Nachmittag des 22. Februars informierte Enrile Fidel Ramos über die vorgezogenen Pläne, ließ das Verteidigungsministerium verbarrikadieren und schloss telefonisch mit General Ver, der die Rebellion erst am nächsten Tag erwartet hatte, ein vorübergehendes militärisches Stillhalteabkommen.

Um 18.30 Uhr fand im Camp Aguinaldo, das direkt hinter dem Verteidigungsministerium lag, eine Pressekonferenz mit Enrile und Ramos statt, in der sie erklärten, dass sie Marcos wegen der massiven Wahlmanipulationen und der Günstlingswirtschaft innerhalb des Militärs ihre Unterstützung verweigert hätten. Sie riefen Polizei und Streitkräfte auf, Befehle, die einer Gefährdung der Zivilbevölkerung gleichkamen, nicht auszuführen. Eine Unterstützung Aquinos wurde auf der Konferenz jedoch noch nicht ausgesprochen.²⁵² Obwohl die

²⁴⁸ Zur militärischen Junta siehe genauer: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 170-171.

²⁴⁹ Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 171.

²⁵⁰ Siehe genauer bei: Siemers, Von Marcos zu Aquino, 31-32.

²⁵¹ Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 171.

²⁵² Wurfel, Filipino Politics, 302: Nach Wurfel änderte Enrile bereits zu diesem Zeitpunkt seinen Plan und erwähnte durchaus Aquino in seiner Begründung: „we can no longer support Marcos as our Commander-In-

Errichtung eines menschlichen Schutzwalls zur Verteidigungsstrategie der Putschisten gehörte, unterließ man einen Aufruf, um nicht den Eindruck eines geplanten Staatsstreiches zu wecken. Nach der Pressekonferenz baute Ramos das gegenüberliegende Camp Crame zu einer zweiten Verteidigungsanlage aus.

Nach der Kontaktaufnahme Enriles mit Kardinal Sin befahl dieser einzelnen Frauenklöstern, die Aktion mit Beten und Fasten zu unterstützen und rief über Radio Veritas die Bevölkerung auf, um die beiden Verteidigungsposten herum Menschenbarrikaden für die Rebellen zu bilden. Bereits in den frühen Morgenstunden am 23. Februar befanden sich 20.000 Menschen auf der EDSA (Epifanio de los Santos Avenue), der vielbefahrenen Stadtautobahn, die zwischen Camp Crame und Camp Aguinaldo verläuft. Die von den Rebellen geplante Massenmobilisierung übernahmen somit Kirche und Medien, was den Eindruck vermittelte, dass sie spontan einsetzte.

Marcos reagierte auf diese Ereignisse, indem er ebenfalls eine Pressekonferenz ansetzte und der Bevölkerung mitteilte, einen Putsch aufgedeckt zu haben, der darauf abzielte, das Präsidentenehepaar zu töten. Enrile und Ramos wären in den Anschlag verwickelt gewesen, die Gefahr konnte aber durch die Inhaftierung einiger aufständischen Armeeangehörigen abgewendet und die Lage wieder unter Kontrolle gebracht werden. Die Filipinos vermuteten in dem Fernsehauftritt von Marcos allerdings bloß einen weiteren Versuch, die Bevölkerung in die Irre zu führen.

Am Abend des 23. Februars gelang es loyalen Truppen, den Hauptsender von Radio Veritas zu zerstören. Man konnte zwar auf einen lokalen Sender ausweichen, der aber nur noch den Großraum von Manila erreichte. „Die Propagandakampagne über die Medien zählte jedoch zu den wichtigsten Strategien der Abtrünnigen.“²⁵³ Sie setzten bewusst Fehlinformationen über die Gruppenstärke der Rebellen ein, um den Zulauf zu beschleunigen und die loyalen Truppen zu demoralisieren.

Chief because ... Mrs. Aquino was duly elected President of the Philippines.“ Er bezieht sich dabei auf: Alfred McCoy, Marian Wilkinson, Gwen Robinson, *The Shadow War*, Manila: Veritas, 1986, 4.

²⁵³ Reiterer, *Die Philippinen. Kontinuität und Wandel*, 173.

Corazon Aquino, die während der Ereignisse weit entfernt auf Cebu an einer Massenkundgebung teilnahm, gab bei einer Pressekonferenz am selben Tag an, der Militärputsch sei inszeniert worden, um ihr, als legitime Wahlsiegerin, ins Präsidentenamt zu verhelfen. Dann kehrte sie nach Manila zurück, um sich mit Kardinal Sin zu beraten.²⁵⁴

Am Nachmittag des 23. Februars wechselte Enrile mit 300 Soldaten zu Camp Crame, da es leichter zu verteidigen war. Von dort forderte er Marcos auf, die vorrückende Panzerkolonne und die Kompanien der Marineinfanterie aufzuhalten. Marcos reagierte allerdings nur mit einem Schießverbot. Vor dem Camp stellten sich die Menschenmassen, die inzwischen auf ungefähr 200.000 angewachsen waren, betend und mit Blumen behangen den Truppen entgegen, „... die schließlich anhielten und bei Einbruch der Dunkelheit in die Kasernen zurückkehrten.“²⁵⁵

Am 24. Februar um 4 Uhr früh gelang es der Marine Camp Aguinaldo zu stürmen. Als der Marine-Oberst Antonio Sotelo zu den Rebellen überlief kam es zur Wende. Zuvor wurden nach seiner Anweisung die Kampfbomber „... mit leeren Tanks in Clark Air Base stationiert und somit einsatzunfähig gemacht ...“²⁵⁶.

Fünf Stunden später, um 9 Uhr früh, wurde der Befehl zum Angriff an die Marine ausgegeben, der von Marine-Oberst Braulio Balbas jedoch nicht weitergeleitet wurde.

Zur gleichen Zeit gab es eine Fernsehübertragung aus dem Malacanang-Palast, in der Marcos die Bevölkerung aufforderte, sich aus der Schusslinie zurückzuziehen. Als General Ver vor laufender Kamera ihn dazu drängte, den Angriffsbefehl für die Marine zu geben, brach plötzlich die Fernsehübertragung ab. Der Sender („Kanal 4“) war von rebellierenden Soldaten besetzt worden.

Diese Übernahme markierte gemeinsam mit dem Desertieren von Teilen der Luftwaffe eine militärische Wende, wie es David Wurfel beschreibt. „When eight helicopters circled over

²⁵⁴ Nach Wurfel, *Filipino Politics*, 302. war Aquino auf dem Weg nach Davao City, Mindanao, wo ihre Unterstützer eine Exilregierung planten und bezieht sich dabei auf: McCoy, Wilkinson, Robinson, *The Shadow War*, 4. Siemers, *Von Marcos zu Aquino*, 42.: spricht dagegen davon, dass Aquino „... aus Furcht vor einer Verhaftung in einem Kloster bei Cebu City untergetaucht war...“.

²⁵⁵ Reiterer, *Die Philippinen. Kontinuität und Wandel*, 174.

²⁵⁶ Ebenda, 174.

Camp Crame on Monday morning, fears of bombardment were still high, but they landed and joined the rebels. This was probably the military turning point;²⁵⁷.

Unmittelbar danach schoss die Luftwaffe, von der Soldaten zu den Rebellen übergelaufen waren, Raketen auf den Palast, wobei nur Sachschaden auftrat, „... der psychologische Effekt war allerdings enorm.“²⁵⁸

Zu Mittags zog die Marine wieder ab, Oberst Balbas wurde wegen Befehlsverweigerung seines Amtes enthoben, und durch die Sabotage an den auf Clark Air Base stationierten Kampfbombern scheiterte ein Luftangriff, der von General Ver auf Camp Crame geplant gewesen wäre.

Die Polizei von Manilas Geschäftsbezirk Makati schloss sich schließlich der Revolte an und blockierte die Guadalupebrücke als strategischen Verkehrsknotenpunkt mit Kraftfahrzeugen. Somit war den loyalen Truppen der Weg zum Camp Crame abgeschnitten.

Enrile verlautbarte schließlich, dass Aquino als Präsidentin eine provisorische Regierung bilden und den darauffolgenden Tag vereidigt werden würde. „Sie selbst erschien an diesem Nachmittag erstmals vor dem Camp.“²⁵⁹

Am Abend des 24. Februars wurde Marcos vom Weißen Haus noch einmal zum Gewaltverzicht aufgerufen, und in Kenntnis gesetzt, dass das US-Außenministerium seinen Rücktritt erwarte, ihm und seiner Familie aber von Präsident Reagan politisches Asyl angeboten werde.

Marcos, bereits in aussichtsloser Defensive, wiederholte am Morgen des 25. Februars seinen Koalitionsvorschlag und bot Enrile an, die Wahlen vom 7. Februar für ungültig zu erklären, eine provisorische Regierung zu bilden, die er, Enrile, nach seinem Belieben führen könne, während er, Marcos, bis 1987 formal Präsident bleiben würde.²⁶⁰

²⁵⁷ Wurfel, Filipino Politics, 303.

²⁵⁸ Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 175.

²⁵⁹ Ebenda, 175.

²⁶⁰ Siehe: Siemers, Von Marcos zu Aquino, 30.

Um 10 Uhr des selben Tages kam es zur Angelobung der provisorischen Regierung: Corazon Aquino legte als erste Präsidentin der Philippinen ihren Eid ab und ernannte vorerst Vizepräsident Salvador Laurel zum designierten Premierminister, Juan Ponce Enrile zum Verteidigungsminister und Fidel Ramos zum Stabschef der Streitkräfte.

Ferdinand Marcos ließ sich zu Mittag vom Präsidenten des Obersten Gerichtshofes zum Präsidenten vereidigen und trat wiederum mit Enrile in Kontakt, um ihn zu bitten, den Beschuss des Palastes einzustellen und den US-Botschafter zu veranlassen, ihn und seine Familie zu evakuieren.²⁶¹

Um 19.30 Uhr landeten am palasteigenen Golfplatz zwei US-Hubschrauber, mit denen Marcos samt Familie und Angehörigen zum US-Stützpunkt Clark Air Base geflogen wurde. Gleichzeitig sprach der Außenminister in Washington D.C. die Anerkennung der Aquino-Regierung aus, „... und würdigte den Rücktritt und die langjährige Freundschaft mit Ferdinand Marcos.“²⁶²

Am 26. Februar um 5 Uhr morgens verließ dieser mit seiner Familie und den engsten Verbündeten die Philippinen und wurde mit einer amerikanischen Maschine nach Guam, einer westpazifischen US-Insel, geflogen. Nach einem eintägigen Zwischenstopp kamen sie nach Hawaii, wo ihnen die US-Regierung Exil gewährte.²⁶³

Beim Machtwechsel im Februar 1986 ließen sich zusammenfassend zahlreiche Faktoren erkennen, die stark ineinander verwoben waren und aufeinander einwirkten, sodass ihr Zusammenspiel zu dem bekannten Ergebnis führte. Auf den Philippinen wird die viertägige Revolte noch immer gerne im Licht der Religion und mit der Annahme einer vom Volk ausgehenden unblutigen Revolution gesehen.

People Power, Revolution der Rosenkränze, das Wunder der EDSA und andere Attribute werden den Tagen im Februar nach wie vor gerne verliehen. Dabei wird oft außer Acht gelassen, wie wichtig das Taktieren der verschiedenen Akteure gewesen war, die am Ende das Volk doch nur instrumentalisierten. „Whoever said the revolution is not a picnic did not have

²⁶¹ Siehe: Wurfel, Filipino Politics, 303.

²⁶² Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 176.

²⁶³ Siehe: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 176-177.

the Philippines in mind.²⁶⁴, konstatierte Fr. Thomas Marti noch sehr überschwänglich und beschrieb die Stimmung am Ende der Revolution als großes Volksfest.

Der geplante Putsch der RAM-Offiziere, der zu früh bekannt geworden war, zwang die Rebellen zum Handeln. Ihre Absicht die Menschenmassen als Schutzgürtel vor den Marcostruppen zu verwenden, wurde von Kardinal Sin und dem katholischen Sender Radio Veritas umgesetzt und organisiert. Das Eingreifen der USA, indem Marcos von übermäßigen Gebrauch von Gewalt gewarnt und ihm schließlich die Rückendeckung entzogen worden war, als auch die Tatsache, dass die USA den Kontakt suchte und die legale Opposition um Aquino US-freundlich stimmen konnte, war ein wesentlicher Grund für den Verlauf und Ausgang der Revolte. Kardinal Jaime Sin war es vermutlich auch zu verdanken, dass der Regierungsanspruch Aquinos und die Verweigerung der Gefolgschaft durch die RAM und zahlreicher militärischer Einheiten nach der gescheiterten Rebellion miteinander verbunden werden konnten. Beides hatte ja hinter den Kulissen nicht so viel miteinander zu tun, als man sich vor dem Vorhang den Anschein geben wollte. Schlussendlich waren auch die Boykottaufrufe der Massenbasis der letzte Anstoß für die Geschäftselite, sich von Marcos zu distanzieren.

Für die Opposition ergab sich durch die Massenbewegung „... die Möglichkeit, die Ereignisse für die Durchsetzung der eigenen Ziele, die Amtseinsetzung Aquinos, zu nutzen.“²⁶⁵

Die internationale Medienberichtserstattung und das internationale Menschenrechtsnetzwerk hatten maßgebliche Wirkung, wie die Tage in der Weltöffentlichkeit wahrgenommen wurden. In zahlreichen Veranstaltungen von Solidaritätsbekundungen wurde ein Sieg der Menschenrechte über ein ungerechtes Regime bekundet.

„Some would deny that it was any kind of revolution, with so little change brought about in the composition of the economic, military, and bureaucratic elites...“²⁶⁶, schreibt Wurfel und kommt aber zu dem Schluß „... the revolution would not have happened without a deep and widespread Filipino commitment to democracy.“²⁶⁷

²⁶⁴ Fr. Tullio Favali Foundation, A new Cry of the Church, Quezon City: Claretian Publications, 1986, 13.

²⁶⁵ Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 178.

²⁶⁶ Wurfel, Filipino Politics, 1991, 303.

²⁶⁷ Ebenda, 304.

6.3. Die Menschenrechte unter Aquino

Bei der Machtübernahme erklärte die neue Regierung ihre Verpflichtung für den Schutz der Menschenrechte. Bereits am 27. Februar kündigte Aquino die Freilassung aller politischen Gefangenen an und entließ tatsächlich über 500 politische Häftlinge aus den Gefängnissen, sie erneuerte das Recht auf Haftprüfung und setzte am 18. März einen Menschenrechtsausschuss (Presidential Committee on Human Rights – PCHR) ein. Deren Aufgabe war es, „... Beschwerden über frühere und derzeitige Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen und Rechtsgarantien zum Schutz gegen zukünftige Verletzungen vorzuschlagen.“²⁶⁸ Im Juli und Oktober ratifizierte die Regierung zwei wichtige Menschenrechtsinstrumente: die Konvention der Vereinten Nationen gegen Folter und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte. Darüber hinaus wurde in den neuen Verfassungsentwurf ein geänderter Grundrechtskatalog aufgenommen, der das Verbot von Folter und die Abschaffung der Todesstrafe enthielt. Im November hob Präsidentin Aquino die Präsidialdekrete 1877 und 1877-A auf. Diese hatten unter Marcos die Inhaftierung von Personen, die unter dem Verdacht der Gefährdung der nationalen Sicherheit standen, ohne Einschaltung von Gerichten ermöglicht.

1986 gab es zwar noch einige bekannt gewordene Fälle von Menschenrechtsverletzungen, diese waren aber „... weitaus geringer als in den Vorjahren.“²⁶⁹

Im Februar 1987 trat per Referendum die neue Verfassung in Kraft. Der darin enthaltene und erweiterte Grundrechtskatalog schützte persönliche Integritätsrechte und verbot ausdrücklich Folter und jede Art von geheimer oder Incomunicado-Haft.²⁷⁰ Bestimmungen zur Auflösung privater Armeen und paramilitärischer Einheiten wie die Civilian Home Defense Forces (CHDF) fanden sich ebenfalls in der neuen Verfassung. Die Todesstrafe wurde offiziell abgeschafft und mehr als 500 Todesstrafen umgewandelt.

Am 11. Juni trat das bereits 1986 ratifizierte zweite Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen über den Schutz von Opfern nichtinternationaler bewaffneter Konflikte in Kraft. Nach Risse hatten die Philippinen innerhalb von drei Jahren „... nahezu alle wichtigen Menschenrechtsinstrumente unterzeichnet und ratifiziert.“²⁷¹

²⁶⁸ Amnesty International, Jahresbericht 1987, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1987, 360.

²⁶⁹ Amnesty International, Jahresbericht 1987, 361.

²⁷⁰ Siehe: Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 78.

²⁷¹ Ebenda, 78.

Ab 1987 kam es aber wieder zu zunehmender politischer Gewalt durch Sicherheitskräfte und oppositionelle Gruppen. Es gab drei Versuche des Militärs, die Regierung zu stürzen, wobei der letzte am 28. August 50 Menschenleben forderte. In Manila fielen 100 Angehörige der Polizei und des Militärs Attentaten durch die NPA zum Opfer.

Nachdem im Januar Gespräche zwischen Regierung und der NDF über die Beendigung der Kampfhandlungen scheiterten, kam es in „... bürgerkriegsähnlichen Zuständen ...“²⁷² wieder zu einem Anstieg von extralegalen Hinrichtungen und von Vergeltungsmaßnahmen in der Aufstandsbekämpfung.

Im April gab es zahlreiche Berichte von Tötungen durch zivile Vigilantengruppen. „Bis Ende 1987 hatten sich mit Unterstützung ziviler und militärischer Behörden mehr als 200 solcher offiziell als ... Civilian Volunteer Self-Defense Organizations bezeichnete Gruppen gebildet.“²⁷³ Ihre Aufgabe war, örtliche Militärbehörden mit Informationen zu versorgen und in den Dörfern Sicherheitspatrouillen anzuführen. Viele inoffizielle paramilitärische Gruppen schlossen sich den Vigilanten an.

100 Fälle von extralegalen Hinrichtungen, bei denen Aktivisten aus dem politisch linken Spektrum zu Opfern wurden, bildeten nach dem ruhigeren Jahr 1986 einen neuen Höhepunkt.

Bewaffnete Konflikte zwischen Regierungstruppen und der NPA dauerten das ganze Jahr 1988 über an. Neben den regulären Sicherheitskräften wurden auch die Vigilantengruppen in die Einsätze eingebunden. Im Juli kündigte Aquino die Auflösung dieser Gruppen an – als Reaktion auf die Kritik der von ihnen begangenen Menschenrechtsverletzungen. An deren Stelle traten allerdings die Citizens Armed Force Geographical Units (CAFGUs), regionale bewaffnete Bürgerwehren, die durch zivile unbewaffnete Selbstverteidigungsgruppen unterstützt wurden.

1989 kam es zu einem neuen Höhepunkt von Menschenrechtsverletzungen, als mehr als 200 Regierungskritiker Opfer extralegalen Hinrichtungen durch Regierungstruppen wurden.

Teil der Strategie in der Aufstandsbekämpfung war der Einsatz von offiziellen paramilitärischen Truppen (die CAFGUs), als auch von ohne Rechtsstatus operierenden bewaffneten Vigilantengruppen. Die Vigilanten und die CHDF hätten eigentlich durch die CAFGUs ersetzt werden sollen, als sie aufgrund von Menschenrechtsverletzungen 1988 offiziell aufgelöst wurden. Sie operierten jedoch in zahlreichen Gebieten mit Zustimmung der

²⁷² Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 79.

²⁷³ Amnesty International, Jahresbericht 1988, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1988, 359f.

örtlichen Behörden und Militärkommandanten weiter oder schlossen sich den CAFGU-Einheiten an.

Die Regierung setzte allerdings Maßnahmen zum weiteren Schutz der Menschenrechte. Eine Sonderarbeitsgruppe zur Untersuchung von Verschwundenen-Fällen wurde eingerichtet als auch ein Menschenrechtskomitee, das die Präsidentin in Menschenrechtsfragen beraten sollte. Im August 1989 ratifizierte die Regierung das Fakultativprotokoll zum internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte.

Die Philippines Commission on Human Rights (PCHR), die von der Aquino-Regierung eingerichtet worden war, stellte sich als zu uneffizient heraus, um sich zu einem wirksamen Instrument zum Schutz der Menschenrechte zu entwickeln. „Von den 2694 Fällen von Menschenrechtsverletzungen, die die PCHR zwischen 1986 und August 1989 verzeichnete, konnten lediglich 276 aufgeklärt werden.“²⁷⁴ Zusätzlich behinderten die Untersuchung und die Strafverfolgung von Menschenrechtsverletzungen die mangelnde Kooperationsbereitschaft und fehlende Unterstützung durch die Militärbehörden, die zeitliche Verschleppung der Gerichtsverfahren, sowie Aussageverweigerungen von Zeugen aus Angst vor Repressalien.

Begann die Amtszeit von Cory Aquino im Bezug auf die Menschenrechte im ersten Jahr verheißungsvoll und vielversprechend, kam es bereits wieder ab 1987 zu einer Verschlimmerung der Menschenrechtssituation. „Eine langsame und kontinuierliche Verbesserung der Menschenrechtssituation stellte sich erst mehrere Jahre später ein.“²⁷⁵

Dennoch konnte unter ihrer Führung ein relativ unblutiger Machtwechsel am Ende der Marcosära vollzogen und das Land formal wieder demokratisiert werden.²⁷⁶ Corazon Aquino hatte auch tatsächlich versucht, in ihrer Administration Menschenrechtsinstrumente einzurichten und Schutzmechanismen zu etablieren.

Sie hatte sieben Putschversuche überstanden und konnte das Präsidentschaftsamt in einer geordneten Übergabe an ihren gewählten Nachfolger Fidel Ramos abtreten.

²⁷⁴ Amnesty International, Jahresbericht 1990, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1990, 380.

²⁷⁵ Risse, Jetschke, Schmitz, Die Macht der Menschenrechte, 78.

²⁷⁶ Siehe: Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, 316.

Ausblick

Auch unter den nachfolgenden Präsidenten kam es zu keiner essentiellen Änderung in der Menschenrechtspolitik auf den Philippinen. Den alten politischen Eliten und der Oligarchie, die vor und teilweise auch während der Marcosära die wichtigen Funktionen innehatten und die politischen Ämter bekleideten, „... fehlte der politische Wille den verfassungsmäßigen, gesetzlichen und institutionellen Schutzmechanismen für die Menschenrechte Geltung zu verschaffen.“²⁷⁷

Fidel Ramos, Präsident von 1992 bis 1998, war zur Zeit des Ausnahmezustands zu Beginn Chief der Philippine Constabulary und ab 1984 Generalleutnant und stellvertretender Chef des Stabes der regulären Streitkräfte und trug somit die Verantwortung für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen. Unter Aquino wurde er Verteidigungsminister und war in ihrer Amtszeit der Urheber des von den Behörden titulierten „totalen Kriegs“ gegen den kommunistischen Widerstand der NPA. Während seiner Amtszeit war das Hauptproblem die unzureichende Strafverfolgung bei Menschenrechtsverletzungen. Mit dem Vorwand von steigenden Kriminalitätsraten ließ er Ende 1993 wieder die Todesstrafe einführen. Am Beginn seiner Amtszeit nahm er Friedensgespräche mit der NPA und der MNLF auf, wodurch Menschenrechtsverletzungen abnahmen, die in Verbindung mit der Aufstandsbekämpfung standen. Mit wirtschaftlichen Aufbaumaßnahmen und durch die verstärkte Einbindung der Philippinen in die globalisierte Wirtschaft traten neue Arten von Menschenrechtsverletzungen in Erscheinung. Durch die Entwicklungsaggression von auf den Philippinen agierenden multinationalen Konzernen, die stets in enger Verbindung mit lokalen politischen Amtsträgern standen, wurden Aktivisten auf den Plan gerufen. Sie organisierten Protestaktionen gegen die Zerstörung der Umwelt, gegen die Umwidmung von landwirtschaftlichen Nutzflächen in Plantagen, Wohnprojekte oder Gewerbegebiete und traten für die Rechte der indigenen Bevölkerung ein, die durch diese Maßnahmen ihres Landes beraubt wurden. Privatarmeen, die durch Konzerne oder von Lokalpolitikern finanziert wurden, bedrohten und töteten diese Aktivisten.

²⁷⁷ Niklas Reese, Rainer Werning (Hg.), Handbuch Philippinen. Gesellschaft – Politik – Wirtschaft – Kultur, Bad Honnef: Horlemann Verlag, 2006, 281.

Joseph Estrada folgte Ramos von 1998 bis 2001 im Präsidentenamt nach. Estrada war Schauspieler und war beim einfachen Volk äußerst beliebt. Im Mittelpunkt seiner Politik stand die Lage der armen und der ländlichen Bevölkerung. Seine Administration zerstörte die Friedensansätze von Ramos und Estrada erklärte im Jahr 2000 der muslimischen Widerstandsbewegung MILF den totalen Krieg. Hunderttausende Soldaten wurden nach Mindanao verlegt und Camp Abubakar, die Kommandozentrale der MILF, wurde eingenommen. Die Stimmung in der Bevölkerung schlug aber bald um: nach Korruptionsvorwürfen kam es zu Massendemonstrationen, die maßgeblich noch aus der Basis der People-Power-Bewegung aus der Zeit des Machtwechsels von Marcos zu Aquino, bestanden und als EDSA II bekannt wurden. Daraufhin ließen Parteigänger und Militär Estrada fallen, der in Hausarrest genommen wurde und Vizepräsidentin Gloria Macapagal-Arroyo, Tochter des Ex-Präsidenten Diosdado Macapagal, wurde zur Präsidentin vereidigt. Beweise für Korruption oder die Estrada vorgehaltene Involvierung in verbotenes Glücksspiel wurden allerdings nicht erbracht. Im Nachhinein bedauerten auch kirchliche Würdenträger EDSA II unterstützt zu haben, da der Machtwechsel von Magacapal-Arroyo angeblich bereits ein Jahr davor initiiert wurde und es sich dabei um einen gelenkten Putsch handelte.

Unter Gloria Macapagal-Arroyo ist die Menschenrechtssituation „... ebenso schlecht ... wie Mitte der achtziger Jahre.“²⁷⁸

Allein im Jahr 2004 starben in Davao City, der größten Stadt auf Mindanao, 95 Menschen, die von Vigilantengruppen außergerichtlich hingerichtet wurden. Die Vigilanten wurden nach wie vor von den Behörden, Bürgermeister und lokalen Patronen gebilligt, wenn nicht sogar unterstützt. Einen Grund dafür bieten die hohe Kriminalitätsraten, gegen die von der Regierung keine geeigneten Maßnahmen ergriffen werden.

Macapagal-Arroyos Administration wurde stark kritisiert für ihre „... inability to act against the murderers of opposition and human right activists.“²⁷⁹ Die Organisation Reporter ohne Grenzen führte die Philippinen von 2004 bis 2006 an zweiter Stelle nach dem Irak als gefährlichstes Land für Journalisten.²⁸⁰

²⁷⁸ Reese, Werning (Hg.), Handbuch Philippinen, 282.

²⁷⁹ Reporters Without Borders (Hg.), Freedom of the Press worldwide in 2007. 2007 Annual Report, 97, auf: www.rsf.org, abgerufen am 03.11.2008.

²⁸⁰ Reporters Without Borders (Hg.), Freedom of the Press worldwide in 2006. 2006 Annual Report, 60, auf: www.rsf.org, abgerufen am 03.11.2008.

Im Juni 2006 wurde schließlich die Todesstrafe wieder abgeschafft, davor hatte die Präsidentin die Begnadigungsfristen von Todeskandidaten regelmäßig verlängert. Mit der MILF wurden wieder Friedensverhandlungen aufgenommen, die aber bis jetzt nicht zu einer friedlicheren Situation führten.

Mit erfolgreichen Sonderwirtschaftszonen gelang es Macapagal-Arroyo das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln und ausländische Investoren ins Land zu locken. Das führte allerdings wieder zu Vertreibungen und Umsiedelungsaktionen der ethnischen Minderheiten, die wegen neuer Niederlassungen multinationaler Konzerne einsetzten.

Die Präsidentin überstand in mittlerweile zwei Amtsperioden zahlreiche Putschversuche, ein Amtsenthebungsverfahren wegen an die Öffentlichkeit gekommener Wahlmanipulation im Jahr 2004, und rief im Februar 2006, ironischerweise zum zwanzigjährigen Jubiläum der Vertreibung von Ferdinand Marcos aus dem Präsidentenamt, den Ausnahmezustand aus, der allerdings nach knapp einen Monat wieder aufgehoben wurde.

Die Ursachen für die andauernden Menschenrechtsverletzungen liegen hauptsächlich in der nicht oder nur vage vorgenommenen Strafverfolgung, im Versagen des Sicherheits- und Justizapparates und in der Beibehaltung der alten Strukturen der politischen Elite. Fortschritte auf dem Gebiet der Menschen- und Bürgerrechte würden sich aber sehr wohl erzielen lassen, denn „... das Handwerkszeug der Menschenrechte ist vorhanden.“²⁸¹ Armutsbekämpfung, Aufklärung der Bevölkerung, Menschenrechtserziehung des Sicherheitsapparates, Reform des Rechtssystems und des Justizapparats als auch eine effizientere und konsequentere Strafverfolgung würden die Durchsetzung elementarer Menschenrechtsnormen beschleunigen.

²⁸¹ Reese, Werning (Hg.), Handbuch Philippinen, 286.

Resümee

In den verschiedenen Phasen des Marcos-Regimes lassen sich tatsächlich Kumulierungspunkte festmachen, die eine Intensivierung von Menschenrechtsverletzungen aufweisen. Darüber hinaus lässt sich in den Zeitabschnitten der Verlauf der Vernetzung und der anhaltenden Kritik des transnationalen Menschenrechtsnetzwerkes nachzeichnen, was schließlich zu einem vorerst zaghaften Durchsetzen einzelner Menschenrechtsnormen nach dem Machtwechsel von 1986 führte.

Die Menschenrechtssituation auf den Philippinen änderte sich in der ersten Phase ab 1972 bei Einsetzen des Ausnahmezustands schlagartig. Marcos schaffte es durch seine Klientelpolitik, die wesentlichen Positionen im Justizwesen, im Sicherheitsapparat, in der Wirtschaft, den Medien und seiner Regierungsadministration mit loyalem Personal zu besetzen und konnte durch die Bestimmungen, Verordnungen und Präsidialerlasse die gesamte exekutive und legislative Macht in seinen Händen konzentrieren. Durch anfängliche Massenverhaftungen und Methoden der Einschüchterung wurden die oppositionellen Gruppen in die Enge getrieben und praktisch handlungsunfähig gemacht. Das aufgehobene Recht auf Haftprüfung und das rigorose Anwenden des Anti-Subversionsgesetzes sowie die bereits früh systematisch angewandte Folter kennzeichneten in dieser Phase die Inhaftierungsbedingungen von politisch Gefangenen.

Nach einer kurzen Beobachtungsphase wurden in einer zweiten Phase von 1974 bis 1977 Dokumentationsstellen und Menschenrechtsorganisationen eingerichtet. Dabei gelang es, die Menschen zu politisieren und zu mobilisieren, als auch mit dem transnationalen Menschenrechtsnetzwerk in Kontakt zu treten. Durch informelle Kanäle, kirchliche Institutionen, philippinische Exilgruppen in den USA und der Verbreitung zahlreicher Publikationen konnte schließlich auf die Menschenrechtssituation auf den Philippinen aufmerksam gemacht und auf Marcos internationaler Druck ausgeübt werden, was auch der innenpolitischen Opposition zugute kam. Diese Phase der Kritik und der gegenseitigen Anschuldigungen, in der das transnationale Menschenrechtsnetzwerk ihre Argumente in der Weltöffentlichkeit glaubwürdig vermitteln konnte, führte zu taktischen Konzessionen von Marcos, die in seine Normalisierungsbestrebungen mündeten.

In der Zeit von 1978 bis 1983, in der dritten Phase des Marcos-Regimes, folgte ein Prozess der politischen Normalisierung, der bis zur formellen Aufhebung des Kriegsrechts 1981 führen sollte. Die oppositionellen Gruppen versuchten sich nach sechs Jahren wieder zu formieren und zu einem innenpolitischen Konsens zu finden, wie sie sich gegenüber Marcos verhalten sollten. Marcos versuchte durch die Schritte in Richtung Demokratisierung, die Legitimität seiner Regierung auf der Bühne der internationalen Politik zu festigen und seine Reputation wieder herzustellen. In dieser Phase nahmen aber äußerst schwere Menschenrechtsverletzungen wie Fälle von Disappearance und Salvaging zu. Und auch das offizielle Ende des Ausnahmezustands verbesserte nichts an der Menschenrechtssituation, systematische Folter blieb vorherrschend und die meisten Mechanismen zur Repression von den Rechten seiner politischen Gegner blieben erhalten.

1983 setzte mit dem Tod Benigno Aquinos eine Radikalisierung der politischen Situation ein. Die Ermordung von Ferdinand Marcos' Erzrivalen führte neben einer Massenmobilisierung der philippinischen Bevölkerung und der politischen Gruppen schließlich zu einer Einigung der Opposition auf eine gemeinsame Präsidentschaftskandidatin und auf ein gemeinsames Programm, das auf die Absetzung von Ferdinand Marcos abzielte. Die Konsolidierung der Marcos-Administration war nun auch international stark angeschlagen und auf Druck durch die USA sah sich Marcos zu vorgezogenen Präsidentschaftswahlen gezwungen. In dieser Phase, die bis zum Machtwechsel von 1986 andauerte, fand auch die Intensität der Menschenrechtsverletzungen ihren Höhepunkt. Repressive Maßnahmen von Seiten des Militärs und außergerichtliche Hinrichtungen stiegen massiv an. Da Marcos bereits zu dieser Zeit durch seine Krankheit geschwächt war, verlor er auch das Vertrauen der Öffentlichkeit in seine Fähigkeit zu regieren. Anzunehmen ist, dass ihm in diesem Stadium auch immer mehr die Regierungszügel zugunsten seiner Gattin Imelda Marcos und General Fabian Ver entglitten.

Von den Ereignissen, die schließlich zum erzwungenen Machtwechsel von 1986 führten, war neben militärischer Rebellion, dem Druck der USA, der geeinten innenpolitischen Opposition, der katholischen Kirche und der Abwendung der nationalen Geschäftselite wie auch des internationalen Finanzwesens die stetige Arbeit des transnationalen Menschenrechtsnetzwerkes von zentraler Bedeutung. Ohne diesem wäre es vermutlich auch nicht zu einer ersten Durchsetzung von Menschenrechtsnormen unter Corazon Aquino gekommen.

Die Diskussion rund um die Universalität der Menschenrechte und der asiatischen Werte entwickelte sich unter anderem auch aus dem erzwungenen Machtwechsel auf den Philippinen. Durch internationalen Druck von westlichen Staaten und dem transnationalen Menschenrechtsnetzwerk als auch durch die damit einhergegangene Stärkung der Zivilgesellschaften wurde das Vorgehen von Regierungsoberhäuptern aus dem südostasiatischen Raum, die über autoritäre Führungen, Einschränkungen der liberalen Demokratie und Beschneidungen von Menschen- und Bürgerrechten eine schnellere Entwicklung gewährleisten wollten, in Frage gestellt. Anhand des Beispiels der Philippinen war zu sehen, dass diese Herangehensweise von verschiedenen Bevölkerungsteilen nicht legitimiert wurde und eben nicht zu einer schnelleren Entwicklung oder zu wirtschaftlichen Aufschwung führte.

Dass repressive Maßnahmen von Staaten als auch die Verletzung elementarer Rechte wie das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person nach Artikel 3 der AEMR oder das Recht von Folter und unmenschlicher Behandlung verschont zu bleiben nach Artikel 5 der AEMR, die sowohl den einzelnen als auch ganze Bevölkerungsgruppen betreffen, nicht legitimiert sein sollten, liegt auf der Hand. Wie aber die Menschenrechtsnormen abseits der westeuropäischen Tradition besser in die Wertvorstellungen anderer Kulturen eingebettet werden können, ist eine Frage, die immer neu mitbedacht werden muss und sich mit der Entstehung von neuen Generationen von Menschenrechten und veränderten gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen mitentwickeln muss.

Literatur und Quellen

Babetta von *Albertini Mason*, Menschenrechte aus westlicher und asiatischer Sicht. Zu den Grundwerten der liberalen Demokratie, Zürcher Studien zur Rechts- und Staatsphilosophie Bd. 6, Zürich, Basel, Genf: Schulthess Juristische Medien, 2004.

Amnesty International (Hg.), Bericht über die Folter, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1975.

Amnesty International (Hg.), Jahresbericht 1971/72, London: Amnesty International Publications, 1972.

Amnesty International (Hg.), Jahresbericht 1973/74, London: Amnesty International Publications, 1974.

Amnesty International (Hg.), Jahresberichte 1977 bis 1978, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1978 bis 1979.

Amnesty International (Hg.), Jahresberichte 1979 bis 1990, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1980 bis 1990.

Amnesty International (Hg.), Nicht die Erde hat sie verschluckt. „Verschwundene“- Opfer politischer Verfolgung, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1982.

Amnesty International (Hg.), Politischer Mord durch Regierungen, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1983.

Amnesty International (Hg.), Wenn der Staat tötet. Todesstrafe contra Menschenrechte, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1989.

Hebatollah *Bashiri-Goudarzi*, Philippinen - Diktatur und Dependenz. Zum Verhältnis zwischen Diktatur und Dependenz am Beispiel der sozioökonomischen Entwicklung auf den Philippinen, Frankfurt am Main, Bern, New York, Paris: Peter Lang, 1990.

Raymond *Bonner*, *Waltzing With A Dictator. The Marcoses And The Making Of American Policy*, New York: Times Books, 1987.

Marie Teresita *Bravo* (Hg.), *Mariani. A Woman Of A Kind*, Quezon City: TFDP, 2001.

Reuben R. *Canoy*, *The Counterfeit Revolution. The Philippines from martial law to the Aquino assassination*, Manila: Philippines Editions, 1984.

Rosario M. *Cortes*, Celestina P. *Boncan*, Ricardo T. *Jose* (Hg.), *The Filipino Saga. History as Social Change*, Quezon City: New Day Publishers, 2000.

Ed *Garcia*, *The Filipino Quest. A Just And Lasting Peace*, Quezon City: Claretian Publications, 1988.

Gregg R. *Jones*, *Red Revolution. Inside the Philippine Guerilla Movement*, Boulder, San Francisco, London: Westview Press, 1989.

Ludger *Kühnhardt*, *Die Universalität der Menschenrechte. Studie zur ideengeschichtlichen Bestimmung eines politischen Schlüsselbegriffs*, München: Günter Olzog Verlag, 1987.

Anthony J. *Langlois*, *The Politics of Justice and Human Rights. Southeast Asia and Universalist Theory*, Cambridge: University Press, 2001.

Ferdinand E. *Marcos*, *An Ideology for Filipinos*, Manila: Marcos Foundation, 1983.

Ferdinand E. *Marcos*, *The Democratic Revolution In The Philippines*, Manila: Focus Philippines, 1977.

Alfred *McCoy*, Marian *Wilkinson*, Gwen *Robinson*, *The Shadow War*, Manila: Veritas, 1986.

Charles C. *McDougald*, *The Marcos File. Was He a Philippine Hero or Corrupt Tyrant?*, San Francisco: San Francisco Publishers, 1987.

Jeffrey Ayala *Milligan*, Islamic Identity, Postcoloniality, and Educational Policy. Schooling and Ethno-Religious Conflict in the Southern Philippines, New York: Palgrave McMillan, 2005.

Niklas Reese, Rainer Werning (Hg.), Handbuch Philippinen. Gesellschaft - Politik - Wirtschaft - Kultur, Bad Honnef: Horlemann, 2006.

Gisela M. Reiterer, Die Philippinen. Kontinuität und Wandel, Wien: Sonderzahl, 1997.

Reporters Without Borders (Hg.), Freedom of the Press worldwide in 2007. 2007 Annual Report, 97, auf: www.rsf.org, abgerufen am 03.11.2008.

Reporters Without Borders (Hg.), Freedom of the Press worldwide in 2006. 2006 Annual Report, 60, auf: www.rsf.org, abgerufen am 03.11.2008.

Thomas Risse, Anja Jetschke, Hans Peter Schmitz, Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Band 7 der Schriftenreihe „Weltpolitik im 21. Jahrhundert“, Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft, 2002.

Sterling Seagrave, The Marcos Dynasty, London: McMillan, 1989.

Günther Siemers, Von Marcos zu Aquino. Der Machtwechsel in den Philippinen und seine Folgen, Sachbuchreihe: China/Südostasien aktuell, Bd. 8, Berlin: VISTAS Verlag, 1988.

Jaime Kardinal Sin and Auxilliary Bishops of Manila, Guidelines on Christian Conduct During Elections, in: UST Social Research Center, The Philippine Revolution and the Involvement of the Church, Manila, 1986.

TFDP (Hg.), Task Force Detainees of the Philippines: A Pioneer in Human Rights. 25 Years of Struggle for People's Dignity 1974 – 1999, Quezon City: TFDP, 1999.

TFDP (Hg.), Pumipiglas 2. Political Detention And Military Atrocities In The Philippines 1981 – 1982, Quezon City: TFDP, 1986.

TFDP (Hg.), *Pumipiglas 3. Torment and Struggle after Marcos*, Quezon City: TFDP, 1993.

Aktionsgruppe Philippinen (Hg.), *Philippinen - Wenn der Bambus bricht*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, 1986.

Mathias *Thaler*, Human Rights, Cultural Relativism and Interculturality, in: Erich Pilz u.a. für den Verein für Geschichte und Sozialkunde (Hg.), *Human Rights in a global context. Theoretical Reflections and Case Studies*, in: *Historische Sozialkunde. Geschichte - Fachdidaktik - Politische Bildung. Zeitschrift für Lehrerfortbildung*, 33. Jg./Sondernummer 2003, Wien: Universität Wien, 2003.

Tullio Favali Foundation (Hg.), *A New Cry of the Church*, Quezon City: Claretian Publications, 1986.

Rainer *Werning* (Hg.), *Philippinen - Demokratie aus der Wundertüte. Interview mit Jose Maria Sison - Essays - Dokumente*, Münster: Wurf Verlag, 1987.

Venus Valentina *Wong*, Confucianism and Human Rights, in: Erich Pilz u.a. für den Verein für Geschichte und Sozialkunde (Hg.), *Human Rights in a global context. Theoretical Reflections and Case Studies*, in: *Historische Sozialkunde. Geschichte – Fachdidaktik – Politische Bildung. Zeitschrift für Lehrerfortbildung*, 33. Jg./Sondernummer 2003, Wien: Universität Wien, 2003.

David *Wurfel*, *Filipino Politics. Development and Decay*, Ithaca, London: Cornell University Press, 1991.

Robert L. *Youngblood*, *Marcos Against the Church. Economic Development and Political Repression in the Philippines*, Ithaca, London: Cornell University Press, 1990.

Anhang

1. Abkürzungsverzeichnis

AEMR – Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

AFP – Armed Forces of the Philippines

AI – Amnesty International

AMRSP – Association of Major Religious Superiors of the Philippines

ARC – Army Reserve Command

ASEAN – Association of Southeast Asian Nations

ASSO – Arrest Search and Seizure Order

BANDILA – Bansang Nagkakaisa sa Diwa at Layunin (In Geist und Absicht vereinte Nation)

BAYAN – Bagong Alyansang Makabayan (Neue Nationalistische Allianz)

BOI – Board of Investment

BMA – Bangsa Moro Army

CAFGU – Citizens Armed Force Geographical Unit

CBCP – Catholic Bishop Conference of the Philippines

CHDF – Civilian Home Defense Forces

CNL – Christians for National Liberation

COMELEC – Commission on Elections

CORD – Coalition of Organizations for the Restoration of Democracy

CPP – Communist Party of the Philippines

EDSA – Epifanio de los Santos Avenue (Bewegung nach dieser Strasse benannt)

FLAG – Free Legal Assistance Group

ICJ – Internationale Juristenkommission

IBP – Interim Batasang Pambansa (gesetzgebende Versammlung)

INP – Integrated National Police

JAJA – Justice for Aquino, Justice for all

KB – Kabataang Barangays (Nationale Jugendräte)

KBL – Kilusang Bagong Lipunan (Bewegung der Neuen Gesellschaft)

KMU – Kilusang Mayo Uno (Erster Mai Bewegung)

LABAN – Lakas ng Bayan (People's Power)

LP – Liberal Party

MAC – Media Advisory Council

MILF – Moro Islamic Liberation Front
 MIM – Muslim/Mindanao Independence Movement
 MMC – Mass Media Council
 MNLF – Moro National Liberation Front
 MSU – Maximum Security Unit
 NAMFREL – National Citizens Movement for Free Elections
 NDF – National Democratic Front
 NEDA – National Economic and Development Authority
 NISA – National Intelligence and Security Authority
 NP – Nacionalista Party
 NPA – New People’s Army
 NSSA – National Secretariat of Social Action
 NSSD – National Security Study Directive
 PC – Philippine Constabulary
 PCHR – Philippine Commission on Human Rights
 PCO – Presidential Commitment Order
 PD – Presidential Degree
 PDA – Preventive Detention Act
 PDP – Partido Demokratiko ng Pilipinas
 PKP – Partido Komunista ng Pilipinas
 PMA – Philippine Military Academy
 PMP – Pagkakaisa ng Manggagawang Pilipino (Vereinigtes Philippinisches Volk)
 POV – Public Order Violator
 PSC – Presidential Security Command
 RAM – Reform the AFP Movement
 RSU-4 – 4th Regional Security Unit
 SCAUP – Student’s Cultural Association of the University of the Philippines
 SFIC – Franciscan Sisters of the Immaculate Conception (Frauenorden)
 SVD – Societas Verbi Divini (Orden der Steyler Missionare)
 TFDP – Task Force for Detainees of the Philippines
 TRD – Temporary Released Detainee
 UNIDO – United Nationalist Democratic Opposition
 UP – University of the Philippines
 USAID – US-Agency for International Development

2. Abstract

Die Diplomarbeit „Das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen während des Ausnahmezustands unter Ferdinand E. Marcos auf den Philippinen von 1972 bis 1986“ untersucht die Intensität der Repression des Staatsapparats nach der Einsetzung des Kriegsrechts 1972 bis zum erzwungenen Machtwechsel 1986, die Frage nach den Möglichkeiten des transnationalen Menschenrechtsnetzwerks bei der Durchsetzung international gültiger Menschenrechtsnormen und die groben Linien der politischen Entwicklung im behandelten Zeitraum.

Eingeleitet wird die Arbeit von der Diskussion rund um die Universalität des Menschenrechtsgedankens, die spätestens in der Wiener Weltkonferenz von 1992 zu einem Höhepunkt kam. Hier wird den vorgebrachten Argumentationslinien nachgegangen und die in der Diskussion eingebetteten asiatischen Werte und kulturellrelativistischen Ansätze werden näher beleuchtet. Da der Sturz des Marcos-Regimes als einer der Auslöser der Debatte gelten kann, bildet der Abschluss dieser thematischen Hinführung das Aufzeigen eines philippinischen kulturellen Musters, das in engem Zusammenhang mit der von Marcos betriebenen und auf den Philippinen stark verwurzelten Klientelpolitik steht.

Anhand von Berichten und Dokumentationen von Nicht-Regierungs-Organisationen, vor allem von Amnesty International als internationaler Akteur und von der Task Force for Detainees of the Philippines als nationale Menschenrechtsbeobachtungsstelle, wird im eigentlichen thematischen Schwerpunkt nach Kumulierungspunkten gesucht, an denen repressive Praktiken verstärkt auftraten und gezielt angewendet wurden. Dadurch lassen sich Einschnitte und Brüche feststellen, die in Korrelation mit der politischen Entwicklung stehen. Die Zeit des autoritären Regimes unter Ferdinand E. Marcos wird anhand dieser einschneidenden Daten und Entwicklungen in fünf Phasen unterteilt, die eine wesentliche Struktur dieser Arbeit bilden. Darin wird nicht nur der Intensität der Menschenrechtsverletzungen und der Entwicklung der Menschenrechtssituation nachgegangen, sondern es werden auch die systematischen Eingriffe in jene Rechte, die sich auf Freiheit von staatlicher Repression beziehen, aufgezeigt.

Wie die Bedeutung von Menschenrechtsnetzwerken in der Zeit des Ausnahmezustands zu bewerten ist und ob deren kontinuierliche Arbeit anhand von Dokumentationen und Publikationen schließlich für den Sturz von Marcos mitverantwortlich war, ist ein zweiter zentraler Punkt in der Arbeit. Durch ihre Kontakte zu philippinischen Exilgruppen in den USA und durch ein funktionierendes Kirchennetzwerk innerhalb der Philippinen, auf das sie zurückgreifen konnten, gelang es, die Bevölkerung zu mobilisieren und Druck auf die Marcos-Administration auszuüben, was wiederum der innenpolitischen Opposition zu gute kam. Die der Weltöffentlichkeit über diese Kanäle vermittelte Glaubwürdigkeit des Menschenrechtsnetzwerks und die daraus resultierenden Reaktionen von Marcos, die von taktischen Zugeständnissen bis hin zu Normalisierungsbestrebungen und dem Aufheben des Ausnahmezustands 1981 führten, werden in ihrer Wechselwirkung dargestellt.

Ein dritter Focus liegt auf den politischen Ereignissen und den historischen Entwicklungen während der unterschiedlichen Phasen des Ausnahmezustands.

Wie Marcos, ein durch Wahlen legitimierter Präsident, das demokratische System nach zwei Amtszeiten aushöhlen, mit welchem taktischen Geschick er die Gründe für die Einsetzung des Kriegsrechts legitimieren, und wie er die Klientelpolitik auf einen Höhepunkt treiben und alle wichtigen Positionen von loyalen „Cronies“ besetzen konnte, wird in den ersten Kapiteln untersucht. Die Pfeiler des Regimes, wie das Militär, die Wirtschaftspolitik und die Konzentration der exekutiven und legislativen Macht in seinen Händen, wurden Marcos jedoch zum Verhängnis. Dem Grund dieser Entwicklung, die zum erzwungenen Machtwechsel 1986 führte, wird in den einzelnen Abschnitten nachgegangen.

Abschließend gibt die Arbeit noch einen groben Überblick auf die Menschenrechtssituation unter den nachfolgenden Präsidenten und schließt mit einem kurzen Verweis auf die Debatte über die Universalität von Menschenrechtsnormen und deren Bedeutung für die Philippinen.

3. Lebenslauf

Persönliche Daten

Name: Hermann Niklas
Geburtsdatum / Ort: 13. 12. 1976, Wieselburg-Land
Staatsbürgerschaft: Österreich
Wohnort: 1150 Wien, Sechshauser Strasse 124/7

Ausbildung

1983 – 1987: Besuch der Volksschule Wieselburg / NÖ
1987 – 1995: Besuch des Stiftgymnasium Melk (AHS – Unterstufe und Oberstufenrealgymnasium mit Schwerpunkt auf Instrumentalunterricht)
Besuch des Bischöflichen Knabenseminars Melk (Johanneum)
1996: Zivildienst in der Emmausgemeinschaft St. Pölten – Verein zur Integration sozial benachteiligter Personen
1997: Beginn des Studiums der Kombinierten Religionspädagogik und der Geschichte und Sozialkunde (LA)
2000: Exkursion (Institut für Moraltheologie) und erste Reise auf die Philippinen
2001: 1. Diplomprüfung mit Auszeichnung bestanden
Leistungsstipendium des Landes Niederösterreich (Windhag-Stiftung) für die 1. Diplomprüfung
Einmonatiger Lehrgang am Tamale Institute for Cross Cultural Studies (Northern Ghana)
2002: Wechsel ins Diplomstudium Geschichte
2003 – 2005: Dreisemestriger Lehrgang „Universität und Arbeitsmarkt. Berufsorientierung und prozessorientiertes Lernen“, Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung (Klagenfurt, Graz, Wien)
2005: Einmonatiger Lehrgang am Tamale Institute for Cross Cultural Studies (Northern Ghana)

Tätigkeiten neben dem Studium

- 1997 – 2002: Mitarbeit am Schulprojekt „Orientierungstage“ der KSJ
 (Diözese St. Pölten)
 Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bei der Wiener Kinder-
 und Jugenderholung
 Unregelmäßig beschäftigt bei der Firma AWÖ (Abfallwirtschaft
 Ötscherland – Scheibbs) und bei der FHA (Gesellschaft für
 chemisch-technische Analytik GmbH)
- 2002 – 2008: Freier Dienstnehmer im Nationalfonds der Republik Österreich
 sowie im Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des
 Nationalsozialismus, Rechercheabteilung – zuletzt Roma und
 Sinti Recherche
- seit 2000: Arbeit im Kunstbereich: schriftstellerische Tätigkeit,
 Inszenierungen von dramatischen Texten, Lesungen,
 Literaturprojekte

Projekte (Auswahl)

- 2005: Kunstraum Leben I Lebensraum Kunst. Einblicke in das Leben
 kunstschaftender MigrantInnen in Wien, Ausstellung mit
 Kunstwerken und verfilmten biographischen Interviews der
 beteiligten KünstlerInnen (Konzept, Durchführung und
 Gestaltung)
- 2003: „Hinter Mauern“ von Christiane Scheuch. Ein Theaterstück zur
 Rolle des psychiatrischen Krankenhauses Mauer-Öhling zur Zeit
 des Nationalsozialismus (Inszenierung, Organisation und
 Recherche)

Mitgliedschaften

- seit 2003: Vorstandsmitglied der Initiative „*MERK*würdig – Veranstaltungsreihe wider Gewalt und Vergessen“ (entstanden um die KZ-Gedenkstätte Melk)
- seit 2007: Obmann des Vereins „Wortwerft – Intermedialer Literaturverein“

Sonstiges

- 2005/06: Hans Weigel Literaturstipendium des Landes Niederösterreich
- 2007: Geburt der Tochter Akemi Zoe

Auslandsaufenthalte

- 1997: Israel
- 2000, 2002, 2006: Philippinen
- 2001, 2005: Ghana
- 2005: Albanien
- 2006: Rumänien